Nr. 145. 15. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 24. Juni 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Arbeiter! Bürger! Beamte!

An Euch alle, die Ihr kärglich von der Hand in den Mund lebt, ja, die Ihr oft bitter mit des Lebens Noth zu kämpfen habt, ergeht heut unser Mahnruf in letzter, ernster Stunde.

Bedenkt Euch wohl, wenn Ihr heute zur entscheidenden Wahl an die Urne herantretet! **Die Urne birgt Euer Schicksal für lange Jahre.** Wählt so, daß Ihr nicht in wenigen Monden sagen müßt: „Der Mann, dem wir unser Leben, unsere Wohlfahrt, unsere Freiheit anvertraut haben, hat uns verrathen. Er gehört nicht zu uns; in seinen Adern fließt nicht unser Blut; mit seinem Denken und Wollen steht er im Lager derer, die das Volk beherrschen und es beherrschen wollen, die das Volk für sich arbeiten lassen und es in alle Ewigkeit für sich arbeiten lassen wollen. Der Mann unserer Wahl gehört zu denen, die sich von dem Schweiße des Volkes gute Tage machen, während sich die Arbeitermassen ihr Leben hindurch im Staube winden und von der Arbeit erdrückt werden, wenn sie nur das nackte Leben gewinnen wollen." Wählt so, daß Ihr dies nicht in wenigen Monden sagen und klagen müßt!

Bedenkt Euer Schicksal und das Eurer Kinder, und wählt einen Mann des Volkes, einen **Sozialdemokraten,** der mit Euch leidet, mit Euch fühlt, dessen Leben und Streben Euch gehört, der für Euch arbeiten, Eure Interessen vertreten, Euren Vortheil verfechten wird, so weit er es zu thun vermag!

Wählt keinen Freisinnigen, der sich „freisinnig" nennt, aber gegen Euer Interesse und für das Interesse Eurer Herren und Unterdrücker arbeitet und denkt! Wählt einen Mann des Volkes, einen **Sozialdemokraten!**

Arbeiter! An Euch nur ein kurzes Wort!

Ihr, die Lohnarbeiter, wißt in Berlin längst, auf welcher Seite Ihr zu stehen habt. Ihr gehört zur Sozialdemokratie seit langen Jahren und wählt keinen anderen als einen Sozialdemokraten.

Darum nur diese Mahnung: **Seid nicht lässig im Wählen!** Geht Mann für Mann zur Urne! Rüttelt die Schläfrigen auf, gebt ihnen den Stimmzettel des Arbeiterkandidaten und sorgt dafür, daß heute **nicht eine Stimme fehle!** Ihr wißt, daß die Berliner Wahlkreise, in denen heute Stichwahl ist, bedroht sind. Es gilt, sie zu erhalten, zu gewinnen.

Ihr wißt, daß die Freisinnigen, deren Kandidaten uns hier in Berlin entgegenstehen, kein Geld scheuen, um alles, was kapitalistisch denkt, an die Urnen zu treiben. Sorgt dafür, daß nicht durch unsere eigene Lässigkeit aus unseren Reihen Stimmen fehlen, die vorhanden sein könnten; daß nicht durch unsere eigene Schuld die Feinde des Volkes als Erwählte aus den Urnen hervorgehen!

Thut Eure Schuldigkeit, Arbeiter! Wir haben das Vertrauen, daß Ihr sie thun werdet.

Nun zu Euch, Bürger, Handwerker, Kaufleute, Angestellte!

Auch an Euch geht unser Ruf. Wollt Ihr Eure Stimme einem Freisinnigen geben? Bedenket wohl, daß der Freisinnige Euch nur umschmeichelt, um durch Eure Hilfe ein Mandat zu gewinnen. Aber er vertritt nicht Eure wirklichen Interessen.

Der Freisinn ist hinter den Anschauungen und Bedürfnissen der Zeit zurückgeblieben. Die große **soziale Frage** existirt nicht für den freisinnigen Kandidaten. Jede gesunde Reform auf sozialem Gebiet weisen die Freisinnigen ungeprüft von der Schwelle, weil solche Reformen in ihr veraltetes politisches System nicht passen. Und doch werden solche Reformen heute nicht nur von den Arbeitern, sondern von den weitesten Kreisen des Bürgerthums verlangt!

Die vielen tausende kaufmännischer Angestellten, die jetzt sich wenigstens an den Sonntagen als Menschen fühlen dürfen, haben die Einführung der gesetzlichen Sonntagsruhe **nicht** der freisinnigen Partei, sondern den **Sozialdemokraten** zu verdanken. Die freisinnige Partei setzt sich in unbegreiflicher Verblendung allen sozialen Reformen entgegen, trotzdem nur die wenigen großkapitalistischen Geschäfte, die ihre Angestellten für sich arbeiten lassen können, Vortheil von der unbegrenzten Ausbeutung ihrer Angestellten haben, während die Angestellten und die weitaus größte Zahl der selbständigen Handwerker und Geschäftsinhaber beispielsweise die Sonntagsruhe nicht mehr missen möchten und weiteren Schutz gegen zügellose Konkurrenz verlangen.

Unbefriedigt verlassen heute nicht nur die kaufmännischen Angestellten, sondern auch tausende von Selbständigen den verknöcherten, in veralteten Parteidoktrinen festgefahrenen Freisinn und wenden sich zur jungen, lebensfrischen, die soziale Wohlfahrt des ganzen Volkes erstrebenden Sozialdemokratie.

Sie strömen hinein in unsere Reihen. Aber auch den noch zögernden Männern des Bürgerthums, des Handwerks, des Handels- und Gewerbestandes, besonders den tausenden von Angestellten rufen wir zu:

„Brecht mit alten Vorurtheilen! Die freisinnige Partei hat sich unfähig erwiesen, mit der Zeit fortzuschreiten. Die neue Zeit verlangt neue Männer. Darum helft einmüthig dem Sozialdemokraten zum Siege! Es wird Eurem Wohl und dem Wohl Eurer Kinder zu gute kommen!"

Und auch an Euch, Beamte,

wenden wir uns mit der Mahnung: **Wählt sozialdemokratisch!**

Ihr wißt, wer alle Zeit für die Besserung Eurer Lebenslage eingetreten ist: einzig und allein die als vaterlandslos verschrieene Sozialdemokratie!

Laßt Euch nicht durch Schlagworte blenden! Die Sozialdemokratie wurzelt fest im deutschen Volksthum. Die Millionen von sozialdemokratischen Arbeitern in Deutschland, stehen sie Euch nicht in jeder Beziehung am nächsten? Sind sie nicht Eure Brüder? Stammt Ihr nicht mit ihnen aus denselben Volksklassen? Ist Eure wirthschaftliche Lage nicht ebenso schlecht wie die ihre?

Wenn Ihr aber mit der Arbeiterklasse dieselben Interessen habt, müßt Ihr dann nicht auch politisch dieselben Wege gehen wie sie?

Bedenkt, daß die Sozialdemokratie allein für die Aufbesserung der Unterbeamtengehälter, für die Verkürzung Eurer Dienstzeit, für den Schutz von Leben und Gesundheit, für menschenwürdige Behandlung der Unterbeamten und staatlichen Arbeiter eingetreten ist!

Alle anderen Parteien verrathen Euch, wo sie an der Macht sind! Die Sozialdemokratie tritt ein für alle ausgebeuteten, durch mühselige Arbeit sich des Lebens Nothdurft erwerbenden Volksgenossen: also auch für Euch, Staatsarbeiter und Unterbeamte!

Wollt Ihr, daß Eure Interessen energisch verfochten werden, so wählt heute sozialdemokratisch!

Fürchtet aus dieser Wahl auch keine Maßregelungen und Unannehmlichkeiten! **Die Reichstagswahlen sind geheim!** Niemand ist im stande, Eure Wahl zu kontrolliren.

Fünf lange Jahre steht Ihr nach den Wahlen wieder unter der eisernen Disziplin und müßt stillschweigend gehorchen. Heute aber seid Ihr frei! Heute könnt Ihr durch sozialdemokratische Wahlen die Politik des Landes bestimmen helfen! Heute könnt Ihr durch die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels Eure Interessen fördern!

Handelt danach!

Und noch ein Wort an unsere alten, bewährten, treu zur Fahne des Sozialismus **stehenden Genossen!**

Spornt nicht allein Eure Arbeitsgenossen an, sozialdemokratisch zu wählen! Richtet Euer Augenmerk auch auf die anderen Gesellschaftsklassen!

Wo Ihr in Eurem Hause oder Eurer Nachbarschaft oder Eurer Familie solche habt, die zwar nicht Lohnarbeiter sind, aber doch wirthschaftlich und politisch zu uns gehören: zu denen geht in die Wohnung und ermahnt sie zur sozialdemokratischen Wahl! Gebt ihnen und ihren Frauen diesen Aufruf zu lesen, damit sie alle sich überzeugen können, wer es **ehrlich** mit ihnen meint. Und dann feuert sie an, den Tag der Freiheit zu benutzen und ihre Stimme für den sozialdemokratischen Kandidaten in die Wagschale zu werfen!

Jede Stimme ist nöthig! Jede fehlende Stimme kann die Ursache sein, daß der gemeinsame Gegner siegt! Das muß verhindert werden, und es wird verhindert werden, wenn Ihr alle Eure Schuldigkeit thut!

Und nun, Genossen, Glück auf zur Wahl!

Sorge jeder dafür nach seinen besten Kräften, daß wir den Sieg erringen!

Hoch die Völkerbefreiung! Hoch die Sozialdemokratie!

Die Kandidaten unserer Partei zu den Stichwahlen in Berlin und dem Wahlkreise Teltow-Beeskow-Charlottenburg sind:

1. Berliner Reichstags-Wahlkreis:

Redakteur Hugo Poetzsch in Berlin.

2. Berliner Reichstags-Wahlkreis:

Rich. Fischer in Berlin, Kreuzbergstr. 25.

3. Berliner Reichstags-Wahlkreis:

Rechtsanwalt Wolfgang Heine in Berlin.

5. Berliner Reichstags-Wahlkreis:

Redakteur Robert Schmidt in Berlin.

Reichstags-Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg:

Gastwirth Fritz Zubeil in Berlin.

Eine Extra-Ausgabe des „Vorwärts"

wird am Sonnabend Nachmittag 4 Uhr erscheinen und alle Resultate von den Stichwahlen enthalten, die bis dahin in unsere Hände gelangt sind.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Juni.

Große Erinnerungstage der 1848er Revolution beginnen mit dem 23. Juni. Wir meinen die schreckliche Pariser Junischlacht, in der sich zum ersten Mal in der Weltgeschichte das moderne Arbeiterproletariat und die Bourgeoisie im bewußten Klassenkampf gegenüberstanden. Das Pariser Proletariat, dem die Februarrepublik das „Recht auf Arbeit" vorgegaukelt hatte, wurde von der kapitalistischen Bourgeoisie vor die Wahl gestellt, entweder in hoffnungslosem Kampfe sein Blut zu verspritzen, oder mit einem Bettelalmosen von der politischen Bühne abzutreten. Die Pariser Arbeiter wählten den Kampf. Vier Tage lang — vom 23. bis 26. Juni — rangen sie in der Junischlacht, dieser furchtbarsten aller Straßenschlachten. Hie Proletarier! hie Bourgeois!, kämpften sie unter der schwarzen Fahne des Hungers und der rothen Fahne der Menschenbefreiung — kämpften, bis sie der fünffachen Uebermacht erlagen. Es war nicht der erste Arbeiteraufstand und nicht die erste Schlacht, die Arbeiter der bestehenden „Ordnung der Dinge" geliefert hatten. Die Aufstände von Lyon, dessen verhungernde Seidenweber in den dreißiger Jahren die schwarze Fahne mit der furchtbaren Inschrift: vivre en travaillant ou mourir en combattant.*) aufgepflanzt hatten, waren blutige, erschütternde Tragödien gewesen; aber dort hatte die Verzweiflung gekämpft, und hier kämpfte der Klassenhaß. Dort hatten niedergetretene Glieder der bürgerlichen Gesellschaft sich gegen sie empört, um von ihr Brot zu erhalten — hier war es das zur Klasse gewordene Proletariat, das die Bourgeoisie als Klasse bekämpfte und der bürgerlichen Gesellschaft den Krieg auf Leben und Tod erklärt hatte. Dort eine Hungerrevolte — hier ein Klassenkampf, — der erste Klassenkampf mit bewaffneter Hand.

Zum ersten Mal stand das Proletariat der Bourgeoisie Macht wider Macht gegenüber, entschlossen, ihr die politische Gewalt zu entreißen und ihre ökonomische Macht zu brechen.

Das war ein Memento mori! Und ging die Gefahr für das Bürgerthum auch noch einmal vorüber, die Lehre war nicht verloren — die Bourgeoisie wurde eine andere. Sie begriff, daß ihre früheren Freiheitsideale nicht mehr paßten für ihre jetzige Stellung, daß die Freiheit nur dem Proletariat Waffen gegen sie selber liefern würde. Und auf dem Festland Europa's — zuerst in Frankreich, dann in Deutschland und den übrigen Staaten vollzog sich, als Wirkung des Klassenkampfes und unter dem Einfluß des Klasseninteresses jener Umschwung, der zur Diktatur des Kapitalismus führte, weil die Bourgeoisie eine „starke Regierung" brauchte, die mit eiserner Faust oder durch Bettelalmosen und schnöden Betrug die arbeitenden Klassen niederhielt und möglichst von der Politik ablenkte.

In einer der nächsten Nummern werden wir noch auf die Junischlacht zurückkommen und in einem ausführlichen Feuilleton eine Schilderung jener weltgeschichtlichen Niedermetzelung des Pariser Proletariats veröffentlichen.

Neue Krisengerüchte. Die „Köln. Volks-Ztg." schreibt gegenüber den offiziösen Dementis ihrer Meldungen, es stehe bombenfest, daß man in konservativ-hochagrarischen Kreisen den Reichskanzler sowie von Bülow beseitigt und als Nachfolger Hohenlohe's einen General sehen möchte. Die nächste Zeit werde noch mehr Anhaltspunkte dafür bringen. Die „Volks-Zeitung" fragt, ob die Quelle der Meldung des Pariser „Figaro" von der Demission des Reichskanzlers nicht vielleicht in Petersburg zu suchen sei. Wenn dies der Fall, dann wäre damit erwiesen, daß die von der Fronde ausgegangene Intrigue auch schon in der russischen Hauptstadt ihre Wurzeln geschlagen und dort die Meinung hervorgerufen habe, der Rücktritt des Kanzlers stehe bevor. Der Ausfall der Wahlen habe die Intrigue vorläufig zu nichte gemacht, werde sich aber demnächst schon wieder herauswagen.

Mobilmachung gegen die deutsche Sozialdemokratie. Im Vatikan wird, der „Frankf. Ztg." zufolge, erzählt, daß der Kardinal-Staatssekretär Rampolla mit den deutschen Kardinälen Steinhuber und Ledochowski lange Konferenzen abgehalten habe, um dem deutschen Zentrum ein energisches Vorgehen gegen die Sozialdemokratie anzuempfehlen. Ledochowski ist beauftragt, über die Haltung des Vatikans dem Kaiser Wilhelm zu berichten. —

Hödel-Stöcker. Das hiesige Stöckerblatt ist sehr böse, weil wir, der Wahrheit die Ehre gebend — was an sich schon in den Augen dieser christlichen Leute ein Verbrechen ist —, Hödel einen „besoldeten Agenten Stöcker's" genannt haben. Wir wollen dem Stöckerblatt blos ins Gedächtniß rufen — Herr Stöcker weiß es —, daß 1878 in der Untersuchung wider Hödel zwar nicht festgestellt ward, daß Hödel's Terzerol geladen war — was er noch auf dem Schaffot bestritt —, wohl aber, daß Hödel einen Monat vor dem Attentat in Leipzig (Stötteritz) als Agent Stöcker's entlarvt und — durch bei ihm gefundene Schriften und Briefe, in Verbindung mit seinen Geständnissen — überführt wurde, in Stöcker's Auftrage und als Stöcker's Agent Stöcker'sche Judenhetzschriften zu verschleißen. Und ist das Stöcker-Blatt so naiv zu behaupten, er habe dies umsonst gethan?

Ferner wurde im Jahre 1878 vor Gericht festgestellt, daß Hödel bis zum Tage des „Attentats" eingeschriebenes Mitglied des Berliner Stöcker-Vereins war.

Will das Stöcker-Blatt noch leugnen? Das Organ des „neuen Luther" hat es ja in der Macht, seine Zweifel zur Ruhe zu bringen. Das Berliner Landgericht ist nicht weit; und einen Rechtsanwalt, der die Hödel-Akten einsieht, wird es wohl zur Verfügung haben. —

Die Bekämpfung der Großbazare wird von den kleineren Geschäftsleuten energisch weiter betrieben. Am Mittwoch Abend tagte in Berlin eine von dem Bund der Handels- und Gewerbetreibenden einberufene gutbesuchte Versammlung, die folgende Resolution beschloß:

„Der Bund der Handels- und Gewerbetreibenden hält für dringend erforderlich:

1. Die Umgestaltung der Gewerbesteuer auf progressiver Unterlage, durch welche die oberen Gewerbesteuerklassen zur Entlastung der unteren mit steigenden Steuersätzen herangezogen werden.

2. Zur Einschränkung der Konkurrenz der Großbazare und Filialgeschäfte eine Branchen-Umsatzsteuer, die bei einer gewissen Anzahl geführter Branchen, sowie bei einem je nach der Einwohnerzahl der Städte festzusetzenden Minimalumsatz beginnt und sich mit der Zahl der Branchen und der erzielten Umsätze progressiv erhöht.

3. Die Heranziehung der Konsumvereine, Beamten- und Offiziers-Waarenhäuser, Rabatt-Sparvereine u. s. w. zur Gewerbesteuer und Einkommensteuer, sowie zur Branchen-Umsatzsteuer."

Das Wesen der geplanten Branchen-Umsatzsteuer geht aus diesen Sätzen ja genügend deutlich hervor. Es sollen durch dieselbe nicht getroffen werden große Geschäfte, die sich auf eine oder zwei Branchen beschränken, auch nicht kleine Geschäfte, die eine große Zahl von Branchen betreiben. Dies letztere Moment und ein Umsatz von 200 bis 250 000 M. jährlich sollen zusammentreffen, um den bazarartigen Charakter eines Geschäfts zu begründen und es damit der Branchen-Umsatzsteuer zu unterwerfen.

Manche Diskussionsredner gingen noch viel weiter, als die obige Resolution und forderten außer der progressiven Branchen-Umsatzsteuer eine Personalsteuer auf die Zahl der Angestellten, eine Raumsteuer auf die Größe der Verkaufsfläche und eine besondere Steuer auf die Anzahl der Geschäfte.

Man kann nicht einmal sagen, daß diese Bestrebungen ganz aussichtslos sind. Im Mai hat eine vom Finanzminister v. Miquel zur Prüfung der Frage einberufene Konferenz getagt, in der die Oberbürgermeister vom Minister aufgefordert wurden, Vorschläge zur kommunalen Besteuerung der Großbazare zu machen. Und der Kommerzienrath Lissauer verlas ein Schreiben des Herrn Miquel, in dem es heißt:

„Sollte es sich bestätigen, daß eine den kommunalen und sozialpolitischen Rücksichten entsprechende Umgestaltung der bestehenden Gewerbesteuer im Wege der kommunalen Autonomie keinen ausreichenden Erfolg erwarten läßt, so würde auch der Eventualität eines landesgesetzlichen Eingreifens näher getreten werden müssen."

Es handelt sich demnach nicht mehr um ganz aussichtslose Wünsche der kleineren Handelswelt, sondern der geschäftige Finanzminister ist bereits mitten drin in der Mittelstandsrettungs-Politik. Wir haben bereits früher ausgeführt, daß es keinesfalls gelingen wird, die kapitalkräftigen Bazare durch Erdrosselungssteuern ums Leben zu bringen. Aber Unbequemlichkeiten können ihnen gewiß bereitet werden. Es fragt sich nur, wohin die höheren Geschäftsunkosten dann abgewälzt werden, ob aufs Publikum oder auf die Angestellten der Geschäfte.

Erfurt, 22. Juni. (Eig. Ber.) Der Straßenkrawall vom 24 bis 27. Mai wird nächste Woche das hiesige Schwurgericht beschäftigen. Die Verhandlungen beginnen am 30. Juni und dauern drei Tage. Angeklagt sind 24 Personen (10 Handarbeiter, 3 Schuhmacher, 3 Maurer, je 1 Kellner, Maler, Schlosser, Schneider, Handelsmann, Kutscher, Brauer, herrschaftlicher Diener). Bis jetzt sind gegen 80 Zeugen geladen. Unter den Angeklagten befinden sich mehrere, die schon 10—20 Vorstrafen haben. Von den Angeklagten ist nicht ein einziger gewerkschaftlich oder politisch organisirt.

Köln, 21. Juni. (Eig. Ber.) Der Ortsverband Kevelaer des Rheinischen Bauernvereins hat sich in einer Resolution gegen die von rheinischen Landwirthen beliebten Sonderkandidaturen in folgender Weise ausgesprochen: „Der Ortsverband Kevelaer des Rheinischen Bauernvereins spricht seine Mißbilligung darüber aus, daß entgegen den klaren Bestimmungen der Vereinsstatuten der Vereinsvorsitzende als solcher sich mit Wahlpolitik befaßt und gegen das legitime Zentrums-Kreiskomitee für den Reichstag einen Sonderkandidaten aufgestellt hat. Der Ortsverband erwartet, daß fortan wie früher wieder mehr die eigentlichen Zwecke des Bauernvereins verfolgt werden." — Diese bauernschlaue Erklärung zeugt von einer wunderlichen Logik. Die Leute scheinen nur das für „Wahlpolitik" zu halten, was der Zentrumspartei in die Quere kommt; daß sie für das „legitime Zentrums-Kreiskomitee" Stellung nehmen, scheinen sie anders benamsen zu wollen.

Unruhen in Liegnitz. In Liegnitz ist am Sonnabend das Dienstmädchen des in der Breslauerstraße wohnenden Bildhauers und Hausbesitzers Löwe wegen irgend eines Versehens von der „Herrschaft" gezüchtigt worden. Das Geschrei des Mädchens lockte eine Menschenmenge an, die für die geschlagene weiße Sklavin Partei nahm und schließlich das Löwe'sche Haus mit Steinen bombardirte. Die Polizei zerstreute die Menge. In den folgenden Tagen, und zwar regelmäßig in den Abendstunden, wiederholten sich aber die Ausschreitungen, die Polizei war machtlos und es wurde Militär herbeigerufen, das im Verein mit der Polizei die Waffen gebrauchte. Dabei sind eine Anzahl Personen mehr oder minder schwer verletzt worden und ein Neugieriger, der sich thätlich widersetzt haben soll, hat durch einen Bajonettstich in die Brust sein Leben eingebüßt.

In der arbeiterfeindlichen Presse Schlesiens wird natürlich der alberne Versuch gemacht, die Liegnitzer Unruhen auf das Konto der sozialdemokratischen Agitation zu setzen. Ziemlich auf dasselbe läuft eine Auslassung des „Berliner Tageblatts" hinaus, das in seiner Donnerstag-Nummer — einen Tag vor den Berliner Stichwahlen — in einem Bericht aus Liegnitz schreibt: „Hier besteht vorwiegend die Meinung, daß die Mißstimmung über die Hemmnisse in der Agitation, die den Sozialdemokraten bei der noch im Gange befindlichen Wahlkampagne jetzt wieder recht fühlbar wurden, als das Pulverfaß anzusehen ist, in welches die Dienstmädchenmißhandlung nur als zündender Funke hineinfiel."

Dagegen schreibt unser Breslauer Bruderorgan, die „Volkswacht":

„Die Liegnitzer Blätter haben sich beeilt, die in der amtlichen Bekanntmachung angezogenen Paragraphen des Strafgesetzbuches abzudrucken, offenbar von der Voraussetzung ausgehend, daß die Tumultuanten die Bestimmungen nicht gekannt haben. Damit haben die Blätter auch das Richtige getroffen. Denn nur der heillosen Gesetzesunkenntniß des Volkes ist es zuzuschreiben, daß solche beklagenswerthe Vorgänge sich abspielen können. Wo und wann wird denn auch heute der Staatsbürger in der Gesetzeskunde unterrichtet? In der Schule hat man dafür keinen Raum und den Arbeitern, die in Vereinen sich darüber unterrichten wollen, treibt man die Lokale ab und zwingt sie mit der Hungerpeitsche, den Organisationen fernzubleiben. Wir wiederholen, was wir bereits über die Wahltumulte in Grünberg und Boguschütz geschrieben haben: Die Schuld an solchen Vorgängen trifft diejenigen, die mit allen Mitteln den Arbeiterorganisationen entgegenarbeiten."

Beuthen O./S., 22. Juni. (Eig. Ber.) Auf der Geschworenenliste für die nächste Schwurgerichtsperiode des Landgerichts Beuthen O./S. stehen neben 28 Beamten 2 Privatpersonen. Es ist nicht verwunderlich, wenn die Arbeiterschaft immer weniger Zutrauen zu den Schwurgerichten hat; sie hat vom Arbeitsverhältniß her vor den Beamten, die sie meist recht schlecht behandeln, Furcht.

Liegnitz, 22. Juni. („Frankf. Ztg.") Bei einem militärischen Einschreiten zur Beseitigung von Volksaufläufen hierselbst wurde der Drechslergeselle Täsler durch einen Bayonettstich in die Brust getödtet. —

Den ersten praktischen Erfolg des 16. Juni haben die Arbeiter Badens zu verzeichnen. Im badischen Landtage hatten unsere Parteigenossen Dreßbach, Geck, Geiß, Kramer und Schaier den Ausbau des Fabrikinspektorats u. a. nach der Richtung hin beantragt, daß in größeren industriellen Gebieten des Landes Unter-Inspektionen eingerichtet, ferner zum Schutz der Arbeiterinnen weibliche Fabrikinspektoren ernannt und daß die Wahl der durch die Erweiterung des Fabrikinspektorats benöthigten Beamten durch die Arbeiterschaft der betreffenden Distrikte mittels geheimer und direkter Abstimmung verfolgen sollte. Von der Petitionskommission des Landtages wurde die erste und dritte dieser Forderungen abgelehnt und nur die zweite mit der Abänderung angenommen, daß die Regierung zwei weibliche Personen auswählen und zu Assistentinnen der Gewerbe-Inspektion ausbilden lassen soll. Inzwischen kam die Reichstagswahl, und der großartige Aufmarsch der sozialdemokratischen Wähler in Baden und dem Reiche machte die bürgerlichen Mitglieder des badischen Landtags mürbe. Fast einstimmig nahm, wie wir schon kurz auf grund einer Privatdepesche meldeten, das Plenum den Antrag auf Errichtung von Unterinspektionen und auf Einstellung von zwei weiblichen Fabrikinspektoren an. Mit 32 gegen 18 Stimmen wurde beschlossen, daß die Arbeiter bei Besetzung der Stellen nicht akademisch gebildeter Beamten der Fabrikinspektion und bei Bestellung von Vertrauensmännern das Vorschlagsrecht haben sollen. Damit ist der Einfluß der Arbeiterschaft auf die Zusammensetzung der Fabrikinspektion gesichert und ein wichtiger Schritt in den Bestrebungen der Sozialdemokratie für den Arbeiterschutz vorwärts gethan.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Arbeiter Anton Zirntek aus Beuthen O./S. von der Beuthener Strafkammer unter Ausschluß der Oeffentlichkeit zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. —

Oesterreich.

Situationsbild aus Oesterreich. Bekanntlich wurde der ehemalige Justizminister im Ministerium Badeni, Graf Gleispach, zum Präsidenten des Grazer Oberlandesgerichts ernannt. Als der Herr in seinem Amtssitze ankam, mußte er vor der Begeisterung des Volkes durch Kavallerie geschützt werden, und verließ den Bahnhof heimlich durch die Gepäckhalle. Dann fing er an in der Burg des Statthalters, die von Polizisten und Militär besetzt wurde, zu amtiren. Jetzt aber hat die Regierung des Grafen Thun endlich einen großen Erfolg zu verzeichnen und triumphirend berichtet der Telegraph:

„Graf Gleispach ging in Graz zu Fuß (!), ohne behelligt zu werden (!!), von der Burg ins Justizpalais und übernahm dort die Präsidialgeschäfte."

Ist das nicht großartig? Am Ende gelingt es dem Oberlandesgerichts-Präsidenten noch einmal, in eine Gesellschaft zu gehen, ohne daß ihm ins Gesicht gespuckt wird! —

Die Beurtheilung der galizischen Unruhen durch die sozialdemokratische Presse findet nicht den Beifall der „Tägl. Rundsch.". Das deutsch-nationale Blatt glaubt Ursache zu haben, die galizischen Junker gegen den Vorwurf zu vertheidigen, daß sie mitverantwortlich seien an dem Elend, das in diesen Hungerkrawallen zum Ausdruck kommt und es findet, daß der „Vorwärts" und die Wiener „Arbeiter-Zeitung" nur darum diese sinnlose Angeberei und Hetzerei gegen die polnischen Stanczyken betreiben, weil die sozialdemokratische Presse von denselben Leuten gemacht wird, die in Galizien den Bauer an den Bettelstab bringen. Wir möchten den Herren von der „Tägl. Rundschau" doch rathen, sich bei ihren österreichischen Gesinnungsgenossen nähere Auskunft über die Qualitäten des galizischen Grundadels zu holen. Sie würden dort die Auskunft bekommen, daß die armen galizischen Bauern ihr Elend nicht nur den Schnapsjuden, sondern mindestens ebenso sehr den Schnapsgrafen verdanken. Wenn man den Parasitismus der kleinen Juden, die den galizischen Bauer aussaugen, richtig beurtheilen will, muß man wissen, wer das Volk dort so absolut wehrlos gemacht hat. Die Unwissenheit, die geistige und wirthschaftliche Schwäche der bäuerlichen Bevölkerung Galiziens mit seinen 85 pCt. Analphabeten ist durchaus ein Werk der unumschränkten Beherrscher dieses unglücklichen Landes, des polnischen Grundadels. Wenn die Sozialdemokratie nun darauf hinweist, daß der kleine, schmutzige, selber verelendete Dorfjude, der heute der sehr erklärlichen Wuth der verzweifelnden Bauern zum Opfer fällt, nicht der einzige Schuldige ist, daß vielmehr die hochgeborenen Herren, die jetzt die Noth mit Mannlichergewehren kuriren lassen, verantwortlich sind für den entsetzlichen Zustand des Landes, thut sie durchaus ihre Pflicht. Wir sind gerne bereit, dem deutsch-nationalen Organe den Milderungsgrund der durch keinerlei Sachkenntniß getrübten Ignoranz zuzubilligen und begreifen, daß sie keine Ahnung davon hat, welche innige Freundschaft und unzerreißliche Solidarität zwischen den Junkern und Juden in Galizien besteht, natürlich nur den großen Juden, die in Krakau, Lemberg und Wien ruhig und sicher sitzen, im reichsräthlichen Polenklub alle Verbrechen der Stanczyken mitmachen und sich an Liebesgaben in Schnaps und Zucker und was sonst der Junker Freude ist, die Taschen füllen. Daß ein deutschnationales Blatt in Berlin sich veranlaßt sieht, die schmutzigsten der Badeniten in seinen Schutz zu nehmen, ist ein Kuriosum, dessen Genuß wir uns durch die dabei in gewohnter Weise mitlaufenden geschmacklosen Beschimpfungen der sozialdemokratischen Presse nicht vermindern lassen wollen. So groß die Abneigung der österreichischen Freunde des Blattes gegen die polnischen Juden ist, so werden sich die Herren Schönerer und Wolf doch daß darüber wundern, daß den polnischen Junkern ein so wehrhafter Schützer in deutschen Landen erstanden ist.

Lemberg, 22. Juni. In der Reichsraths-Ersatzwahl im Landgemeindebezirk Tarnopol-Zbaraz wurde der gemäßigte Ruthene Gladyszowski gewählt. —

Schweiz.

Bern, 23. Juni. Der Nationalrath hat mit großer Mehrheit die Einführung des Proportionalwahlverfahrens für die Wahlen zum Nationalrath abgelehnt. —

Zürich, 22. Juni. („Magdeb. Ztg.") Der kantonale zürcherische demokratische und sozialdemokratische Preßverband beschloß einstimmig, Maßregeln zur Abschaffung der eidgenössischen politischen Polizei zu treffen. —

Genf, 20. Juni. (Eig. Ber.) Das Asylrecht in der Schweiz. Bekanntlich hatten sich während der letzten Unruhen in Italien größere Gruppen von italienischen Arbeitern hier gebildet in der Absicht, der revolutionären Bewegung im Heimathlande, über deren Natur und Aussichten falsche Vorstellungen herrschten, zur Hilfe zu eilen. Eine dieser Gruppen, bei ihrem Eintritt in den Kanton Tessin 500—600 Mann stark, schmolz dort auf genauere Kunde aus der Heimath hin bis auf 160 Mann zusammen, die sich aber entschlossen, als sie von der völligen Niederwerfung des Mailändischen Aufstandes hörten, von dem Unternehmen abzusehen. Diese Arbeiter wollten, wie den Lesern bekannt ist, den Zug der sie über die Grenze führen sollte, verlassen, wurden aber von den eidgenössischen Behörden daran gehindert und von Schweizer Soldaten der italienischen Polizei ausgeliefert. Die allgemeine Entrüstung über dieses Verfahren fand in zahlreichen Protestversammlungen Ausdruck, die eine klare Stellungnahme der Regierung dem Asylrecht gegenüber forderten und sich gegen die erst seit einigen Jahren bestehende politische Partei wandten. Die Antwort auf diese Volksbewegung konnte der Bundesrath nicht schuldig bleiben und er veröffentlichte in diesen Tagen einen Bericht, der bei den nächsten Parlamentssitzungen zu längeren Diskussionen Anlaß geben dürften.

In diesem Bericht kommt eine eigenthümliche Auffassung des Asylrechts im allgemeinen, wie seiner Anwendung auf den vorliegenden Fall zum Ausdruck: Es könne sich nicht um eine Verletzung des Asylrechtes handeln bei einer Angelegenheit, bei der nicht ein einziges Individuum betheiligt war, das seiner politischen Ansicht willen Zuflucht in der Schweiz gesucht hätte. Es seien keine politischen Flüchtlinge, sondern Arbeiter gewesen, die ihre Absicht, in ihr Vaterland zurückzukehren, auf das deutlichste an den Tag gelegt hätten. Von einer Auslieferung könnte da nicht die Rede sein, wo weder eine Strafverfolgung, noch ein Auslieferungsgesuch vorläge. Die den italienischen Behörden überlieferten Individuen seien ohne Subsistenzmittel gewesen und deshalb ausgeliefert worden. Diese Maßnahme sei von ihnen selbst verschuldet worden. Jeder Staat hätte das Recht, Fremde ohne Subsistenzmittel der Heimathsbehörde zuzuweisen, ein Recht, das auch der Ansiedelungsvertrag mit Italien garantirt und von dem man Individuen gegenüber Gebrauch machen müsse, die keine Schonung verdienten. (!)

Und in diesem Stile geht es weiter. Der Bericht, der eingeräumt hat, daß die in Frage stehenden Arbeiter nach Italien gehen wollten, um an der revolutionären Bewegung ihrer Heimath theilzunehmen, stellt in Abrede, daß es sich um einen Appell an das Asylrecht handelt, wenn diese Arbeiter, in ihrem Entschlusse wankend geworden, sich von der von Soldaten bewachten italienischen Grenze in die Schweiz zurückwandten! Diese Schaaren, die sich vielleicht durch die Machinationen der italienischen Polizei gebildet hatten, deren Aufbruch den italienischen Behörden gemeldet war, die von italienischen Soldaten an der Grenze erwartet wurden, und die sich in einem Momente der Besonnenheit entschließen, den Schweizer Boden nicht

*) „Arbeitend leben oder kämpfend den Tod!"

Heute wird gewählt! Die Wahlzeit ist von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags. Um 6 Uhr wird die Wahlhandlung geschlossen.

Jeder Wähler hat sein Stimmrecht in **dem** Wahlbezirke auszuüben, wo er **bei der Aufstellung der Wählerliste gewohnt hat. Auch wer an der Hauptwahl am 16. Juni nicht theilnahm, hat das Recht zu wählen.** Kein Wahlberechtigter darf an der freien Ausübung seines Stimmrechts gehindert werden. **Etwaige Unregelmäßigkeiten in den Wahllokalitäten sind sofort den Zentral-Wahlbureaus der sozialdemokratischen Partei bekannt zu machen.** (Die Adressen siehe in der Beilage der heutigen Nummer.)

Um den **Andrang am Abend** zu vermeiden und um unseren Parteifreunden **das Herbeiholen der säumigen Wähler zu erleichtern,** möge jeder Wähler es so einrichten, daß er **bis etwa 4 Uhr nachmittags seine Stimme abgegeben hat.** Wir machen hierbei insbesondere **die in den Vororten wohnenden Wahlberechtigten, die in Berlin in Arbeit stehen,** darauf aufmerksam, daß sie zu diesem Zwecke die Arbeit einige Stunden früher beenden können als sonst, ohne daß der Arbeitgeber ein Recht hätte, dies als Grund zur sofortigen Entlassung geltend zu machen.

---

zu verlassen, sollen nicht politischen Flüchtlingen gleich geachtet werden? Allein die Pressionen der italienischen Regierung, die Sophistik der eidgenössischen Behörden konnten eine solche, mit dem Schweizer Recht unvereinbare Interpretation der Tessiner Vorgänge zu tage fördern. Im Bewußtsein der Schwäche seiner Beweisführung muß der Bericht denn auch zu einer Fälschung der Thatsachen seine Zuflucht nehmen, indem er sagt, daß die Arbeiter freiwillig die Grenze überschritten hätten, während sie von Schweizer Soldaten eskortirt und gegen Ueberlassung einer Quittung den italienischen Truppen ausgeliefert worden sind.

Was die Mittellosigkeit betrifft, so waren es Arbeiter, die für ihr Geld reisten und wenn sie arbeitslos waren, so hatten sie freiwillig ihre Arbeit niedergelegt. Alle hatten übrigens die Aufenthaltsberechtigung, wie konnten sie also ausgewiesen, ja noch mehr, ihrer Heimathsbehörde ausgeliefert werden, was um so verhängnißvoller war, als ein Theil von ihnen desertirt war?

Sicherlich hätte kein Kulturstaat, auch wenn er sich nicht der glorreichen Traditionen der Schweizer Gastfreundschaft zu rühmen hätte, eine solche Infamie begangen und den italienischen Galeeren Männer ausgeliefert haben, deren einzige Schuld in dem Wunsche bestand, für die Freiheit ihres Landes und für den Sieg ihrer Ideale zu kämpfen.

Die Presse ist von dem Berichte so wenig befriedigt, daß ihre Urtheile darüber womöglich noch schärfer sind, als über die Auslieferung selbst. Selbst die immer nach oben Rechnung tragende liberal-konservative „Neue Züricher Ztg." übt schärfste Kritik. Sie schreibt: „Die Hoffnung, daß es gelingen werde, die Geschehnisse von Chiasso in einem anderen, als dem ziemlich grellen Lichte darzustellen, in dem sie nach den ersten Berichten erschienen, ist nicht in Erfüllung gegangen. . . . Es ist ein ganz vergebliches Bemühen, als einen Akt der Armenpolizei hinzustellen, was sich hier jedem unbefangenen Blick als eine politische Maßregel darstellt, die in der Schweizergeschichte kein Präzedenz hat und in der Zukunft hoffentlich niemals Nachahmung finden wird." Die „Züricher Post" sagt: „Wenn die Tendenz waltete, eine nach jeder Hinsicht ungenügende Darstellung zu liefern, so ist dieselbe glänzend gelungen. Zur bösen That das faule Wort." Der „St. Galler Stadt-Anz." führt aus, daß die Arbeiter von der schweizerischen Republik ausgeliefert wurden, weil sie kein Geld mehr in der Tasche hatten, weil sie mittellos, d. h. arme Teufel waren! Der „Winterthurer Landbote" redet von Beschönigung und empörender Scheinheiligkeit und fragt: Was hätte man den Ausgelieferten noch schlimmeres anthun können, als sie wehrlos ihren Henkern zu übergeben? Der Genfer „Genevois" stellt fest, daß Bundesrath Bachenal jede Verantwortung für die Affäre und für den Bericht ablehne und bezeichnet als die Schuldigen Bundesrath Müller, Bundesanwalt Scherb und Sekretär Graffina. Selbstverständlich verurtheilt wie das Vorkommniß selbst so auch den Bericht unsere Parteipresse aufs schärfste. —

Warten wir die für Dienstag vorgesehenen Verhandlungen im Parlament ab. Unterdessen genüge folgendes zur Beleuchtung der reaktionären Tendenzen der eidgenössischen Regierung. Man erinnert sich der vor einiger Zeit im Kanton Zürich getroffenen Verfügung, der zufolge Oesterreicher und Italiener das Aufenthaltsrecht im Kanton nur nach Vorweisung eines von der Heimathsbehörde ausgestellten Leumundszeugnisses erhalten sollten, eine Verfügung, die wegen entgegenstehender internationaler Verträge keine praktischen Folgen hatte. Es wird nun gemeldet, daß in Rom und Wien Verhandlungen angebahnt seien, zu dem Zwecke, in den Niederlassungs-Verträgen diejenigen Modifikationen einzuführen, die die Züricher Verfügung als ein Gesetz der Bundesregierung ermöglichen. Die Nützlichkeit dieser Maßregel leuchtet der bürgerlichen Presse „angesicht der jüngsten Ereignisse im Tessin" ganz besonders ein.

Ginge ein derartiges Gesetz durch, so würde seine Wirkung sich in erster Linie den Sozialisten fühlbar machen, die gegen den Sturm der Reaktion bisher in der kleinen Schweiz eine Zuflucht fanden, denn es ist offenbar, daß die Heimatsbehörden den Opfern der Landespolitik nicht durch Atteste und Zeugnisse eine Freistatt zu öffnen geneigt sein werden.

Frankreich.

Paris, 22. Juni. In unterrichteten Kreisen meint man, Peytral würde neben dem Präsidium des von ihm zu bildenden Kabinets das Portefeuille des Innern übernehmen. Die anderen Portefeuilles dürften wie folgt vertheilt werden: Freycinet Auswärtiges, Cavaignac Krieg, Delombre Finanzen, Dupuy Unterricht, Delcassé Marine, Sarrien Justiz, Jonnart Kolonien, Leygues öffentliche Arbeiten, Maruéjouls Handel und Viger Ackerbau.

In der Angelegenheit der Bildung des neuen Kabinets erklärt die Mehrzahl der Blätter, Peytral habe schon aus dem Grunde mehr Aussicht auf Erfolg, weil ihm Präsident Faure größere Bewegungsfreiheit gelassen. Die radikalen Organe sprechen die Ueberzeugung aus, Peytral werde in der Kammer eine ansehnliche Mehrheit finden. „Libre Parole" greift Peytral an, weil er für die Koulisse eingetreten, und behauptet ferner, Peytral hätte gestern Abend eine Besprechung mit Trarieux und Thevenet gehabt, die das Blatt als Dreyfus freundlich gesinnt bezeichnet. Dem „Eclair" zufolge hätte die Meldung, daß Lockroy den Posten des Marineministers erhielte, unter den Admiralen Verstimmung hervorgerufen. Der Kommandeur des Mittelmeergeschwaders sei eigens nach Paris gekommen, um die Ernennung zu verhindern. —

Paris, 22. Juni. Vor dem Zuchtpolizeigericht begann heute Nachmittag der Ehrenbeleidigungs-Prozeß der Schreib-Sachverständigen gegen Zola. Nachdem die Vertreter der Kläger ihre Strafanträge gestellt hatten, wurde die Verhandlung um 14 Tage vertagt. —

Belgien.

Brüssel, 23. Juni. Wegen des Fernbleibens mehrerer fremder Delegirter von der internationalen Zucker-Konferenz schließt man auch hier, daß die Verhandlungen vollständig gescheitert sind.

Italien.

Rom, 22. Juni. Die Abendblätter melden übereinstimmend, Finali habe es abgelehnt, die Bildung eines neuen Kabinets zu übernehmen. Die „Opinione", die „Tribuna" und der „Fanfulla" verzeichnen das Gerücht, daß der König nunmehr Visconti Venosta mit der Kabinetsbildung betraut habe; die „Italia Militare" dagegen versichert, von vielen Seiten werde General Pellouz als der voraussichtliche Ministerpräsident bezeichnet. —

Die Schergen Rudini's haben dem italienischen Parlament die Zumuthung gestellt, die sozialdemokratischen Abgeordneten auszuliefern, damit ihnen wegen „Aufreizung zum Bürgerkrieg" und wegen einiger anderen schweren Verbrechen der Prozeß gemacht werden könne. Dem Auslieferungsbegehren ist — man weiß nicht, warum? wenn nicht des Spaßes halber — eine Begründung beigegeben, in der das „Beweismaterial" enthalten ist, auf das sich die Anklage gegen die auszuliefernden Abgeordneten stützt. Wäre die Sache nicht so furchtbar ernst, man wäre versucht, sich über dieses Beweismaterial zu Tode zu lachen. Eine solche Beweisführung ist wohl noch nie vorgekommen, nicht einmal in Operetten. Da soll zum Beispiel durch einen Brief, den der Abgeordnete Costa an einen anderen Sozialisten geschrieben hat, der Beweis erbracht werden, daß eine auf den Umsturz der Monarchie abzielende Verschwörung der Sozialisten bestanden habe! Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Es ist uns nach langen Anstrengungen endlich gelungen, die revolutionäre, sozialistische Partei in der Romagna zu konstituiren. Sie umfaßt ungefähr fünfzig Ortschaften und sechzig bis siebzig Organisationen. Könntet ihr es nicht ebenso in Venetien machen? Aus der Vereinigung dieser Provinzorganisationen würde die große revolutionäre, sozialistische Partei Italiens hervorgehen."

Und aus diesem Briefe, der überdies im Jahre 1881 geschrieben worden ist, soll bewiesen werden, daß der Aufstand in Mailand 17 Jahre später das Werk sozialistischer Verschwörer war! Zum Glück sind noch andere Beweise da. Bei dem Abgeordneten Turati wurde eine Visitenkarte gefunden — man denke: eine wirkliche Visitenkarte! —, auf der ganz deutlich die Einladung zu einer Besprechung der Republikaner in der Redaktion der „Italia del Popolo" zu lesen war. Noch schwerer belastet erscheint der Abgeordnete Morgari, der überwiesen ist, einem Bekannten telegraphisch seine Abreise von Turin nach Mailand angezeigt zu haben. Ganz klar ist auch, daß die Abgeordneten Costa, Morgari und Burtesi den Aufruhr in Mailand angestiftet, da sie am 9. Mai — also kaum zwei Tage nach der Unterdrückung des Aufstandes — nach Mailand reisten. Bei dem Abgeordneten Bissolati wurde — ein nothwendiges Attribut jedes Verschwörers — ein Chiffrenverzeichniß gefunden. Daß er es bei seiner Verhaftung noch bei sich trug, beweist keineswegs die Harmlosigkeit dieser Geheimschrift, sondern nur die besondere Frechheit Bissolati's. Der „Avanti" will ihm freilich jetzt aus der Klemme helfen und erzählt, daß diese Chiffren es ermöglichen sollen, verschiedenen sozialistischen Zeitungen Nachrichten über die Unruhen zukommen zu lassen, ohne daß man ihre Inhibirung befürchten mußte. Das gravirendste Beweisstück ist aber ein Schreiben, das anonym an die „Critica Soziale" gerichtet worden war. Der General Heusch hat zwar selber erklärt, daß er dieses Schreiben für eine Mystifikation halte, mit der die Irreführung der Behörden oder die boshafte Schädigung der kompromittirten Sozialisten bezweckt sei. Aber mangels besserer Beweise beweist auch dieses Schreiben genug.

Der „Avanti" meint mit prächtigem Hohn: Wenn Karl Marx nicht schon todt wäre, er würde wegen Anstiftung der Mailänder Unruhen angeklagt worden sein, da sein „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" eine nicht mißzuverstehende Aufforderung zum Barrikadenbau in Mailand enthalte. In der That: Wenn Rudini nicht ebenso stupid wie brutal wäre, so könnte man glauben, daß er in der Anklage gegen die sozialistischen Abgeordneten nicht nur eine Probe seiner Schurkerei, sondern auch seines satirischen Talents habe geben wollen. Die Begründung dieser Anklage liest sich wie eine blutige Selbstverhöhnung der Staatslenker Italiens. —

Mailand, 23. Juni. In dem Prozeß vor dem Militärgericht gegen 24 wegen der Ruhestörungen im Mai verhaftete Personen verkündete der Gerichtshof heute Vormittag das Urtheil. Fünf, darunter der ehemalige Deputirte Zavattari, wurden freigesprochen. Verurtheilt wurden der Direktor der „Italia del Popolo" Chiesi zu sechs Jahren Kerker; Freiheitsstrafen erhielten ferner der Direktor des „Secolo" Romussi vier Jahre zwei Monate, der Direktor des „Osservatore cattolico" Don Albertario drei Jahre, und Frau Kulichoff zwei Jahre. Die übrigen Angeklagten erhielten Freiheitsstrafen von einem Monat bis zu drei Jahren. —

Rußland.

Flottenvermehrung. Die „Politische Korrespondenz" meldet aus Petersburg, die russische Regierung habe bei der Nikolajew-Werft zwei Kreuzer 1. Klasse und vier Torpedobootzerstörer bestellt, welche zur Verstärkung der Flotte im Schwarzen Meere bestimmt seien. —

Türkei.

Konstantinopel, 23. Juni. Nach hier eingetroffenen Berichten herrscht gegenwärtig an der montenegrinischen Grenze Ruhe. Die Albanesen kehren in ihre Ortschaften zurück. Die Pforte setzt ihre Bemühungen in Petersburg fort, um das russische Kabinet zu bewegen, daß es nicht weiter auf dem Verlangen nach Beförderung in die Heimath der nach dem Kaukasus geflüchteten Armenier bestehe. Inzwischen haben bereits mehrere hundert Armenier die Grenze überschritten, um in die Heimath zurückzukehren, ohne anscheinend bis jetzt auf Schwierigkeiten von seiten der ottomanischen Behörden zu stoßen.

Asien.

Weitere Eröffnung China's. Die „Times" melden aus Peking, die kürzlich veröffentlichen Bestimmungen über die Dampfschifffahrt auf den Binnengewässern beschränken dieses Privilegium auf die Provinzen, in denen sich Vertragshäfen befinden. Die Provinzen Schansi und Honan werden somit von dem Abkommen nicht berührt. Den Dampfern wird ferner untersagt, Schiffe der Eingeborenen zu schleppen. Die Nothwendigkeit einer Abänderung dieser Klausel bezüglich des Jangtsekiang springt in die Augen. —

Yokohama, 22. Juni. Der Zusammenschluß der japanischen Oppositionsparteien ist vollendet. Die Versuche, eine Partei zu schaffen, durch welche die Regierung unterstützt werde, haben keinen besonderen Erfolg.

Das bürgerliche Gesetzbuch ist gestern veröffentlicht worden. —

Afrika.

Pretoria, 22. Juni. Freiwillige Streitkräfte aus Transvaal überschritten die Grenze von Swaziland in verflossener Nacht mit einer Avantgarde von Burghers. Boten gehen durch das ganze Land und rufen alle Kraals auf, sofort gegen Swaziland aufzubrechen und in Mampandweni sich zu sammeln. Unter den Swazi sind die Pocken aufgetreten. —

Kapstadt, 22. Juni. Die gesetzgebende Versammlung nahm mit 41 gegen 36 Stimmen einen Beschlußantrag Schreiner an, durch welchen dem Ministerium ein Mißtrauensvotum ausgesprochen wird. Der Beschluß bedeutet eine Niederlage der Rhodespartei und einen Sieg der Afrikanerpartei. —

Wahlkampf.

Sozialdemokratische Stichwahltaktik.

In Guben empfiehlt Genosse Wagner, der sozialdemokratische Kandidat, den Parteifreunden bei der Stichwahl zwischen Prinz Carolath und dem Konservativen v. Heydebrand Stimmenthaltung.

In Duisburg werden unsere Parteifreunde für den Zentrumskandidaten gegen den Nationalliberalen stimmen.

Im Fürstenthum Lippe, in Minden und Herford-Halle haben unsere Parteigenossen erklärt, für den freisinnigen Kandidaten zu stimmen.

Stichwahltaktik der bürgerlichen Parteien.

In Görlitz wollen die Kartellparteien und das Zentrum den freisinnigen Kandidaten gegen den Sozialdemokraten unterstützen.

In Arnswalde-Friedeberg hatten sich die Konservativen an Rickert gewandt, damit er seine Parteifreunde veranlasse, gegen Ahlwardt für Ring zu stimmen. Herr Rickert soll geantwortet haben, daß er zwar nicht glaube, nöthig zu haben, seine Gesinnungsgenossen im dortigen Wahlkreise noch besonders dazu aufzufordern, bei der Stichwahl für Herrn Ring zu stimmen, da dies eine selbstverständliche politische Pflicht sei, daß er aber gleichwohl bereit sei, an seine Gesinnungsgenossen in diesem Sinne zu schreiben."

Wir können es nicht begreifen, wie man einen Agrarier der extremsten Richtung zum Siege verhelfen kann; ihm gegenüber ist der politisch bedeutungslose Ahlwardt das kleinere Uebel.

In Königsberg-Land (Ostpreußen) fordert der freisinnige Kandidat seine Parteigenossen auf, in der Stichwahl für den Konservativen Grafen v. Dönhoff gegen den Sozialdemokraten zu stimmen. So sieht der Kampf der Freisinnigen gegen das Junkerthum aus.

Der Vorstand des Vereins der Konservativen in Danzig erläßt eine Aufforderung, bei der Stichwahl zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Kandidatur Herrn Rickert die Stimme zu geben.

In Mainz hat die nationalliberale und freisinnige Partei beschlossen, gegen unsern Kandidaten für den Zentrumsmann zu stimmen, während die Demokraten für unsern Kandidaten Dr. David eintreten wollen.

In Pforzheim und Mannheim will das Zentrum für den Kandidaten der Sozialdemokratie stimmen.

Die liberale Partei in Würzburg verpflichtete sich, in der Stichwahl für das Zentrum gegen den Sozialdemokraten zu stimmen. Infolge dessen unterstützt das Zentrum in München I den fraktionslosen Liberalen Schwarz gegen unseren Parteigenossen. Dagegen wollen die Bauernbündler in Würzburg für unseren Kandidaten stimmen.

Jeder Berliner freisinnige Kandidat

und Herr Kreitling im besonderen machen darauf Anspruch, als anständiger Mann und ehrlicher Liberaler angesehen zu werden. Bisher hat er es freilich unterlassen, gegen die ordinäre Kampfweise seines Wahlkomitees sich auszusprechen. Er muß es sich daher schon gefallen lassen, daß man ihm sagt: „Brüderchen, mitgegangen, mitgefangen, mitgehangen."

Herr Kreitling präsentirt sich jetzt als gemeinsamer Ordnungskandidat, als Vertreter der arbeiterfeindlichsten und reaktionärsten Unternehmerschichten. Für seine Versprechungen **gegen die Sonntagsruhe, gegen die Bäckerei-Verordnung, gegen die Konsumvereine** 2c. hat er jetzt sogar den Dank der Innungsbrüder des deutschen Bäckertages erhalten, und die schwärzesten Reaktions-Eulen, wie der konservative Obermeister Bernard, der antisemitische Hofconditor Gäde und der liebenswürdige Schlächtermeister Karl Gäde, treten sogar in einem eigenen, angeblich von den Freisinnigen bezahlten und ohne Druckfirma erschienenen Flugblatt für den Ordnungsmann Kreitling gegen den Umsturzkandidaten ein.

Während des Wahlkampfes könte es anders! Vor uns liegt ein offiziöses Flugblatt zur Stichwahl am 24. Juni, das schon vor 14 Tagen erschienen ist — also zu einer Zeit, da die Regierung und Sammelpolitiker noch hofften, im ersten Wahlgange die Sozialdemokratie niederzuwerfen, um dann bei den Stichwahlen dem armen Freisinn das bischen Lebenslicht auszublasen. In diesem Flugblatt heißt es: „daß in der Stichwahl nur ein Mann gewählt werden dürfe, der voll und ganz einstehe

„für des Reiches Macht und Ansehen,
„für des Vaterlandes Sicherheit und Gedeihen,
„für des Thrones Festigung und Würde,
„für der Nation Wohlergehen und Entfaltung,
„für der nationalen Arbeit Schutz und Förderung.

„Wer dieser Fahne folgen will, **darf keinen Freisinnigen wählen!**"

Und warum nicht? Damals hieß es wörtlich:

„Der Freisinn
„bezeichnet, er kämpfe unter dem nationalen Banner des Gemeinwohls. Das ist eitel Heuchelei. . . . Der Freisinn wird „nicht mit Unrecht als die „Vorfrucht der Sozialdemokratie" beichnet.

Der Freisinn
„hat die wichtigsten Maßnahmen zur Stärkung der **Machtstellung „des Deutschen Reiches** mit fanatischer Zähigkeit bekämpft. . . .

Der Freisinn
„hat das **Ansehen und die Würde des deutschen Kaiserthrones** „wiederholt in unverantwortlicher Weise verunglimpft. . . .

Der Freisinn
„schürt den **nationalen Hader** und treibt die verwerflichste **Klassen-„verhetzung . . .**

Der Freisinn
„liebäugelt mit den Sozialdemokraten u. s. w.
„Hinweg mit dem Freisinn. Das Vaterland ruft!"

So vor vierzehn Tagen. Und heute fordere dieselbe Regierung, dieselben Konservativen und Antisemiten zur Wahl desselben Freisinnskandidaten auf. Sehet, welch' ein Bild politischer Mannes-würde! Und vor denselben Leuten bückt sich und demüthigt sich der Freisinn, blos um ein paar Stimmen zu ergattern! Pfui Teufel!

Um ein paar Stimmen zu erhalten, läßt sich der „30jährige Arbeiterfreund", Kreitling zu liberalen Versprechungen an die Zunftbrüder herbei und läßt sich als Beschützer der Intelligenz, des Eigenthums, der Ehe und des Familienlebens hinstellen. Man sollte freilich meinen, gerade im zweiten Wahlkreis sollten bei dieser Wahl die Herren Freisinnigen mit dem heiklen Thema der Ehe und des Familienlebens sehr vorsichtig umgehen.

Aber all' diese freisinnigen Praktiken, die nur die politische Charakterlosigkeit und den Ausbeuterstandpunkt des Berliner Freisinns

dokumentiren, werden an dem gesunden Sinn und der politischen Reife der Berliner Arbeiterklasse scheitern, die über diese Gesellschaft, die sich heute schlägt und morgen verträgt, siegreich hinwegschreitet, wenn sie ihre Pflicht ernst erfüllt.

Wer ist Fischer?

Die Freisinnigen des zweiten Berliner Wahlkreises sind mit ihrem Latein zu Ende. Da sie sachlich nichts gegen die Sozialdemokratie vorbringen können, ergehen sie sich in persönlichen Verunglimpfungen unseres Genossen Fischer, den sie für eine politische Null erklären und von dem sie behaupten, daß er das Vertrauen aller seiner Wähler von 1893 gröblich enttäuscht habe. Wie unsinnig diese Behauptung ist, beweist schon die einfache Thatsache, daß mehr als 26 000 Wähler im ersten Wahlgange für Fischer gestimmt haben. Wie kann man angesichts dieser gewaltigen Ziffer davon reden, daß Fischer das Vertrauen seiner Wähler getäuscht habe. Im Gegentheil, der zweite Berliner Wahlkreis hat mit seinem bisherigen Vertreter Ehre eingelegt. Wie warm ist Fischer jederzeit bei den Etatsberathungen an der Hand der Berichte der Gewerbe-Inspektoren für die Besserung der Verhältnisse der Arbeiter eingetreten, während die Freisinnigen sich in tiefes Schweigen verhüllten — ein Beweis, wie wenig die Genossen des Herrn Kreitling sich für die Lage der Arbeiter interessiren. Ebenso hat Fischer bei der Besprechung des Konfektionsarbeiterstreiks im Reichstage rückhaltlos die Interessen der armen ausgebeuteten Konfektionsarbeiter wahrgenommen und die unheilvolle Wirkung des Schwitzsystems geschidert. Von den Freisinnigen hat es niemand der Mühe für werth gehalten, seinen Mund aufzuthun — es handelte sich ja nur um die Interessen von Arbeitern. Auch sonst hat Fischer stets seinen Mann gestanden, wir erinnern nur an seine glänzende Begründung des Antrages auf Einführung des Achtstundentages und seine Reden bei der Zentrums-Interpellation über die Nichtdurchführung der Februar-Erlasse. Und hat er nicht noch kürzlich für das freie Koalitionsrecht der Arbeiter eine Lanze gebrochen, so daß dem attentatslüsternen Grafen Posadowsky und seinem Anhange angst und bange wurde?

Nur mangelhafte Kenntniß der parlamentarischen Vorgänge oder grobe Verleumdungssucht kann es diesen Thatsachen gegenüber wagen, unseren Genossen Fischer als parlamentarische Null hinzustellen und so zu thun, als ob es eine Schande wäre, wenn der früher von Virchow vertretene Kreis jetzt durch Fischer vertreten werden soll. Als Mann der Wissenschaft steht Virchow freilich unübertroffen da, aber bei den Reichstagswahlen haben wir es nicht mit dem wissenschaftlichen Forscher, sondern mit dem Politiker Virchow zu thun, und die Wähler, die schon von Virchow als Politiker nichts wissen wollten, werden von einem Kreitling sicher nichts wissen wollen. Die freisinnige Partei hat abgewirthschaftet, und vergebens wird man ihr durch die Aufzählung klangvoller Namen neues Leben einhauchen können. Eine Partei, für die die so brennende Arbeiterfrage nicht existirt, eine Partei, die auch in politischen Fragen durchaus unzuverlässig ist, hat kein Recht auf Existenz, und wie die Wähler im Lande am 16. Juni gezeigt haben, daß sie die Freisinnsmannen nicht zu Volksvertretern haben wollen, so werden auch die Wähler des zweiten Berliner Kreises am 24. Juni beweisen, daß der Mann, zu dem sie trotz aller Verleumdungen auch fernerhin Zutrauen haben, nicht Robert Kreitling, sondern Richard Fischer ist.

Ehrensache der Wähler ist es, dafür zu sorgen, daß jedem, der am Abend des Stichwahltages fragt:

„Wer ist Fischer?"

geantwortet werden kann:

„Fischer ist der erwählte Abgeordnete des zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreises."

Konservative Krücken

für Dr. Paul Langerhans! Die Konservativen vertheilen am Abend vor der Stichwahl massenhaft Flugblätter, damit jede konservative Stimme für die Wahl des Freisinnigen aufgeboten wird.

Wir müssen deshalb die Wähler Mann für Mann an die Urne heranziehen, die dem Junkervolke, der Regierung und den Volksfeinden ein Dorn im Auge ist. Also deshalb jeder Volksfreund, jeder Gegner der Konservativen, jeder Gegner der bisher herrschenden Politik: heran an die Wahlurne für

Wolfgang Heine!

Einst und jetzt.

Als im Jahre 1877 zum ersten Male der vierte und sechste Berliner Wahlkreis sozialdemokratische Abgeordnete in den Reichstag geschickt hatte, äußerte sich eine zwischen Hauptwahl und Stichwahl erschienene konservative Flugschrift dahin, daß dem Deutschen Reiche seit dem französischen Kriege kein größeres Glück widerfahren sei, als die Wahl der Sozialdemokraten in Berlin; eine Gefahr entstehe daraus nicht, hingegen sei der Vortheil, den dieses Ereigniß der deutschen Freiheit verheiße, unermeßlich. Andererseits sei die Fortschrittspartei mehr als gefährlich, und deshalb sei es Pflicht des deutschen Volkes, diese Partei allmälig völlig aus dem Reichstage auszuschließen. „Mögen wir statt dessen noch einige Sozialisten mehr bekommen — was thut's? Wir werden eine Anzahl halber und unzuverlässiger Freunde los und tauschen dafür einige offene und ehrliche Feinde ein — ist der Gewinn nicht doppelt?"

So schrieben die Konservativen 1877 — und heute? Heute können sie die sozialdemokratische Gefahr nicht schwarz genug malen und fordern ihre Mannen auf, einmüthig für die Freisinnigen gegen die Sozialdemokraten einzutreten. Werden die Konservativen sich als Stimmvieh gebrauchen lassen?

Im freisinnigen Lager

scheint sich über die unentschlossene Stellung der freisinnigen Partei zu den Stichwahlen, ihrem Liebäugeln mit den Junkern und Brotwucherern doch unter einigen Anhängern eine starke Mißstimmung bemerkbar zu machen. In der gestrigen Nummer der „Neuen Zeit", dem freisinnigen Organ in Charlottenburg, finden wir einen Artikel, der sich direkt gegen die Unterstützung der Kandidatur des Genossen Zubeil ausspricht. Wir erhalten dazu aus freisinnigen Kreisen eine Zuschrift, die wir ohne Kommentar abdrucken. Sie lautet:

Ich bin entrüstet über diese Floskeln der Charakterlosigkeit. Zuerst wird hingewiesen auf die vielen Wähler, welche in der Hauptwahl ihre Stimmen noch nicht abgegeben hatten. Augenscheinlich soll damit eine eventuell charakterlose Stellungnahme der freisinnigen Wähler bei der Stichwahl entschuldigt werden. Zum Schluß wird wegen der angeblich „ungenügenden Bildung" des sozialdemokratischen Kandidaten eine Stimmenthaltung den freisinnigen Wählern anempfohlen.

Ein solcher Jesuitismus ist abscheulich.

Schreiber dieses hatte bis jetzt stets den Standpunkt der Demokratie vertreten und auch die Prinzipien der Sozialdemokratie nicht in allen Punkten billigen können. Aber derselbe ist ehrlich genug, zu bekennen, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten und Wähler in innigster Ueberzeugung energisch und charaktervoll die Sache der Freiheit vertreten und für sie gelitten haben. Die Sozialdemokraten haben einen Bildungsdrang gezeigt, der sie hoch ehrt, den man aber bei allen übrigen Parteien vermißt. Die Andeutungen der Charlottenburger „Neuen Zeit" sind daher nichts als unberechtigte Anmaßungen.

Wir sind gewarnt. Viele gewandte, schlagfertige Redner haben trotz des Brusttons ihrer Ueberzeugung die Sache der Freiheit verrathen und das Volk getäuscht. Aber auch andere Parteien haben Vertreter im Reichstage gehabt, die keine akademische Bildung besaßen und kein Wort gesprochen hatten. Heute, in der Zeit ödester Charakterlosigkeit, ist doch der höchste Werth eines Volksvertreters sein festes Rückgrat, seine treue Ueberzeugung und sein charaktervolles Handeln.

Und ein solcher Mann ist Herr Zubeil, der sozialdemokratische Kandidat, dem getrost diejenigen, die es mit der Sache der Freiheit ehrlich meinen, die Vertretung ihrer Rechte anvertrauen können.

Ein früherer Freisinniger.

Ein unglückliches Wahlflugblatt,

schreibt die demokratische „Volks-Zeitung", ist im zweiten Berliner Reichstagswahlkreise für den freisinnigen Kandidaten erlassen worden. Es heißt darin: „Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten ist Robert Kreitling jederzeit für die Mehrung der Macht unseres Deutschen Reiches eingetreten." — Dieser Passus ist vielleicht darauf berechnet, besonders konservative Wähler für Kreitling günstig zu stimmen. Die Stelle hat aber nach den uns zugegangenen Zuschriften in freisinnigen Kreisen vielfach den Eindruck hervorgerufen, als stehe die Stärkung des Militarismus im Programm der freisinnigen Volkspartei.

Das Ergebniß der ersten Stichwahl

liegt vor. Um den bürgerlichen Parteien Sachsens und insbesondere Dresdens, die seit dem sozialdemokratischen Ansturm vom 16. Juni in Angst und Zittern um ihren Besitzstand leben, Muth ins schlotternde Gebein zu träufeln, hat es der berühmte Wahlminister v. Metzsch zu fügen gewußt, daß der dem Ordnungsmischmasch zur Zeit noch sichere Kreis Stadt Leipzig mit der Stichwahl voranging.

Dieser Kreis ist, wie gesagt, jetzt noch nicht von den Arbeitern zu erobern. Unser Kandidat Konrad Schmidt hat gestern 14 411 Stimmen, 188 mehr als bei der engeren Wahl im Jahre 1893, und 2672 Stimmen mehr als bei der Hauptwahl am 16. Juni d. J. erhalten. Sein Gegner Hasse, für den auch die Führer der Nationalsozialen und Antisemiten in entschiedenster Weise eintraten, behielt das Mandat mit einer Stimmenzahl von 17 051, 5275 Stimmen mehr, als er am 16. Juni, und 810 Stimmen mehr, als er bei der engeren Wahl im Jahre 1893 erhalten hat. Wir dürfen dem sächsischen Ordnungsklüngel diesen billigen Triumph neidlos gönnen. — Heute werden die Arbeiter Dresdens, der Hochburg der Reaktion, dem System Metzsch-Ackermann-Mehnert das Urtheil sprechen!

Selbst vor der gemeinsten Fälschung

schreckt ein gewisser Theil der Nationalliberalen im hannöverschen Kreise Harburg nicht zurück, um bei der Stichwahl den Sieg über unseren Kandidaten Baerer zu erlangen. Die Oberleitung der welfischen Partei in Hannover hatte den Welfen in einem Aufruf Stimmenthaltung empfohlen. Jetzt erschien in der „Wümme-Zeitung" in Lilienthal ein Inserat, laut welchem das Wahlkomitee der Welfen im 17. Kreise durch Herrn Aug. Rust angeblich erklärt, die Welfen sollten bei der Stichwahl für den nationalliberalen Kandidaten Depken stimmen. Dieses Inserat war gefälscht. Von unseren Parteigenossen auf den Bubenstreich aufmerksam gemacht, sandte Herr Rust der „Wümme-Zeitung" eine Berichtigung, worin er erklärt, daß er niemals einen derartigen Aufruf erlassen habe; er verlangt nun von der Redaktion die Nennung des Einsenders, andernfalls er gegen sie selbst Strafantrag stellen werde.]

Freisinnige Opferwilligkeit.

Ein freisinniges Blatt in der Nähe von Berlin schreibt: Zur Wahlarbeit für die Stichwahlen in Berlin werden noch dringend Hilfskräfte gebraucht. Personen, die sich **gegen Honorirung** an der Wahlarbeit zu betheiligen geneigt sind, mögen sich in der Expedition unseres Blattes melden, wo ihnen das weitere mitgetheilt werden wird." Armer Freisinn, für den man sich nur noch gegen Honorirung zu begeistern vermag!

Mit Regierungsapparat

soll Herr Superintendent Max Vorberg, für den so musterhaft christliche Flugblätter geschrieben werden, in den Reichstag gewählt werden. Obgleich die Konservativen im Wahlkreise Teltow-Beeskow-Storkow keine Wählerliste hatten, erhält doch jeder der Wahlurne ferngebliebene Wähler eine besondere Aufforderung, an der Wahlurne zu erscheinen. Dies kann nur durch Benutzung der amtlichen Wählerlisten möglich sein.

Ohne hohe Protektion, aber durch den Eifer und die Hingabe des Volkes wird nicht Vorberg, sondern Zubeil heute zum Reichstags-Abgeordneten gewählt. —

In Stahnsdorf, Kreis Teltow,

hat der Gemeindevorsteher Liebeldt für die Stichwahl durch amtliche Bekanntmachung aufgefordert, die Stimmen „für den reichstreuen Kandidaten" abzugeben.

Hochdruck.

Das Personal der Rheinischen Eisenbahn in Dortmund, selbst die, die Nachtschicht gehabt hatten, wurden am Dienstag von vorgesetzter Stelle zusammenberufen und ihnen vorgehalten, daß sie Hilbck wählen müßten.

Auch aus Staßfurt wird gemeldet, daß der Ober-Bergrath Schreiber an die Arbeiter der königlichen Werke Staßfurt und Loderburg die Aufforderung gerichtet hat, dem Kandidaten der Ordnungspartei in der Stichwahl die Stimme zu geben.

Die Herren scheinen wieder mit allem Hochdruck gegen den sozialdemokratischen Kandidaten zu arbeiten.

Einen letzten Appell an die Wähler

richtete die Sozialdemokratie am Vorabend der Stichwahlen in einer Reihe glänzend besuchter Versammlungen.

Die Wähler des **ersten** Wahlkreises versammelten sich im Feenpalast, wo Genosse Beutler in warmen und eindringlichen Worten darlegte, welche Bedeutung ein sozialdemokratischer Wahlsieg im ersten Reichstags-Wahlkreise hätte. Mit großem Beifalle wurde die Ansprache unseres Kandidaten Hugo Poetzsch gelohnt. Zuversichtlich trennten sich die Wähler, um morgen energisch die Wahlarbeit zu betreiben.

Drei Versammlungen wurden im **zweiten** Wahlkreise abgehalten. Bei Bickel in der Hasenhaide lauschten etwa 1000 Personen der zündenden Rede des Genossen Arthur Stadthagen, der die politischen Sünden des Freisinns bloßlegte und dann ausführte, daß die Volksfreundlichkeit und Freiheitsliebe dieser Partei durch das jetzt auch im zweiten Wahlkreise proklamirte Eintreten der konservativen Vaterlandsfeinde und Umstürzler für sie ins rechte Licht gerückt werde. Mehrfach wurde der Redner von lebhaftem Beifall unterbrochen. Sein Aufruf, am Stichwahltage den vereinigten Gegnern eine zerschmetternde Niederlage zu bereiten, fand begeisterte Zustimmung.

In der Bockbrauerei geißelte Genosse Singer vor überfülltem Saale das schmähliche, verleumderische Flugblatt, das noch in letzter Stunde gegen Fischer verbreitet worden ist. Er sagte, er halte es nicht für möglich, daß dieses Flugblatt mit Wissen des freisinnigen Kandidaten Kreitling veröffentlicht worden sei. Ein in der Diskussion sich produzirender freisinniger Herr erklärte jedoch, daß der liberale Kandidat mit dem Inhalt des verleumderischen Flugblattes voll einverstanden gewesen sei. Auch das Werben der Freisinnigen um konservative und antisemitische Stimmen und die Gegendienste, welche von den Freisinnigen diesen Reaktionären erwiesen werden, wurden von Singer unter stürmischem Beifall in drastischer Weise beleuchtet. Einige freisinnige Zwischenrufer und Diskussionsredner hatten nur den Erfolg, unter schallender Heiterkeit der Versammlung von Singer abgeführt zu werden. Alles in allem war diese Versammlung eine der animirtesten, der wir während des Wahlkampfs beigewohnt haben.

Bei Zühlke, Dennewitzstraße, sprach vor überfüllter Versammlung der Genosse Richard Fischer. Er schloß mit einem warmen Appell, morgen Mann für Mann für die Sache der Sozialdemokratie einzutreten. In der Diskussion polemisirte zu wiederholten Malen von freisinniger Seite ein Herr Warburg gegen Fischer und unsere Partei, wobei es ihm auf ein paar Lügen und Verleumdungen nicht ankam. Er wurde jedoch von unseren Genossen Paul Hirsch, Leschinsky und Simmel abgefertigt. Hirsch geißelte des weiteren ein in letzter Stunde verbreitetes freisinniges Flugblatt mit der Ueberschrift: „Wer ist Fischer?"

In einem glänzenden Schlußwort des Genossen Fischer wurde der Freisinnsmann gänzlich heimgeführt.

Die Wähler des **dritten** Wahlkreises waren in zwei Versammlungen zusammengekommen. In den „Arminhallen" war der große Saal überfüllt; eine große Anzahl Besucher mußte in den Nebenräumen Platz nehmen. Genosse W. Heine deckte in überzeugenden Worten die niedrige Kampfesweise der Freisinnigen auf und kennzeichnete das Verbreiten eines Flugblattes an die Konservativen des 3. Wahlkreises durch die Freisinnigen als plumpen Wahlschwindel. Im dritten Wahlkreise steht uns nur eine reaktionäre Masse gegenüber und darum müßte morgen jeder Mann alle Kraft einsetzen, damit die Freiheit und nicht die Reaktion siege. Die Genossen Bosse und Swienty forderten noch energisch zur Arbeit am Wahltage auf.

Der Saal des Handwerker-Vereins, wo die Genossen des **fünften** Wahlkreises tagten, war von einer dicht gedrängten Menge bis auf den letzten Platz gefüllt. Robert Schmidt hob klar und scharf das Trennende zwischen Freisinn und Sozialdemokratie hervor, er kennzeichnete die schamlos verleumderische Kampfesweise der Freisinnigen im Kreise, sowie das sonstige undemokratische Verhalten dieser Partei und kam zu dem Schluß: Wer für ruhige Fortentwickelung auf dem Wege moderner Kultur und für eine wahrhaft demokratische Vertretung der Reichshauptstadt sei, der könne nicht anders, als der Sozialdemokratie zum Siege zu verhelfen. Dem Vortrage folgte stürmischer Beifall und begeisterte Hochrufe auf die Sozialdemokratie und auf Rob. Schmidt.

In **Charlottenburg** tagte eine mehr als 2000köpfige Versammlung im Lokal „Bismarckshöhe", wo Genosse Ledebour sich folgendes Thema zu seinem Vortrag gestellt hatte; „Wie verträgt sich Herrn Vorberg's Gewaltpolitik und Brotvertheuerung mit dem Christenthum?" Dem wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochenen Referat folgte keine Diskussion, so daß der Vorsitzende die äußerst begeistert verlaufene Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schließen konnte.

Die Versammlung, die am Donnerstag im **Schöneberger** Klubhause tagte, war sehr gut besucht, besonders hatten sich die Frauen sehr zahlreich eingefunden. Frau Lily Braun entfesselte mit ihrem schlichten aber zündenden Vortrag wahre Begeisterungsstürme. Auch die Diskussionsredner erzielten reichlichen Beifall. Mit Begeisterung stimmten die Versammelten zum Schluß in ein Hoch auf unsern Kandidaten Zubeil ein.

* * *

Die deutsche Volkspartei hatte zu gestern Abend nach der Linienstraße im Schützenhause eine Wählerversammlung einberufen, um zu den Berliner Stichwahlen Stellung zu nehmen. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: „Der Wahlausschuß der deutschen Volkspartei empfiehlt allen wahrhaften Demokraten, bei der bevorstehenden Stichwahl zum deutschen Reichstage im 5. Berliner Wahlkreis den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei Robert Schmidt zu wählen.

Die Versammlung erwartet von allen Gesinnungsgenossen in den übrigen Berliner Wahlkreisen, daß sie nach der gleichen Richtung Stellung nehmen."

Der Krieg.

Die Landung der Truppen der Amerikaner auf Kuba glückt. Von Bord des in der Nähe von Daiquiri befindlichen Preßschiffes wird von gestern gemeldet: Heute Vormittag kurz nach 9 Uhr eröffneten die Geschütze plötzlich das Feuer auf die Hügel, welche die Ortschaft Juragua umgeben. Zur selben Zeit begannen Dampfschaluppen, welche eine Anzahl von Booten im Schlepptau hatten, zwischen den Transportschiffen hin und her zu fahren. Nach und nach füllten die Boote sich mit Truppen. Um 9¾ Uhr erschienen kubanische Aufklärungspatrouillen westlich von Daiquiri und in diesem Augenblicke begannen die Schiffe „New Orleans", „Machias", „Detroit", „Suwanee" und „Wasp" das von der Küste nach dem Innern zu liegende Gebiet zu beschießen, um die Landung der Truppen zu decken. In der ersten Viertelstunde wurden 45 Schuß aus schweren Geschützen und zahlreiche Salven aus Schnellfeuergeschützen auf das Gebüsch abgegeben. Von den Spaniern wurde das Feuer nicht erwidert. Um 9 Uhr 50 Minuten fuhr das erste Boot mit Mannschaften in der Richtung auf die Küste ab, die anderen Boote folgten schnell. Sobald die Truppen gelandet waren, begaben sie sich in vollkommener Ordnung an ihre Plätze. Die Landung vollzog sich ohne Zwischenfall und unter großer Begeisterung. Kurz darauf erschienen die berittenen Streitkräfte der Aufständischen, die während der Beschießung in Deckung gestanden hatten, und sprachen den Landungstruppen ihre Glückwünsche aus. Während der Landungsoperationen war die See ruhig, es herrschte schönes Wetter und ein leichter Wind milderte die Hitze. In Imagua waren keine Beschädigungen zu bemerken, nur das Lokomotivhaus, das rollende Material und das Stationsgebäude hatten die Spanier zerstört.

Die Landung der Truppen Shafter's hat bei Daiquiri, siebzehn Meilen östlich von Santiago begonnen.

Nach in Madrid aus Santiago de Kuba eingetroffenen amtlichen Telegrammen begann der Angriff gestern 8 Uhr früh. Der Feind häufte seine Landungstruppen an der Punta de Berracos im Osten der linken Flanke der Spanier an. Wie ein amtliches Telegramm aus Havana meldet, berichtete der Kommandant von Santagio, die Beschießung seitens des feindlichen Geschwaders begann gleichzeitig mit dem Versuch, in Daiquiri und an der Punta de Berracos zu landen. Ein amerikanisches Kriegsschiff beschloß an der Küste von Cienfuegos ein kleines im Gehölz liegendes Fort. Dasselbe wurde zerstört. Zwei Offiziere und fünf Mann wurden leicht verwundet.

Ein Telegramm aus Havana meldet nach Madrid, daß die spanische Armee auf Kuba in vier Armeekorps eingetheilt worden sei. — Die Blockade von Havana wird von 14 amerikanischen Schiffen ausgeführt. — Vorgestern gelang es einem spanischen Schiff, den Hafen zu verlassen und in den Hafen von Cardenas einzulaufen, woselbst es Lebensmittel, Munition und Waffen beschlagnahmte, welche die Amerikaner den Insurgenten zuführen wollten.

Wie aus Kingston gemeldet wird, wurde von einem Dampfer ein Bericht hierher gebracht, welcher besagt, daß die Stadt Trinidad bei Cienfuegos blockirt worden sei.

Der amerikanische Senat nahm eine Resolution an, in welcher der Marinesekretär Long aufgefordert wird, dem Senat Auskunft zu geben, ob Lieutenant Hobson und seine Genossen an einem Orte gefangen gehalten werden, wo sie dem Feuer der amerikanischen Kriegsschiffe ausgesetzt waren, und ferner, ob die bei Santiago gefallenen Seeleute von den spanischen Truppen verstümmelt worden sind.

Ein zum Geschwader Sampson's kommandirter Chirurg hat bestimmt erklärt, daß die gefallenen amerikanischen Soldaten nicht verstümmelt worden seien. Die Verwundungen, welche man für Verstümmelungen gehalten habe, seien durch Schüsse aus Mausergewehren verursacht worden.

Der amerikanische Generaladvokat hat beschlossen, die an Bord spanischer Handelsschiffe gefangen genommenen Mannschaften und Passagiere, welche Nichtkombattanten sind, den Botschaftern Frankreichs und Oesterreich-Ungarns behufs ihrer Heimschaffung nach Spanien zu übergeben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 23. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Unter Betheiligung von vielen Tausenden wurde heute der Dichter der „Arbeitermarseillaise", Jakob Audorf, zur Erde bestattet. Aus allen Gauen Deutschlands waren Beileidstelegramme eingegangen. Die Gedächtnißrede hielt Frohme.

Hamburg, 23. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Bäckerstreik. Bis jetzt sind in 288 Bäckereien die Forderungen der Gehilfen bewilligt. Es ist gute Aussicht auf einen vollständigen Sieg vorhanden.

Petersburg, 23. Juni. (W. T. B.) Wie die „Nowoje Wremja" berichtet, wüthete kürzlich in Port Arthur ein Teifun, welcher einen im Binnenhafen liegenden chinesischen Torpedokreuzer auf den Strand warf, wobei 130 chinesische Matrosen umkamen. Der russische Kreuzer „Wladimir Monomach" ging bei Annäherung des Teifuns in See hinaus. Der russische Panzer „Sisssoj Weliky", welcher beim Ausbruch des Unwetters die Anker lichtete, erlitt einige leichtere Havarien.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Auf, mein Volk, zur Stichwahl!

Noch **einmal** Deine ganze Kraft
Mußt Du dem Ganzen leih'n!
Noch **einmal** alle Leidenschaft
Der großen Sache weih'n!
Noch steht so manche Schanze:
Nimm sie im **zweiten** Lauf!
Und siegend oben pflanze
Dein heil'ges Banner auf!

Die Feinde, die sich bis zur Stund'
Bekämpften, sind **vereint** —
Die Furcht vor Dir schloß feig den Bund,
Du bist nun **Aller** Feind!
Es rückt die **ganze Masse**
Geschlossen gegen Dich:
Greif zu, mein Volk, und fasse
Dein Schwert zum letzten Stich!

Schwing's wuchtig, daß von seinem Schwung
Der Feind zu Boden kracht!
Wirf, lodernde Begeisterung,
Dein Feuer in die Schlacht!
Was halb Du hast gewonnen,
Mein Volk, gewinne **ganz!**
Auf! Rothe Sturmkolonnen,
Vorwärts! Nehmt Schanz' auf Schanz'!

Schon wankt des Feindes schwanker Thurm,
Schon klaffet Riß an Riß:
Auf! Was nicht fiel im **ersten** Sturm,
Im **zweiten** fällt's gewiß!
Wühl' rothe Woge, wühle!
Brausf', rother Sturmwind, brausf'!
Zerbrich und überspüle
Des Feindes morsches Haus!

Des **einen** Tages kurze Frist
Entscheidet Dein Geschick!
Nun zeige, daß Du mündig bist,
Nur **einen** Augenblick!
Laßt dröhnen, Bataillone,
Dumpf Euren Massenschritt:
Vorwärts! Und bringt die Krone,
Die Siegeskrone mit!

Die Arbeit.

Die sozialdemokratischen Wahlkomitees aller Reichstags-Wahlkreise des Deutschen Reiches

bitten wir, uns die Nummern der Amtsblätter, in denen das **amtliche** Ergebniß der Hauptwahl ihres Kreises veröffentlicht worden ist, **sofort** zuzusenden. Es fehlt uns noch aus einer großen Anzahl von Wahlkreisen eine amtliche Feststellung des Wahlresultates. Um den Genossen möglichst rasch das Gesammtresultat bekannt zu geben, ist sofortige Zusendung der betreffenden Amtsblätter erforderlich. Besonderen Werth legen wir auch auf die Angabe der Zahl der stimmberechtigten Personen.

Ferner bitten wir die Wahlkomitees um **telegraphische** Benachrichtigung über den Ausfall der **Stichwahlen.**

Unsere Telegramm-Adresse lautet für diesen Fall:

„Dringend Sozialdemokrat Berlin."

Am Sonnabend in der Zeit von 1 Uhr nachts bis 10 Uhr vormittags genügen einfache Depeschen unter der Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Von 10 Uhr vormittags bis 1/21 Uhr nachmittags bitten wir wieder unter der Adresse:

Telephonische Meldungen und Anfragen bitten wir unter allen Umständen zu unterlassen, da wir am Abend des Wahltages und an dem darauf folgenden Vormittage das Telephon gänzlich abstellen.

„Dringend Sozialdemokrat Berlin"

zu telegraphiren, da wir Sonnabend Nachmittag eine Extra-Ausgabe unseres Blattes veranstalten.

Die Kosten der Benachrichtigung werden auf Wunsch zurückerstattet. Wo wir um Tausch der Depeschen ersucht wurden, werden wir ohne weitere Benachrichtigung diesen Wünschen entsprechen.

Mit parteigenössischem Gruß!

Die Redaktion des „Vorwärts".

An die Parteigenossen Berlins!

Am heutigen Freitag finden die Stichwahlen statt. Für Berlin kommen der erste, zweite, dritte und fünfte Wahlkreis in betracht. Es gilt alle Hebel in Bewegung zu setzen, um diese vier Kreise für die Sozialdemokratie zu behaupten. Die Genossen haben daher die Pflicht, sich an allen Wahlarbeiten, die von den zuständigen Wahlkomitees veranlaßt werden, zu betheiligen. Soweit die Parteigenossen den in diesen Tagen gebrachten Aufforderungen noch nicht nachgekommen sind, diene folgendes zur Beachtung: Zur richtigen Vertheilung der Hilfskräfte ist angeordnet worden, daß die Genossen des vierten Kreises sich den Komitees des zweiten und dritten Kreises und die des sechsten Kreises sich den Komitees im ersten und fünften Kreise zur Verfügung stellen.

Auch heute noch sind Hilfskräfte willkommen; wer sich noch nicht in den Dienst der Partei gestellt hat, möge sich punkt acht Uhr in einem der unten verzeichneten Wahlbureaus einfinden.

Parteigenossen! Es war bisher die Stärke und der Stolz unserer Partei, daß es im entscheidenden Momente nie an der Bereitwilligkeit der Genossen, Hilfe zu leisten, gemangelt hat. Doppelte Pflicht der Genossen ist es aber, im heutigen Stichwahlkampf alles in Bewegung zu setzen, um auf die schamlosen Angriffe der Gegner die richtige Antwort des Volkes zu ertheilen, um der Reaktion, die so frech ihr Haupt erhebt, Schach zu gebieten. Nur eine energische Opposition, nur sozialdemokratische Wahlsiege, nicht schwächliche freisinnige Windbeutelei fordern Respekt heraus.

Am Stichwahltage wollen wir endgiltig Abrechnung halten!

Vorwärts in den Kampf!

Vorwärts zum Sieg!

Die Vertrauenspersonen Berlins.

Die Wahlbureaus für die Kreise befinden sich:

Erster Wahlkreis: Zentral-Wahlbureau Mörschel, Jüdenstraße 35, Telephonamt V Nr. 8386. Hansa-Viertel: Schmidt, Flensburgerstr. 24.

Zweiter Wahlkreis: Zentral-Wahlbureau Bockbrauerei, Tempelhofer Berg, Telephonamt VI Nr. 4851. Weitere Wahlbureaus befinden sich für den zweiten Kreis noch bei Baumann, Blücherstr. 42, Restaurant, Telephonamt IV Nr. 8436. Kitzing, Belleallianceстr. 74, Telephonamt VI Nr. 1043. Zubeil, Lindenstraße 106, Telephonamt IV Nr. 1399. Werner, Bülowstr. 59, Telephonamt VI Nr. 1403.

Dritter Wahlkreis: Zentral-Wahlbureau Frick, Restaurant, Dresdenerstr. 105.

Fünfter Wahlkreis. Zentral-Wahlbureau Schiller, Restaurant, Rosenthalerstr. 57. Zweiter Eingang Gormannstr. 28. Telephonamt III Nr. 1296.

Für den Wahlfonds

gingen ein: Ges.-Verein Kurzschluß 20,—. L. M., Buchdrucker 1,—. Von den Schneidern der Werkstatt Ed. Cohn, Charlottenstr. 48 4,35. F. Z. 2,—. Lieske 1,—. Ein rother Referendar, rothe „höhere" Tochter 5,—. Von den Schwarzen aus der Yorkstr. 6,55. Genossen von Friedrichshagen 100,—. Flatow 4,—. Zum Kampfe in den Stichwahlen von den Drechslern v. Neumann, Mariannenstr. 31/32 3,90. Vierprozente von den Tischlern Stromstr. 47 durch R. 3,—. Rothe Buchbinder Prinzenstr. 43 3,—. Summa 153,80.

Bereits quittirt 5879,10 M. Gesammtsumme 6032,90 M.

Die Verkündigung der Wahlresultate

findet heute Abend von 8½ Uhr ab in folgenden Versammlungen statt:

1. Wahlkreis: Feenpalast, Burg- und Wolfgangstraßen-Ecke.

2. Wahlkreis: Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.
Bickel, Hasenhaide 52—53.

3. Wahlkreis: Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
Ressource, Kommandantenstr. 57.
Brochnow, Sebastianstr. 39.
Möhring, Admiralstr. 18c.
Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.
Spielberg, Köpnickerstr. 62.

5. Wahlkreis: Brauerei Friedrichshain (früher Lips).
Altes Schützenhaus, Linienstr. 5.
Gründel, Brunnenstr. 188.

Wahlbetrachtungen.

Wie die Reichsten das Wahlrecht schätzen.

In Halberstadt konnte einer der Reichsten nicht wählen, weil derselbe nicht in der Liste stand. Es ist der Klostergutsbesitzer Ernst Heine, ein Mann, welcher 2200 M. Steuern zahlt und schon im Jahre 1893 nicht in der Liste stand und diesmal wieder nicht.

Maßregelung sozialdemokratischer Wähler.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben: Bei den gegenwärtigen Maßregelungen der Arbeiter, die sozialdemokratisch gewählt oder sich in irgend einer Weise an der Agitation für die sozialdemokratischen Kandidaten betheiligt haben, fällt es besonders unangenehm auf, daß sich auch die fiskalischen Werke und die Eisenbahn an den Maßregelungen hervorragend betheiligen. Leute, die 10, 20 und mehr Jahre auf staatlichen Betrieben und im Eisenbahndienst treu gearbeitet, die bei dieser Arbeit ihre besten Kräfte geopfert haben, Invaliden geworden sind und nun, wenn sie entlassen sind, nirgends mehr angenommen werden, also mit ihren Familien auf der Straße liegen, werden auf „Musterbetrieben" aus der Arbeit gejagt, weil sie ihr gutes Recht der freien Wahl ausübten. Die Erregung der gemaßregelten sowie der übrigen Arbeiter steigt, aber weder die Gewerbe-Inspektoren noch die Bezirksregierung kümmert sich um das aufrührerische Treiben der Maßregelungspraktiker.

Noch ein Bürgermeister in der Wählerliste vergessen.

Als das Stadtoberhaupt von Hannöversch-Münden an der Urne erschien, um seinen Bürgern in der Erfüllung der ersten Staatsbürgerpflicht mit einem guten Beispiel voranzugehen, stellte sich der „Fehler" heraus. — Dasselbe Malheur ist bekanntlich in Hildesheim passirt.

Die polnischen Sonderkandidaturen in Pommern

haben kein erhebliches Resultat gehabt. In den Kreisen Bütow und Lauenburg wurden zusammen blos 500 Stimmen abgegeben. Auch in Westpreußen hat das selbständige Auftreten der Polen den erwarteten Erfolg nicht gebracht.

Wie Beschwerden erledigt werden.

Die wiederholten Beschlagnahmen der Flugblätter in Ostpreußen gaben unserem Genossen Haase in Königsberg Veranlassung, sich beschwerdeführend an den Minister des Innern zu wenden. Am 17. Juni, am Tage nach der Wahl, erhielt unser Genosse Haase auf seine an den Minister des Innern gerichtete Beschwerde den Bescheid, daß die Landräthe mit genauer Instruktion versehen und die Beamten angewiesen seien, die beschlagnahmten Flugblätter zurückzusenden. Nun treffen fast jeden Tag ein oder mehrere Packete mit dem weggenommenen Material ein. Natürlich haben unsere Parteigenossen in jedem Fall noch das besondere Vergnügen, das Bestellgeld zu zahlen. Die zurückgegebenen Sachen sind natürlich vollständig werthlos geworden. Der entstandene Gesammtschaden ist ein ziemlich erheblicher. Das Unerhörte bei der Sache ist, daß nicht ein Pfennig Schadenersatz geleistet werden wird.

Der Landrath von Memel und die geheime Wahl zum Reichstag.

Unser Königsberger Parteiorgan meldet folgenden schier unglaublich klingenden Vorfall:

„Daß auf dem Lande die durch Gesetz gewährleistete geheime Abstimmung bei der Reichstagswahl durch die Uebergriffe vieler Wahlvorsteher illusorisch gemacht wird, ist bekannt. Die Herren nehmen es meist als ihr selbstverständliches Recht in Anspruch, die ihnen von den Wählern überreichten Stimmzettel aufzumachen und nachzusehen, ehe sie dieselben in die Wahlurne legen. Selten dürfte es allerdings vorkommen, daß ein Wahlvorsteher, der so gegen das Wahlgesetz verstoßen hat, sich noch öffentlich damit brüstet. Und doch fand sich bei der amtlichen Feststellung des Wahlresultats für den Kreis Memel-Heydekrug, die am Montag im Landrathsamt zu Memel stattfand, ein Herr Kosmack, Gutsbesitzer und Wahlvorsteher aus Althof, welcher ganz frei und offen erklärte: „Ja, meine Herren, ich habe alle Stimmzettel aufgemacht, sie dann wieder zusammengefaltet und in die Wahlurne gelegt, ich muß doch sehen, ob nicht vielleicht zwei zusammengefaltet sind." Man hätte nun mindestens erwarten können, daß der anwesende Wahlkommissar, der Herr Landrath, dem Wahlvorsteher die Ungesetzlichkeit seines Thuns vor Augen halten würde. Weit gefehlt; gerade das Gegentheil geschah. Der Herr Landrath sagte, auch zu den anderen anwesenden Herren gewandt: „Das dürfen Sie, meine Herren, dazu hat der Wahlvorsteher das Recht."

Bei der am 24. d. Mts. stattfindenden Stichwahl werden die Wahlvorsteher natürlich diese Weisung des Wahlkommissars mehr als bisher befolgen. Wir werden aber dafür sorgen, daß die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages Gelegenheit bekommt, dem Herrn Landrath klar zu machen, daß man so nicht Wahlen macht."

Die national-sozialen „Volksfreunde".

Das „Leipziger Tageblatt" bringt folgende Erklärung:

Die Stichwahl nöthigt uns, unsere Stimmzettel entweder für Herrn Professor Dr. Hasse oder für einen Sozialdemokraten abzugeben. Zwar ist das Verständniß der „Ordnungsparteien" für die soziale Entwickelung so gering, daß von dieser Seite unser Eintreten für berechtigte Arbeiterforderungen lediglich als Schüren des „revolutionären Feuers" bezeichnet wird („Leipziger Tageblatt" vom 16. d. M.). Aber Herr Dr. Hasse ist jedenfalls ein national gesinnter Mann und hat ausdrücklich versprochen, im kommenden Reichstag für die Erhaltung des bestehenden allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Reichstags-Wahlrechts einzutreten. Auf der anderen Seite will die Sozialdemokratie von den nationalen Forderungen überall nichts wissen und zur rechten Vertretung des sozialen Gedankens ist sie nicht im stande. Unter diesen Umständen empfehlen wir den national-sozialen Wählern, in der Stichwahl ihre Stimme für Herrn Professor Dr. Hasse abzugeben.

Leipzig, am 20. Juni 1898.

Der national-soziale Wahlverein.
Prof. Dr. Sohm. Prof. Dr. Gregory.
Rechtsanwalt Martin. Max Lorenz.

Mit dieser Erklärung ist eingetreten, was übrigens zu erwarten war: Die National-Sozialen haben sich als gesinnungstüchtige Reaktionäre erwiesen. Sie suchen ihren Verrath damit zu entschuldigen, daß Herr Dr. Hasse sich für Aufrechterhaltung des Reichstags-Wahlrechtes erklärt habe. Demgegenüber bemerkt die „Leipziger Volkszeitung": „Wann und wo ist dies in bündiger Form geschehen? Und war es nicht gerade Herr Lorenz selbst, der Herrn Hasse wiederholt auf seinen kundgegebenen Wahlabänderungsgelüsten festnagelte?"

Bei dieser Gelegenheit sei noch daran erinnert, daß der National-Soziale Herr Rupprecht in Göttingen sich dahin erklärte, daß er und die Seinen bei einer eventuellen Stichwahl für den Nationalliberalen eintreten würden. Dies sollte allerdings an die Bedingung geknüpft sein, daß der nationalliberale Kandidat die Erklärung abgiebt, für die Erhaltung des Reichstags-Wahlrechts eintreten zu wollen.

Was Versprechungen seitens der Nationalliberalen werth sind, hat die parlamentarische Geschichte der letzten Jahrzehnte zur genüge bewiesen.

Mit diesem Verhalten haben sich die jüngsten „Arbeiterfreunde" ihr eigenes Grab gegraben. Das bischen Vertrauen, das ihnen aus Arbeiterkreisen bisher noch entgegengebracht wurde, ist damit vollkommen verschwunden. Die Stichwahlen waren für sie der Prüfstein, das ist der Stock, über den sie zu springen haben, sie sind abgeschwenkt nach dem großen Haufen — der einen reaktionären Masse. Thun wir sie zu den andern!

Aus Elsaß-Lothringen.

Jetzt, nachdem sich der Pulverdampf auf dem Wahlschlachtfelde verzogen, lassen sich die Ergebnisse des großen Kampfes vom 16. Juni genauer übersehen. Es muß dabei von vornherein zugestanden werden, daß die sozialdemokratische Partei in Elsaß-Lothringen im allgemeinen nicht diejenigen Fortschritte aufzuweisen hat, die nach der bisherigen Entwickelung ihrer Stimmenzahlen von unseren Parteigenossen erwartet wurden. Während die Gesammtzahl der auf die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei entfallenen Stimmen von 19 157 im Jahre 1890 auf 46 186 am 15. Juni 1893 gestiegen war, dürfte diesmal die Zahl von 48 000 sozialistischen Stimmen kaum überschritten worden und damit eine Verstärkung ihres relativen Antheils an der Gesammtsumme der abgegebenen Voten ausgeschlossen sein. Eine Zunahme weisen vor allem die beiden größten Städte des Landes, Straßburg und Mülhausen, auf, ersteres von 6202 auf 8816, letzteres von 12 158 auf 13 559. Aber auch eine Anzahl vorwiegend ländlicher Kreise haben sich tapfer gehalten. So ist Gebweiler von 2458 auf 3125, Schlettstadt von 175 auf 1063, Bolchen-Diedenhofen von 504 auf annähernd 2000 Stimmen gestiegen, während Zabern, wo 1893 eine rein sozialistische Kandidatur noch nicht aufgestellt war, diesmal 2914 Stimmen für den Bewerber der sozialdemokratischen Partei aufbrachte. Alle übrigen Kreise weisen einen zum theil beträchtlichen Rückgang der sozialistischen Stimmenzahlen auf. Der oberelsässische Kreis Altkirch-Thann, der uns 1893 noch 3445

Stimmen gebracht hatte, brachte diesmal kaum 1500 auf, Colmar-Münster ist von 1669 auf 839, Rappoltsweiler-Markirch von 1900 auf 1584, Molsheim-Erstein, das bei der Nachwahl des Jahres 1896 sogar 5439 Stimmen für uns zählte, von 3103 im Jahre 1893 auf 2057 am 16. Juni zurückgegangen; ebenso weisen die Kreise Straßburg-Land eine Abnahme der sozialistischen Wählerzahl von 4028 auf 2500, Hagenau-Weißenburg von 2063 auf 1532 nach, während Saargemünd-Forbach von 4724 auf 3261, Metz-Stadt und Land von 3458 (Nachwahl 1896: 3821) auf 3304 zurückgegangen sind. Der Grund für die mangelnden zahlenmäßigen Fortschritte der reichsländischen Gesammtpartei dürfte vor allem in der gewaltigen Stimmenzahl des Jahres 1893 zu suchen sein, die gegenüber den Wahlen von 1890 eine Vermehrung um das 2½fache bedeutete und die dieses Mal festzuhalten bereits eine des Schweißes unserer in Organisation und Agitation thätigen Genossen durchaus würdige Aufgabe war. Dann aber darf nicht außer Acht gelassen werden, daß durch die zunehmende Klärung der elsaß-lothringischen Parteiverhältnisse, infolge deren sich der Aufmarsch der Parteien bei uns immer mehr nach dem Muster Altdeutschlands vollzieht, mit der Zeit auch eine Säuberung der auf die Kandidaten der Sozialdemokratie entfallenden Stimmensummen von solchen Elementen erfolgt, die unter dem Eindruck der besonders traurigen politischen Zustände des Landes bisher dem Kandidaten der zum bestehenden Diktaturregiment in die schärfste Opposition tretenden Partei ihre Stimme gaben, ohne indeß auf dem Boden des sozialistischen Programms zu stehen. Dazu kommt, daß die sogenannten Ordnungsparteien, Klerikale wie Liberale und Demokraten, im verflossenen Wahlkampf in ganz anderer Weise gegen die aufstrebende Sozialdemokratie gearbeitet haben, als dies früher der Fall war, wo sie mit ihr noch als mit einer quantité negligeable rechnen zu dürfen glaubten. Der Wahlkampf nahm unter diesen Umständen an einzelnen Stellen einen äußerst häßlichen Charakter an, indem sowohl von liberaler und demokratischer (vgl. Straßburg!) wie von klerikaler Seite auch die denkbar gemeinsten Mittel für gut genug erachtet wurden, wenn es galt, der verhaßten Sozialdemokratie eins auszuwischen. Würdigt man alle diese Umstände unbefangen, so können wir, trotz der an einzelnen Stellen erlittenen schmerzhaften Verluste, mit dem Ausfall der diesjährigen Wahlen in Elsaß-Lothringen zufrieden sein. Denn als Gewinn dürfen wir vor allem das eine ansehen, daß eine Klärung hinsichtlich der Stärke unserer Partei im Lande erzielt und eine Vertiefung der persönlichen Ueberzeugung unserer Genossen erreicht wurden, so daß wir das nächste Mal mit geschulteren Truppen auf einem nach allen Seiten hin klaren Gefechtsfeld in's Treffen rücken können.

Die Wahlergebnisse in Straßburg i. Els.

Unter den wenigen Mandatsverlusten, welche die Sozialdemokratie bei den diesjährigen Reichstagswahlen gleich im ersten Gange zu verzeichnen hat, befindet sich bekanntlich auch der seit 1898 von Bebel vertretene Kreis Straßburg-Stadt. So schmerzlich für uns auch der Ausgang des Straßburger Wahlkampfes sein mag, für die Sozialdemokratie ist er ein durchaus ehrenvoller. Ist es an sich schon ein Beweis für die Stärke unserer Partei und für die Achtung der Gegner vor derselben, wenn diese sonst so feindlichen Brüder diesmal in süßer Einigkeit gegen uns aufmarschirten, so sind die Fortschritte, die wir hier trotz alledem gemacht haben, ein neuer Beweis für die Unüberwindlichkeit und sieghafte Gewalt des sozialistischen Gedankens auch in der Hauptstadt des Reichslandes. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Kandidatur unseres Genossen Böhle von vornherein in taktische Nachtheile gerathen mußte, nachdem an seiner Stelle bei der 1893er Wahl der Name Bebel's gestanden hatte. Dieser Kandidatenwechsel mußte um so schwerer ins Gewicht fallen in einer Stadt, in welcher infolge der beispiellosen politischen Rechtlosigkeit und Knebelung der Arbeitermassen von einer durchgreifenden politischen Schulung der sozialistischen Wähler, wie sie in den meisten Großstädten Altdeutschlands zu finden ist, keine Rede sein kann. Dazu kommt, daß von seiten der vereinigten bürgerlichen Parteien diesmal in geradezu gemeiner Weise gegen uns gearbeitet wurde. Die Leser erinnern sich der schmählichen Haltung der Straßburger Freisinndemokratie, deren Preßorgan sich nicht schämte, mit den übrigen bürgerlichen Blättern eine Abmachung dahin zu treffen, daß sozialistische Aufrufe, Versammlungsanzeigen und Bekanntmachungen anderer Art selbst nicht gegen Entrichtung der üblichen Einrückungsgebühren aufgenommen werden sollten. Auch im Abtreiben von Versammlungslokalen waren unsere Gegner Meister, sodaß unser Kandidat nicht in einem einzigen großen Versammlung zu den Wählern sprechen konnte. Endlich wurde der gesammte abhängige Beamtenapparat, vom Wirklichen Geheimen Rath bis herab zum letzten Bureaudiätar, in einer besonderen Organisation gegen uns aufgeboten und es gewissermaßen als eine maßlose Ueberhebung unseres Kandidaten Böhle hingestellt, als einfacher Arbeiter die „wunderschöne Stadt" im Reichstage vertreten zu wollen, kurz, wir traten unter den ungünstigsten Vorbedingungen in den Wahlkampf ein, nachdem es unseren Gegnern noch gelungen war, einen Kandidaten aufzutreiben, der als Kompromißkandidat par excellence bezeichnet zu werden verdient, insofern er bisher in politischer Hinsicht ein unbeschriebenes Blatt war und deshalb das Kunststück fertig zu bringen in der Lage war, jede der bürgerlichen Parteien in seinem Wahlprogramm zu befriedigen.

Welches war nun der Erfolg der auf die Vernichtung der Sozialdemokratie hinarbeitenden bürgerlichen Sammeltaktiker? Bebel hatte bei der Hauptwahl des Jahres 1893 6206, seine beiden Gegner zusammen 10 381 Stimmen erhalten; in der Stichwahl siegte dann Bebel mit 8193 gegen 7693 Stimmen. Am 16. Juni d. J. erhielt Böhle **8816**, der Kandidat der „vereinigten Ordnungsparteien" 12 333 Stimmen. Die bürgerliche Mehrheit von 4175 St. im Jahre 1893 ist also diesmal auf 3517 heruntergegangen, hat sich also um **658** vermindert. Noch deutlicher zeigt sich die Verschiebung des Stimmenverhältnisses zu gunsten der Sozialdemokratie an den relativen Wahlziffern. Bei der 1893er Wahl entfielen auf die bürgerlichen Kandidaten zusammen 62,6 pCt., auf Bebel **37,4** pCt. der abgegebenen giltigen Stimmen; am 16. Juni vereinigte Böhle **41,7** pCt., der Kandidat der „vereinigten Ordnungsparteien" nur 58,3 pCt. der Stimmen auf seinen Namen. Die Ueberzeugung, daß der äußere Erfolg unserer bürgerlichen Gegner ein Pyrrhussieg war, hat sich auch in gegnerischen Kreisen Bahn gebrochen. So äußert sich in der regierungs-offiziösen „Straßburger Post" (zweite Morgenausgabe vom 19. Juni) ein Fachmann, der einen „Rückblick auf die Reichstagswahlen in Straßburg" wirft, über die bisherigen Erfolge und die Aussichten unserer Partei im Kreise Straßburg-Stadt dahin:

„... In dem langsamen aber steten Fortschreiten des relativen Antheils der sozialdemokratischen Wählermassen an der Gesammtheit der Wählerzahl überhaupt liegt unseres Erachtens der Schwerpunkt künftiger Wahlpolitik. Die Schnelligkeit, mit der die sozialdemokratischen Stimmen von Wahl zu Wahl anwachsen, ist eine weit größere als die Zunahme des Massenbestandes der Wahlberechtigten im ganzen und als diejenige der nichtsozialdemokratisch gesinnten Wähler. Eine kleine Zahlenreihe wird das zuletzt Gesagte darthun. Es beträgt nämlich die Zunahme

	in den Wahlperioden		
	1890—93	1893—98	1890—98
bei den Ordnungsparteien	25,50	18,80	49,09 pCt.
bei den Sozialdemokraten	30,86	42,06	84,68 „

Während demnach die Stimmenzahl der Ordnungsparteien innerhalb der acht Jahre noch nicht ganz um die Hälfte zugenommen hat, ist die der Sozialdemokraten auf mehr als vier Fünftel der früheren Zahl angewachsen. Dabei zeigt das Zahlenbild für beide Theile zwei verschiedene Entwickelungsperioden: die Zuwachsquote der Ordnungsparteien 1893—98 ist um 7 pCt. geringer als in der Vorperiode, die Zuwachsquote der Sozialdemokraten ist um stark 11 pCt. größer als vorher. Nach alledem wird man sagen können, daß unter der Voraussetzung einer ähnlichen Wahlbetheiligung wie bisher und derselben Parteikonstellation wie bei der letzten Wahl das nächste Mal das Stimmenverhältniß sich wiederum zu gunsten der sozialdemokratischen Partei verschieben würde, und zwar derart, daß beide Parteien oder Parteigruppen sich die Waage hielten."

Mit diesem Urtheil aus dem Munde eines Gegners können wir durchaus zufrieden sein. Ist auch das Mandat uns diesmal noch entrissen worden, so bietet doch der Gewinn von über 2600 neuen Stimmen im Zeitraum von nur fünf Jahren uns die Gewähr, daß wir beim nächsten Ringen im stande sein werden, den Kandidaten der Vereinigung der gesammten bürgerlichen Gegner glatt in den Sand zu strecken. —

Wähler des 2. Wahlkreises.

Arbeiter, Parteigenossen!

Zur prompten Erledigung der uns gestellten Aufgabe am heutigen Stichwahltage

brauchen wir noch Hilfskräfte!

Es gilt die **säumigen Wähler an die Wahlurne zu bringen,** dazu bedürfen wir noch einer größeren Anzahl von hilfsbereiten Genossen!

Die Freisinnigen, die diesmal um die Stimmen der Konservativen bettelten und sie **auch zugesichert erhielten,** arbeiten mit Riesenkräften. Setzen wir ihrer bezahlten Lohnarbeit die Parteibegeisterung, den Opfermuth der Berliner klassenbewußten Arbeiterschaft, die Hingabe der organisirten Genossen entgegen, dann werden wir den vereinigten Freisinnigen und Konservativen die wohlverdiente Niederlage bereiten.

Aber um dies zu erreichen,

brauchen wir noch Hilfskräfte.

Parteigenossen! Ihr werdet dies Opfer der Partei bringen und Euch für die Stichwahl in folgenden Lokalen frühzeitig zur Verfügung stellen:

P. Müller, Gräfestr. 31.	Saß, Markgrafenstr. 102.
Schonheim, Gräfestr. 8.	Zubeil, Lindenstr. 106.
Ewald, Schönleinstr. 6.	Kitzing, Bellealliancestr. 74.
Naumann, Blücherstr. 42.	Faller, Pallasstr. 16.
Lindemann, Moritzstr. 9.	Werner, Bülowstr. 59.

Mit Parteigruß

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

J. A.: H. Werner, Bülowstr. 59.

An die Holzarbeiter!

Genossen! Heute muß jeder für die Partei einstehen! Es wird am Nachmittage bestimmt an Mannschaften fehlen! Stellt Euch den Wahlkomitees zur Verfügung. Je mehr desto besser!

Einige Holzarbeiter.

Anmerkung der Redaktion: Es müssen nicht gerade Holzarbeiter sein, auch andere haben die gleiche Pflicht, falls es die geschäftlichen Verhältnisse irgend zulassen, von der Arbeit fern zu bleiben.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

19. Sitzung vom Donnerstag, den 23. Juni, nachmittags 5 Uhr.

Die Ferien der Versammlung werden auch in diesem Jahre in die Monate Juli und August fallen. Ueber die Wahrnehmung der laufenden Geschäfte durch den Vorstand der Versammlung wird das Erforderliche festgesetzt.

Die Vorlage betreffend die Gewährung einer Geldentschädigung an die Offiziere und Feldwebel der Feuerwehr an stelle der ihnen für die Heizung der Dienstzimmer ihrer Wohnungen bisher in natura gewährten Brennmaterialien wird nach den Ausschußvorschlägen angenommen.

Ohne Debatte genehmigt die Versammlung die speziellen Kostenanschläge und Zeichnungen für die im Jahre 1898 in Angriff zu nehmenden Bauausführungen in den städtischen Gaswerken und am Gasrohrnetze in der Stadt und stellt den Kostenbedarf von 2090659 M. zur Verfügung.

Die Ausrüstung von 50 Rinder-Schlachtkammern des Schlachthofes mit Laufkatzen zur Weiterbewegung der geschlachteten Rinder wird genehmigt, desgleichen die Errichtung eines Bureau-, Lager- und Wiegehauses auf dem Rohrlagerplatz der städtischen Wasserwerke an der Stralauer Allee.

Ohne Debatte giebt ferner die Versammlung dem Verlangen wegen Erwerbs einer Fläche des Grundstücks Friedrichstr. 103 zur Straßenverbreiterung, wegen Festsetzung von Fluchtlinien für die Weiterführung der Bernauerstraße von Berg- bis Gartenstraße und einer Fluchtlinie für die Abstumpfung der Ecke an der Garten- und Invalidenstraße, und wegen Erbauung einer Fahrbrücke über die Spree für 800 000 M. im Zuge der Straße „Sigmundhof" ihre Zustimmung.

Infolge des Neubaues der Potsdamer Brücke ist die Erhöhung des südlichen Theils der Viktoriastraße nothwendig geworden. Durch diese Rampenanlage wird das dem Teltower Kreise gehörige Kreishaus, Viktoriastraße 18, zum theil eingeschüttet. Zum Anschluß des Gebäudes an die aufgehöhte Straße sind Arbeiten nöthig, auch im Innern des Hauses, die 16 750 M. Kosten verursachen. Der Kreisausschuß will die Arbeiten ausführen, wenn die Stadt einen Beitrag von 13 000 M. leistet. Der Magistrat beantragt die Bewilligung dieser Summe.

Stadtv. Hugo Sachs beantragt Ausschußberathung, da die rechtliche Verpflichtung der Stadt angesichts eines entgegenstehenden Reichsgerichts-Erkenntnisses zweifelhaft sei und die Stadt ihre Rechte überall zu wahren bestrebt sein müsse.

Stadtvv. Kyllmann und Langerhans schließen sich dem Antrag an.

Stadtbaurath Krause bittet, dann den Ausschuß schon heute ernennen zu lassen, damit die Angelegenheit noch vor den Ferien erledigt werden könne.

Stadtv. Singer: Ich kann nicht zugeben, daß aus der leidigen Praxis des Magistrats, in den letzten Sitzungen vor den Ferien die Versammlung mit Vorlagen zu überhäufen, die Konsequenz gezogen wird, daß wir unsererseits wichtige Vorlagen überhasten. Andererseits hätte die Einigung mit den Interessenten füglich längst herbeigeführt werden können, da die Vollendung der Herstellung einer so wichtigen Verkehrspassage doch sehr drängt. Die Kosten aber, welche den Anliegern durch solche öffentliche Anlagen entstehen, kommen doch durch die Erhöhung des Werthes der Grundstücke überreichlich wieder heraus. Die Rechtsfrage muß allerdings in einem Ausschuß geprüft werden.

Es wird beschlossen, die Sache einem noch heute vom Vorstand zu ernennenden Ausschuß von 10 Personen zu übergeben.

Darauf erfolgt die Wahl des ersten Bürgermeisters. Dieselbe fällt auf den bisherigen Bürgermeister Kirschner, welcher von 86 abgegebenen giltigen Stimmen 76 erhält. 9 Stimmen entfallen auf Oberbürgermeister Bender-Breslau, 1 auf Stadtv. Eßmann. 9 Stimmzettel sind unbeschrieben.

Schluß nach 6½ Uhr.

* * *

Die städtische Verkehrs-Deputation hat der Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen auf deren Antrag den Bescheid ertheilt, daß dem vorgelegten Projekte einer Untergrundbahn von Charlottenburg (Flora) über den Zoologischen Garten, die Leipzigerstraße und den Alexanderplatz nach dem städtischen Viehhofe nicht näher getreten werden kann. Es sei städtischerseits in Erwägung gezogen worden, den Bau von Untergrundbahnen auf städtische Kosten auszuführen. Abgesehen hiervon, würde eine Benutzung der Leipzigerstraße für die Anlage einer Unterpflasterbahn auf lebhafte Bedenken stoßen.

Lokales.

Der Zutritt zur Redaktion des „Vorwärts" ist heute Abend nur solchen Personen gestattet, welche mit grünen Legitimationskarten versehen sind. Die juristische Sprechstunde fällt heute aus.

Ungiltige Stimmzettel sind bei der Hauptwahl am 16. Juni mehrfach abgegeben worden, weil die Wähler in den Fällen, wo sie auf einem gegnerischen Stimmzettel den Namen ausstrichen, nicht deutlich und vollständig den Namen unseres Kandidaten niederschrieben. Der Stimmzettel muß so vollständig den Namen und die Nebenbezeichnungen enthalten, wie sie an der Spitze des Blattes wiedergegeben sind. Fehlt diese vollständige Wiedergabe, so kann der Zettel für ungiltig erklärt werden. Ungiltig sind auch diejenigen Stimmzettel, die auf der einen Seite den Namen der bürgerlichen Kandidaten durchstrichen enthalten und auf der anderen Seite den Namen des Kandidaten unserer Partei wiedergeben.

Die Parteigenossen, die am 16. Juni bereits im **fünften Wahlkreis** behilflich waren, werden gebeten, sich wieder an den ihnen bekannten Stellen früh 8 Uhr einzufinden.

„Was haben denn Frauen in öffentlichen Versammlungen zu thun?" Diese Frage, welche ein Gerichtsvorsitzender dieser Tage an einen Zeugen richtete, spricht Bände über die Auffassung, welche in weiten Kreisen des Bürgerthums über die Stellung der Frau im öffentlichen Leben herrscht. Mag die wirthschaftliche Entwickelung die Frauen fortgesetzt in immer steigender Zahl zur Erwerbsarbeit drängen; mögen die drohenden Angriffe auf das gewerbliche Koalitionsrecht den Arbeiterinnen in gleichem Maße wie ihren männlichen Klassengenossen die Aussicht eröffnen, mit gebundenen Händen dem profitlüsternen Unternehmer gegenüber zu stehen und sich der Möglichkeit beraubt zu sehen, sich behufs Besserung ihrer Lage mit ihren Berufsangehörigen zu vereinigen; mag die agrarische Interessenpolitik die nothwendigsten Lebensmittel unendlich vertheuern und die proletarische Mutter zwingen, ihren so wie so schon darbenden Kindern den Brotkorb noch höher zu hängen: Was hat sich die Frau um öffentliche Angelegenheiten zu kümmern, was hat die Frau in öffentlichen Versammlungen zu thun? So denken heute noch die weitesten Kreise auch des freisinnigen Berliner Bürgerthums. Das lehrt unter anderem ein Blick auf die Wahlversammlungen unserer Gegner. In konservativen und antisemitischen Versammlungen sah man wohl hier und da einzelne Damen, die in Begleitung ihrer Eheherren gekommen waren, um sich den Rummel mal mit eigenen Augen anzusehen. In den Versammlungen der Freisinnigen bemerkte man dagegen niemals weibliche Besucherinnen, die freisinnigen Männer rechnen auch gar nicht auf solche. Sie befolgten die Taktik, ihre Wählerversammlungen stets von politischen Vereinen einberufen zu lassen, wodurch ja — wenn die Polizei, die aber freisinnige Versammlungen nicht überwacht, es verlangt — die Theilnahme von Frauen von vornherein ausgeschlossen ist. Der Vorsitzende einer solchen freisinnigen Versammlung hat denn auch einmal einige anwesende Frauen, obwohl Polizei nicht anwesend war, rücksichtslos hinausgewiesen. Wie die Freisinnsmannen trotz ihres gelegentlichen Liebäugelns mit den Bestrebungen der bürgerlichen Frauenbewegung über die Gleichberechtigung der Frauen denken, das sprach ein hervorragender Führer des Berliner Freisinns in einer Wahlversammlung aus. Er polemisirte gegen die sozialdemokratische Forderung des Frauen-Stimmrechts und führte unter tosendem Beifall der Freisinnsklappen aus, daß die heiligsten Bande zerrissen, der Friede und das Glück in der Familie zerstört werden würden, wenn sich erst die Frauen an der Politik betheiligen. Um also den häuslichen Frieden zu erhalten, muß nach freisinniger Anschauung die Frau für alle Zeiten sich ausschließlich mit dem Strickstrumpf und dem Kochtopf beschäftigen und darf sich um Himmelswillen, obgleich sie durch die Entwickelung der Verhältnisse, wenigstens in der Arbeiterklasse, längst dem früheren Wirkungskreise entrissen ist, nicht um öffentliche Angelegenheiten kümmern. Nun, die Frauen und Mädchen des Proletariats wissen ganz genau, daß ihr und ihrer Familie Wohl und Wehe sehr wesentlich beeinflußt wird durch den Gang unserer Politik. Sie nehmen daher regen Antheil an den Angelegenheiten des öffentlichen Lebens, sie bilden stets einen starken Bruchtheil der Besucher unserer Versammlungen und widerlegen durch ihr Verhalten die spießbürgerlichen Befürchtungen, daß ihre Betheiligung an der Politik das Familienleben zerstöre. Den Frauen des Proletariats kann es nicht gleichgiltig sein, ob die Mehrheit im Reichstage gebildet wird durch junkerlich-agrarische Brotvertheurer und Feinde der Volksrechte, oder durch wahre Volksfreunde und energische Verfechter der Rechte und Interessen der großen Masse des arbeitenden Volkes. Darum werden auch unsere Frauen am heutigen Tage der Stichwahl, indem sie in ihren Bekanntenkreisen und in ihrer Nachbarschaft säumige Wähler an ihre Pflicht erinnern, das ihrige beitragen zum Siege der Sozialdemokratie in Berlin!

Zur Charakteristik des Freisinns. Von der städtischen Schuldeputation ist dem Verein für gesundheitsmäßige Erziehung der Jugend auf einen von ihm gestellten Antrag, „die erwerbliche Thätigkeit von Schulkindern unter elf Jahren während der Nachtzeit (von 8 Uhr abends an) gänzlich zu verbieten", die Antwort geworden:

„In der mitgetheilten Form ist das vorgeschlagene Verbot nicht zulässig; es würde, da dasselbe auch die gewerbsmäßige Nachtarbeit in der eigenen Häuslichkeit umfassen würde, ein unerträgliches Spionirsystem in die Familien tragen."

Das ist der Freisinn wie er leibt und lebt! Daß die Familie durch die verderblichste Art der Hausarbeit zu grunde gerichtet wird, daß die Kinder eines frühzeitigen Todes sterben oder bestenfalls zu Schwindsuchtskandidaten verkümmern, das ist dem Freisinn von Herzen gleichgiltig, weil dieser moderne Kindermord ja zu Ehren des Molochs Kapital vollzogen wird. Um die Heiligkeit solchen Ausbeutungssystems zu schützen, hat der Freisinn den traurigen Muth, die Unantastbarkeit eines „Familienlebens" ins Feld zu führen, dem auch jeder Schimmer ethischer und sozialer Berechtigung fehlt, weil es für die gegenwärtige und mehr noch für die kommende Generation zum Fluch werden muß. Und der freisinnigen Partei, die derartig über die Heiligkeit der Familie denkt, soll die Berliner Bevölkerung heute zum Siege verhelfen? Nimmermehr!

Im zweiten Wahlkreis hat die freisinnige Direktion der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft für den heutigen Stichwahltag ihren Kutschern, Schaffnern u. s. w. die Theilnahme an der Wahl ebenso unmöglich gemacht wie für die Hauptwahl, dadurch nämlich, daß sie die bei solchen Gelegenheiten in derartigen Unternehmungen allgemein übliche Vertretungsmannschaft — d. h. Ablösung auf zirka ½ Stunde — nicht stellt. Dieses echt freisinnige Manöver wird der Partei freilich nichts nützen, sondern ihre Niederlage nur noch Beschämender machen.

Zum Oberbürgermeister von Berlin wählte die gestrige Stadtverordneten-Versammlung den bisherigen Bürgermeister von Berlin, Herrn Kirschner. Unter 95 Stimmzetteln befanden sich 9 unbeschriebene, somit 86 giltige Zettel. Die absolute Majorität beträgt bei diesem Stimmenverhältniß 44, Bürgermeister Kirschner erhielt 76, Oberbürgermeister Bender-Breslau 9 und Stadtv. Eßmann 1 Stimmen. — Der Berliner Freisinn hat unter der Führung des bisherigen Oberbürgermeisters Zelle in mannigfacher Beziehung, alle liberalen Grundsätze beiseite schiebend, die reaktionärsten, dem Bürgerthum zum Schaden gereichenden Beschlüsse gefaßt. Wird es unter dem Regiment des neuen Stadt-Oberhauptes anders werden? Hoffen und .....

Das Unwetter, welches in der Nacht zum Donnerstag auf einen drückend heißen Tag folgte, hat in Berlin wie in der Umgegend ganz erheblichen Schaden angerichtet. Während das Gewitter im äußersten Westen weniger heftig auftrat, haufte es im Norden und im Zentrum mit furchtbarer Gewalt. Der Hagel zertrümmerte

zahlreiche Fenster; im Hause Burgstr. 29 wurden drei große Schaufensterscheiben vernichtet. Der Platzregen setzte ganze Stadttheile unter Wasser. In wenigen Minuten war die Gegend um die Weinmeisterstraße überschwemmt. Der in der Neuen Schönhauserstr. 1 wohnende Möbelhändler Klinke, der sich schon zur Ruhe begeben hatte, mußte unbekleidet flüchten; seine Frau und die Kinder wurden von Hausbewohnern gerettet. Sämmtliche Wohn- und Lagerkeller in den genannten Straßenzügen wurden überfluthet. Dem Möbelhändler Klinke sollen für 5000 M. Waaren durch Wasser vernichtet worden sein; einem in demselben Hause wohnenden Kolonialwaarenhändler wurden für zirka 200 M., einem Klempner für zirka 900 M. Waarenvorräthe vernichtet. Einem Bäcker F. in der Weinmeisterstr. 11 wurden für etwa 1100 M. Mehlvorräthe überschwemmt; dem im Nebenhause wohnenden Schlächtermeister Artzt die im Keller liegenden Waarenvorräthe ungenießbar gemacht. Zum Theil unterspülte das Wasser das Straßenpflaster und drang durch den Erdboden in Kellerräume. In der Gypsstraße, wo an einem Hause das Dach durch den Hagel beschädigt wurde, drangen die Wassermassen in die Bodenräume und von hier aus in die darunter liegenden Wohnungen. Der elektrische Straßenbahnbetrieb und der Pferdebahnbetrieb durch die Weinmeister- und Neue Schönhauserstraße stockte längere Zeit vollkommen. Der Gartenplatz, sowie die Invalidenstraße von der Brunnenstraße fast bis zur Chausseestraße bildeten förmliche Seen, unter deren Wassermengen auch die Markthalle in der Ackerstraße litt. Der neugepflasterte Durchbruch der Chorinerstraße mußte, da die Fluthen das Pflaster auseinanderrissen, vollständig renovirt werden. Die Kellereien des Lehrter Hauptbahnhofes, sowie zahlreiche Privatkeller des Stadttheiles Moabit wurden überschwemmt. Im Laufe der Nacht und des gestrigen Vormittags wurde die Feuerwehr nicht weniger als 56 Mal alarmirt, doch trat sie nur in dringenden Nothfällen in Thätigkeit. Furchtbar gelitten haben durch den Hagelschlag sowie durch den zeitweilig einsetzenden Sturm die Baum-Anlagen und Gärten. Die Anpflanzungen im Lustgarten sind stark beschädigt. Ganz erheblich haben Friedrichshain und Humboldthain gelitten. Die Korn- und Kartoffelernte in den nördlichen Vororten von Berlin soll völlig vernichtet sein; auch die zahlreichen Gärtner haben unberechenbaren Schaden erlitten.

Weiter wird noch berichtet, daß gegen 11 Uhr der Blitz in das Sedan-Panorama einschlug, vom Blitzableiter zwar abgefangen wurde, aber auf das Heizröhrensystem übersprang und in diesem, der elektrischen Leitung, dem Telephon überall störend eingriff. Der Zapfer am Büffet des Restaurant-Gartens, der die Hände zufälligerweise auf dem kupfernen Bierhahn hatte, erhielt einen starken Schlag in dem gleichen Augenblick, kam aber ohne Schaden davon. Der nachfolgende Hagelschlag hat alsdann noch einen empfindlichen Schaden im Panorama-Oberlicht angerichtet: er zerschlug etwa dreißig Scheiben. — Geradezu verheerend ist das Wetter für die Fische in der Spree gewesen. Auf der Oberfläche des Wassers und im Landwehrkanal treiben tausende von Fischleichen. Die Landleute, die gestern früh aus den östlichen Vororten in den Markthallen erschienen und ihre Waare feilboten, erzählten, daß der Hagel noch stundenlang strichweise die Felder und Gärten bedeckt habe. Einzelne Körner sollen die Größe von Taubeneiern erreicht haben; von dem Hagel abgeschlagenes Obst soll in einzelnen Gärten den Boden förmlich bedecken. Auf dem Zentralviehhof war gestern Vormittag die Feuerwehr noch mit Auspumpen von Wasser beschäftigt; an vielen anderen Stellen werden die Hausbewohner noch den ganzen Tag zu thun gehabt haben, um des Wassers Herr zu werden. Zur Aufrechterhaltung des Verkehrs durch die Münz- und Alte Schönhauserstraße, sowie zur Durchführung der durch das Wasser nothwendig gewordenen Sperrungen war von den Wachen in der Alten Schönhauser- und Großen Hamburger-Straße ein großes Polizei-Aufgebot nach dem Ueberschwemmungsgebiet abbeordert.

Zu aufregenden Szenen kam es am Mittwoch Abend in der Volksversammlung des fünften Wahlkreises, welche im großen Saal des Grand Hotel Alexanderplatz tagte. In der großen Begeisterung, mit welcher man den zündenden Ausführungen des Genossen Stadthagen lauschte, hatte man garnichts von dem draußen sich zusammenziehenden Unwetter gemerkt, als plötzlich kurz vor dem Schluß der Versammlung bei einer Ansprache des Kandidaten Robert Schmidt der Hagel derartig auf das Glasdach zu trommeln begann, daß an verschiedenen Stellen zugleich die Scherben klirrend zur Erde fielen. Nun begann der Wolkenbruch durch die ständig größer werdenden Löcher sich in vollen Strömen in das Versammlungslokal zu ergießen. Die Gefahr steigerte sich von Sekunde zu Sekunde und erreichte ihren Höhepunkt, als mit einem Mal das elektrische Bogenlicht versagte und der große Raum im Halbdunkel der wenigen Gasflammen dalag. Inzwischen war das Wasser mehrere Zoll hoch gestiegen; wer nur irgend konnte, trat auf die Rednerbühne oder suchte über Tische und Stühle hinweg den Weg ins Freie zu gewinnen. Trotz des Unbehagens, das sich namentlich auf den Gesichtern der Besucherinnen zeigte, fand die mehr als 2000 Personen zählende Menge dennoch ohne Unfall nach erfolgtem Nachlassen des Regens den Ausgang. Die Gegner aber können konstatiren, daß nun endlich doch einmal eine sozialdemokratische Versammlung buchstäblich „zu Wasser" geworden ist.

Ein Naturschauspiel, das für unsere Breiten außerordentlich selten sein dürfte, konnte man am Mittwoch Abend von Charlottenburg aus in der Richtung nach Pichelswerder beobachten. Mitten in dem Zickzack der rasch aufeinanderfolgenden Blitze glitt mit einem Mal in verhältnißmäßig niedriger Höhe, dem Anscheine nach mochten es etwa kaum hundert Meter sein, eine rothviolette Feuerkugel von einem halben Meter Durchmesser in nordwestlicher Richtung langsam am Himmel entlang. Dieses Schauspiel mochte ungefähr eine bis eineinhalbe Minute gedauert haben, als die Feuerkugel mit kurzem Donnerknall sich in drei breite Strahlenblitze auflöste und vom Himmel verschwunden war. Derartige Kugelblitze, wie man diese Phänomene bezeichnet, sind sowohl ihrem Vorkommen in der Natur nach, sowie auch in unserer Gegend äußerst selten.

Wegen Kindesraubes ist nach einem Lokalberichterstatter gegen den Rentier Bernhard Mertins aus Berlin von der königl. Staatsanwaltschaft ein Haftbefehl erwirkt worden. Mertins, welcher von seiner Ehefrau geschieden und für den allein schuldigen Theil erklärt worden ist, hat derselben am 17. Mai d. J. ihre auf den Namen Dora und Götz hörenden Kinder weggenommen und ist flüchtig. Auf die Wiedererlangung der Kinder hat die Ehefrau jetzt eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt.

Ein Mord und Selbstmordversuch rief gestern Morgen um 4 Uhr in dem Hause Marienstr. 7 eine große Aufregung hervor. Laute Hilferufe weckten die Anwohnerschaft aus dem Schlafe. Im Quergebäude wohnte hier der Koppelknecht Anton Falusi mit seiner Ehefrau. Falusi stammt aus Ungarn und war meist bei Pferdehändlern am Schiffbauerdamm beschäftigt. Seine Frau, eine 41 Jahre alte Wittwe Christine Strauß, geb. Glampus, war vor Jahren bei einem Gemüsehändler in der Marienburgerstraße 7 beschäftigt und lernte hier Falusi kennen, der sie im Oktober 1896 heirathete. Die kinderlose Ehe war glücklich. Falusi war ein fleißiger Mensch; die Leute waren gut eingerichtet und hatten schon etwas zurückgelegt. Vor einiger Zeit verlor der Mann seine Stellung und hatte nun die Absicht, nach auswärts zu gehen. Seine Frau war gegen diesen Plan, wollte aber, wenn er dennoch ausgeführt würde, unter keinen Umständen den Mann allein gehen lassen. Darüber ist es wohl zu Zerwürfnissen gekommen. Mittwoch Abend kam Falusi erst spät nach Hause und kurz darauf wurde es laut in seiner Wohnung. Die Nachbarn drangen in die Wohnstube des Ehepaares ein. Hier saß Falusi mit dem blutigen Taschenmesser in der Hand auf seinem Bette. Er blutete aus Wunden in der Brust, in der Gegend des Herzens und am Halse. Auf dem Fußboden lag die Frau bewußtlos auf einem Kopfkissen in einer Blutlache. Sie hatte Stichwunden im Unterleib, in den Beinen, den Armen und im Genick. Befragt, was er denn gemacht habe, erwiderte Falusi, daß seine Frau ihm eine heftige Szene gemacht habe, weil sie durchaus mit ihm Berlin verlassen wollte. Die Frau, die bald wieder zu sich kam, äußerte nur den Wunsch, gemeinsam mit ihrem Manne zu sterben. Als die Polizei erschien, um Falusi zu verhaften, fragte dieser höhnisch seine Frau, ob sie jetzt auch noch mitgehen wolle. Die Polizei ließ einen Kopp'schen und einen Charitéewagen kommen und die beiden Schwerverletzten in die Charitée bringen. Hier wird der Mann als Polizeigefangener gehalten. Er hat sich über seine That nicht weiter geäußert. Auch die Frau sprach darüber nicht mehr, sondern bedauert nur fortwährend ihren Mann.

Selbstmord aus Hunger. Aufsehen erregte am Mittwoch Nachmittag um halb 3 Uhr ein Selbstmord im Hause Lindenstr. 118. Der 60jährige Buchhalter Ferdinand Neugebauer, der bei dem Kaufmann Apitzsch in der Teltowerstr. 19 seit einem Jahr ein möblirtes Zimmer bewohnte, hatte seit April keine feste Stellung mehr. Gegen halb 3 Uhr kam er nach dem Hause Lindenstr. 113, wahrscheinlich um die reiche Besitzerin Frau Schuster, seine Schwester, in der Noth um Hilfe anzusprechen. Ob Frau Schuster nicht zu Hause war oder ihren Bruder nicht vorlassen wollte, ließ sich nicht feststellen. Die Nachbarn aber wurden plötzlich durch einen Knall alarmirt und fanden auf dem Flur einen ihnen unbekannten Mann in seinem Blute schwimmen. Neugebauer hatte sich vor der Thür seiner Schwester erschossen.

Einen interessanten Fang hat, wie sich nachträglich herausstellte, ein Kriminalbeamter am Montag Abend gemacht. Der Beamte sah im Osten der Stadt auf der Straße in der Begleitung eines Menschen, der unter polizeilicher Beobachtung steht, einen Mann mit einem schweren Sack, als er eben eine Droschke besteigen wollte. Seine Begleitung machte den Sackträger verdächtig und der Beamte hielt ihn deshalb an. Der Mann suchte sich seiner zu erwehren. „Lassen Sie mich zufrieden", so suchte er ihn zu beschwichtigen, „ich bin der Moses Goldstein, ich habe die Sachen reell gekauft." Moses Goldstein war nun der Gestellte in der That, aber damit war die Angelegenheit noch nicht so einfach abgethan. Vorläufig wurden die beiden nach dem Polizeipräsidium gebracht. Hier fand man in dem Sack einen großen Posten Seide, der gestohlen war. Unser Goldstein war zwar nicht der Dieb, aber der Hehler. Erst nachträglich aber ermittelte man, daß man in ihm auch einen Fahnenflüchtigen erwischt hatte. Goldstein ist vor sieben Wochen vom 11. Fußartillerie-Regiment in Thorn durchgebrannt.

Straßensperrungen. Die Jerusalemerstraße von der Kronen- bis zur Krausenstraße, jedoch ausschließlich der Leipzigerstraße, wird behufs Umbaues der Geleise vom 27. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. — Der Schiffbauer Damm von der Straße „Am Zirkus" bis zur Friedrichstraße wird behufs Umpflasterung vom 24. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt; der Kreuzdamm der Kaiser Wilhelm- und der Heiligegeiststraße vom 27. d. M. ab, desgleichen die Altonaerstraße vom Hansaplatz bis zur Stadtbahn.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Parteigenossen, welche heute, am Tage der Stichwahl, für die Partei thätig sein wollen, um den Sieg unseres Genossen Fritz Zubeil herbeizuführen, mögen sich heute früh 8½ Uhr beim Genossen Obst, Grunewaldstr. 110, einfinden. Thue ein jeder seine Pflicht! Es genügt nicht, daß unser Kandidat als Sieger aus der Wahlurne hervorgehe; auch die Stimmenzahl soll unsere Gegner, die Konservativen, belehren, daß alle Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie und unseren Kandidaten Fritz Zubeil nur das Gegentheil der beabsichtigten Wirkung ausgeübt haben. Im Auftrage des Wahlkomitees: W. Nagel, Feurigstr. 4.

Aus Rixdorf. In der letzten Sitzung der hiesigen Gemeinde-Vertretung theilte der Vorsitzende zunächst mit, daß auf die Petition an das Abgeordnetenhaus, betr. die Heranziehung der Beamten zur vollen Gemeindesteuer eine Antwort des Bureaudirektors des Abgeordnetenhauses eingegangen sei, nach welchem die Sache dem Staats-Ministerium als Material überwiesen worden ist. — Mit dem Bau der neuen Eisenbahn-Haltestelle, sowie dem Umbau der Brücke im Zuge der Hermannstraße wird nach Mittheilung der Eisenbahnbehörde demnächst begonnen werden. — Nachdem der südliche Theil der Hasenheide bereits an die Rixdorfer Tiefkanalisation angeschlossen ist, wurde die Gemeinde ersucht, denselben auch mit Gas zu versorgen. Die Gemeindevertretung genehmigte den Abschluß eines diesbezüglichen Vertrages. — Im öffentlichen Verkehrsinteresse ist es erforderlich, die Hermannstraße auf der Strecke zwischen Steinmetz- und Thomasstraße zu verbreitern. Da die Anliegerin, die Kirchengemeinde St. Thomas in Berlin, sich weigert, das erforderliche Terrain abzutreten, soll das Enteignungsverfahren eingeleitet werden. — Im Mai v. J. gerieth der Droschkenkutscher Lorenz aus Berlin in der Trunkenheit in den Wiesengraben und ertrank. Die Angehörigen des L. haben nun die Gemeinde für den Unfall haftpflichtig gemacht und klagen gegen dieselbe. Als Vertreter der Beklagten wird Justizrath Bürkner ernannt. — Genosse Ostermann brachte die ungerechtfertigte Entlassung eines Kutschers auf dem Rieselgut Waßmannsdorf zur Sprache und kritisirte hierbei die schlechten Lohnverhältnisse in Waßmannsdorf. Redner stellte den Antrag, den Kutscher wieder einzustellen. Die Sache rief eine lebhafte Diskussion hervor, in welcher Schöffe Niemetz bestritt, daß die Löhne in Waßmannsdarf niedriger seien, als auf anderen Gütern. Die Entlassung des betreffenden Kutschers sei wegen Ungehorsams erfolgt. — Schließlich einigte man sich dahin, daß das Gutskuratorium die Angelegenheit prüfen und demnächst darüber Bericht erstatten soll.

Die konservative Sippe im Wahlkreise Teltow-Beeskow, welche den Mangel sachlicher Gründe für ihre verderbliche Sache durch die dümmsten persönlichen Schimpfereien zu ersetzen sucht, ist jetzt auf einem Punkt angelangt, der denn doch gerade die wahrhaft christlich-konservativen Leute zu lebhaftem Widerspruch herausfordern müßte.

In einem Flugblatt, das gestern angeblich zu gunsten des Superintendenten Max Vorberg verbreitet worden ist und das die Unterschrift des reaktionären Landtags-Abgeordneten Ernst Ring trägt, wird das zweite Gebot: „Du sollst den Namen des Herrn, deines Gottes, nicht mißbrauchen", durch folgende Worte in den Schmutz gezerrt:

„Wenn die alten Deutschen in den Kampf zogen, riefen sie Wotan um Hilfe!"

„Wenn die deutschen Landsknechte die Spieße senkten, beugten sie vor Gott das Knie!"

„Wenn die deutschen Truppen die altbewährten ruhmgekrönten Feldzeichen entrollten, erflehten sie des Allmächtigen Hülfe zum Kampfe und Siege!"

„Wir rufen allen deutschen Männern heute zu: Mit Gott zum Kampf gegen den Umsturz für ehrliche Arbeit!"

Wir nehmen an, daß der Superintendent Vorberg das Manuskript dieses Flugblattes nicht gelesen hat, denn sonst hätte er nicht umhin können, gegen die Profanirung seines Gottes durch den schmählichen Mißbrauch, der mit dessen Namen getrieben wird, gerade im Namen des Christenthums, dem er doch dienen will, feierlich und voller Abscheu Protest zu erheben. Oder sollte der Herr Superintendent wirklich ein Auge zugedrückt und es gutgeheißen haben, daß der Name des „Allerhöchsten" durch gewaltsame Hereinzerrung in eine so rein irdische, in eine so profane Handlung wie den Wahlkampf aufs schmählichste verunglimpft werde? Wie dem auch sei, das gestrige Flugblatt wird in allen Kreisen, denen das Christenthum mehr ist, als ein schätzbares Mittel, sich nach oben hin beliebt zu machen, Abscheu erregen und der konservativen Sache den schwersten Schaden zufügen. Es war ja stets das Verhängniß der reaktionären Gewalten, daß sie selber weit mehr zur Diskreditirung ihrer schlechten Sache beitrugen, als ihre Gegner je vermocht hätten. Uns Sozialdemokraten kann es schon recht sein, wenn auch hier wieder die alte Wahrheit bekräftigt wird.

Ein Liebesdrama. In dem Gasthause von Scheer in Charlottenburg, Spandauerberg, suchte gestern früh gegen 6 Uhr der in Berlin, Stallschreiberstr. 11, wohnhafte 20jährige Fritz Fechtner zunächst seine Geliebte, die 26jährige Margarethe Leve, welche vorher verdünnte Schwefelsäure getrunken hatte, zu erschießen und darauf sich selbst durch Revolverschüsse zu entleiben. Nach vorgefundenen Briefen ist die Veranlassung zur That unglückliche Liebe.

Aus dem Tegeler See gelandet wurde am Mittwoch Abend ein junger Mann, der bei einem Ausflug der Musehold'schen Fabrik in der Nylestraße ertrunken ist. Der Ertrunkene ist der 22 Jahre alte Schlosser Karl Tischmeyer, ein Stiefsohn des Kaufmanns Münch aus der Kleinen Alexanderstraße 7.

Gerichts-Zeitung.

Warum hat das Volk die Pflicht, durch sein Votum dem Polizeistaat ein Ende zu bereiten? Am 27. April 1898 brannte es auf dem Gute Henriettenthal bei Idstein im Regierungsbezirk Wiesbaden. Als das Feuer schon im Erlöschen war, richtete der Gendarm Voigt an eine größere Anzahl Zuschauer — es sollen mehrere Hundert gewesen sein — die Aufforderung, sich von dem Gehöft zu entfernen. Die Art, wie er das that, erregte das Publikum sehr, besonders der Vergleich mit Maulaffen, den mehrere aus seinem Munde gehört haben wollen. Die Zuschauer gingen nicht fort, sondern gaben ihrem Unwillen in deutlichen Worten Ausdruck. Voigt zog jetzt den Säbel, packte als ersten den Fabrikarbeiter Merling an der Brust und bemühte sich, ihn zurückzudrängen. Hierbei wurde Merling am Kopfe verwundet. Er soll gegen ein Wagenrad gestürzt sein, andererseits bezeugten aber verschiedene der Umstehenden später, der Gendarm habe ihn mit dem Säbel geschlagen. Jedenfalls nahm die Wuth der Menge über das Vorgehen des Herrn Voigt so zu, daß sogar Rufe, wie „Ins Feuer mit ihm!" ertönten. Auch wurde Voigt durch Steinwürfe verletzt. Aufruhrprozesse und eine Beleidigungsklage gegen den Redakteur Hoch, der das Verhalten des Gendarmen in der Zeitung gerügt hatte, waren die nächsten Folgen. Hoch wurde freigesprochen, weil das Gericht annahm, es sei der Beweis der Wahrheit dafür erbracht, daß Voigt den Merling gegen den Wagen geworfen und mit dem Säbel über den Kopf geschlagen habe. Merling verklagte dann den Gendarm Voigt wegen seiner Kopfwunde auf Schadenersatz in Höhe von 112 M. Das Landgericht zu Wiesbaden nahm an, M. sei mit dem Kopf gegen den Wagen gefallen, weil ihn der Gendarm zu heftig angepackt habe, und verurtheilte Voigt, Schadenersatz zu leisten. Voigt hätte gegen M. nicht thätlich vorgehen dürfen. Nachdem der Gendarm Berufung eingelegt hatte, erhob die Regierung zu seinen Gunsten den Konflikt und machte geltend, er sei über seine Amtsbefugnisse nicht hinausgegangen. Voigt sei ein pflichttreuer und energischer Beamter, der sich bei den Sozialdemokraten durch sein Einschreiten gegen sozialdemokratische „Umtriebe" verhaßt gemacht habe. Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte den Konflikt der Regierung nur zum Theil für begründet, so daß der Zivilstreit seinen Fortgang zu nehmen hat. Präsident Persius gab folgende, äußerst bemerkenswerthe Begründung: Der Gendarm habe die Leute fortweisen können, wenn er es nach seiner pflichtmäßigen Ueberzeugung im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für nöthig erachtet hätte. Die Anordnung verliere auch nichts von ihrer Rechtmäßigkeit, wenn sie in schroffer Form erfolge. Werde die berechtigte Anordnung nicht befolgt, dann könne der Gendarm sie zwangsweise durchsetzen. Auf die Rufe aus der Menge, die er habe ansehen können als Ausdruck des Willens, der Anordnung nicht zu folgen, habe er die Leute mit Gewalt zurückdrängen dürfen. Auch hier sei er berechtigt gewesen, den Kläger an der Brust zu packen, da er habe annehmen können, daß M. mit zu den Schreiern gehörte. (Wieso? Infolge höherer Eingebung?) Insofern habe Voigt seine Amtsbefugnisse nicht überschritten. Dagegen liege eine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse insoweit vor, als Voigt nach den Aussagen einer großen Anzahl Zeugen mit dem Säbel geschlagen habe. Und insofern sei der Konflikt unbegründet.

Wie ein ehrenhaftes Mädchen zur Verbrecherin werden kann, schildert eine von unserem Mainzer Partei-Organ gebrachte Gerichtsverhandlung. Vor dem Schwurgericht hatte sich wegen Mordversuchs, begangen an ihrem zwei Monate alten Kinde, die 20jährige Büglerin Luise Schlicht zu verantworten. Die Beschuldigte, welche von allen Zeugen als ein braves und fleißiges Mädchen geschildert wurde, war im vorigen Jahre von dem Sohne ihrer Dienstherrschaft angeblich im Schlafe überfallen und vergewaltigt worden. Die Folge dieser Vergewaltigung war die Geburt eines Mädchens, das die junge Mutter nach dem benachbarten Hechtsheim in Pflege gab. Bei einem Wochenlohn von 7 M. und freier Station fiel es ihr sehr schwer, die wöchentlich 5 Mark betragenden Unterhaltungskosten für das Kind aufzubringen und nachdem sie vergeblich den Vater desselben um Unterstützung gebeten hatte, faßte sie in ihrer Verzweiflung den Entschluß, ihr Kind zu tödten, um die Last los zu werden. Sie kaufte in der Apotheke ein sogenanntes Grimmensäftchen, vermischte dies mit 22 Phosphorstreichhölzerköpfen und gab das ganze in einer Saugflasche dem Kinde. Am Himmelfahrtstag begab sie sich mit der eingewickelten Giftflasche zu ihrem Kinde nach Hechtsheim, schreckte aber vor der That zurück, als ihre Kleine sie anlächelte. Am Pfingstmontag führte sie indessen doch die That aus, indem sie noch etwas Milch dem Gifte beimischte und dem Kinde zu trinken gab. Hierauf begab sie sich nach Mainz und kaufte einige Kleinigkeiten für das Kind, verschaffte sich aber auch gleichzeitig noch ein Fläschchen mit Phosphorsäure, da sie der Wirkung des von ihr zubereiteten Trankes nicht recht traute. Während der Abwesenheit der Angeklagten bemerkte die Pflegemutter den veränderten Zustand des Kindes, dessen Augen verdreht waren und dem der Schaum vor dem Mund stand und holte rasch den Arzt, welcher sofort Vergiftung konstatirte und Gegenmittel anwandte, durch die das Leben des Kindes erhalten blieb, so daß sich dasselbe gegenwärtig wohl befindet. Staatsanwalt und Vertheidiger rügten in scharfen Worten das Verhalten des als Zeugen anwesenden Verführers, was auf die Geschworenen einen solchen Eindruck machte, daß sie die Frage des Mordversuchs verneinten und nur mit Ueberlegung ausgeführten Todschlagsversuch ohne mildernde Umstände zuzubilligen annahmen. Der Oberstaatsanwalt beantragte 6 Jahre Zuchthaus, das Gericht erkannte auf 3 Jahre Zuchthaus.

Unser Parteiblatt ist leider nicht in der Lage, den Urheber des Verbrechens durch Namensnennung an den Pranger zu stellen. Vielleicht kann dies Versäumniß nachgeholt werden. Auch sollte man denken, daß der Staatsanwalt noch Gelegenheit findet, sich mit dem Elenden zu beschäftigen.

Mit fünf Jahren Zuchthaus hat der 24jährige Schleifer Anton Beseler aus Berlin einen haarsträubenden Unfug zu büßen, den er am 26. Februar dieses Jahres in der Trunkenheit begangen hat. Er war in schwer bezechtem Zustande bei Pankow auf das Bahngeleise geklettert, hatte dort Weichenlaternen ausgelöscht und zertrümmert, sowie einen Kurvenpfahl ausgerissen und über das Geleise geworfen, so daß der bald heranbrausende Kremmener Zug nur durch einen Zufall der Entgleisung und dem Absturze vom Bahndamm entging. Beseler stand gestern wegen dieser gemeingefährlichen Handlungen vor dem Schwurgericht am Landgericht II unter der Anklage, vorsätzlich einen Eisenbahn-Transport gefährdet zu haben und wurde zu der vorhin mitgetheilten schweren Strafe verurtheilt.

Als der in der Kube'schen Schlosserei angestellte Werkführer Lange am 24. April d. J. einen Zug aus der Schnapsflasche that, spie er die Flüssigkeit mit Schrecken und Ekel wieder aus. Der Schnaps mußte von böswilliger Hand mit einer ätzenden Flüssigkeit versetzt worden sein, denn Lange spürte heftige Schmerzen im Munde und seine Zähne lockerten sich. Gerichtschemiker Dr. Jeserich stellte denn auch fest, daß die Flasche ein Gemisch von zwei Theilen

Schnaps und einem Theile Salzsäure bestand. Der Verdacht, diesen niederträchtigen Streich begangen zu haben, lenkte sich deshalb auf den 15jährigen Schlosserlehrling Wolfram, weil dieser kürzlich eine körperliche Züchtigung von Lange erhalten hatte und deshalb ihm feindlich gesinnt war. Wolfram erhielt eine Anklage wegen schwerer Körperverletzung, wurde aber vom Schöffengericht mangels genügenden Beweises freigesprochen. Hiergegen legte der Staatsanwalt Berufung ein, mit der Begründung, daß der vorliegende Verdacht zu einer Verurtheilung ausreiche. Im gestrigen Termine wurde auch der Nebenlehrling des Angeklagten, der 16jährige Otto Liebsch vernommen, welcher ebenfalls Gelegenheit gehabt hatte, die Salzsäure in die Schnapsflasche zu gießen. Dem Zeugen wurde wiederholt begreiflich gemacht, daß er auf die Frage, ob er selbst die That begangen habe, die Antwort verweigern könne. Der Zeuge machte von diesem Rechte Gebrauch und gab somit indirekt zu, daß er selbst der Thäter sei. Unter diesen Umständen zog der Staatsanwalt die von ihm eingelegte Berufung zurück.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Gewerbegerichtswahl!

In nachstehenden Lokalen können die Arbeiter Berlins sich Formulare zum Einzeichnen in die Wählerlisten für die Gewerbegerichtswahl beschaffen:

Mörschel, Jüdenstr. 35/36. Linke, Zimmerstr. 33. Preuß, Neue Friedrichstr. 20. Werner, Büloſtr. 59. Schonheim, Gräfestr. 8. Müller, Gräfestr. 31. Kitzing, Belleallancestr. 74a. Zubeil, Lindenstr. 106. W. Börner, Ritterstr. 15. Pönitz, Brandenburgstr. 54. Dorn, Spittelmarkt 1, Ecke Seydelstr. Erbe, Cuvrystr. 25. Tolksdorf, Görlitzerstr. 58. Streit, Naunynstr. 86. Heinrich, Naunynstr. 78. Golz, Grünauerstr. 3. Seidler, Ratiborstr. 16. Zabel, Frankfurter Allee 90. Scheere, Blumenstraße 38. Lock, Grüner Weg und Koppenstr.-Ecke. Köpnick, Schilling- und Magazinstr.-Ecke. Neul, Barnimstr. 42. Schmidt, Louisenstr. 5. Wittchow, Kl. Hamburgerstr. 27. Schappach, Marienburgerstr. 9. J. Pfarr, Puttlitzstr. 10. Köhler, Calvinstraße 11. Gleinert, Müllerstr. 7b. Bringmann, Prinzen-Allee 21. Knoblich, Soldinerstr. 36. Klose, Hutmacher, Anklamerstr. 41. Augustin, Kastanien-Allee 11. Blaurock, Gipsstr. 16. Arbeitsnachweis der Lithographen Neue Friedrichstraße 86. Arbeitsnachweis der Buchdrucker, Ritterstr. 88. Arbeitsnachweis der Holz- und Metallarbeiter, Annenstr. 89. Arbeitsnachweis der Buchbinder, Annenstr. 50. Im Gewerkschaftsbureau, Annenstr. 16 I.

Nur noch bis zum 30. Juni dauert die Einzeichnung der Wählerlisten. Aufnahme Wochentags von 5—8 Uhr und Sonntags von 12—3 Uhr in folgenden Lokalen: Poststr. 16, Zentralbureau, und in den Turnhallen der folgenden Gemeindeschulen: Tempelhofer Ufer 2; Strausbergerstraße 9; Schmidstraße 38; Skalitzerstraße 55/56; Kastanien-Allee 82; Gipsstraße 23a; Pankstraße 8 und Thurmstraße 86.

Die Berliner Gewerkschafts-Kommission.
J. A.: Rud. Millarg.

Sattler! Die Stockholmer Sattler haben am 20. d. M. in der Anzahl von 120 Mann die Arbeit niedergelegt. Mittheilungen über den Grund des Ausstandes fehlen noch. Arbeitsangebote nach Stockholm sind zurückzuweisen. Der Vorstand des Verbandes der Sattler und Tapezirer.

Deutsches Reich.

Eine sehr beliebte Unternehmerpraktik ist die, Lohnabzüge mit dem Hinweis auf die billiger arbeitende Konkurrenz zu begründen. Diese Taktik befolgte vor kurzem Herr Gutfeld, Mechanische Stickerei im Andreashof, Berlin, indem er auf einen Artikel (Blousen), die bisher mit 8,50 M. bezahlt wurden, einen Lohnabzug von 2,50 M. ankündigte und das damit begründete, daß bei Fritsche in Apolda dieselbe Arbeit für diesen Preis hergestellt werde. Die Arbeiter fragten bei genanter Firma an und es stellte sich heraus, daß die Angaben des Herrn Gutfeld unrichtig sind. Der Briefschreiber wurde sofort entlassen. Die Berliner Textilarbeiter richten an ihre Kollegen im Reiche, besonders an die in Apolda und Mülhausen, das Ersuchen, das obige zu beachten und falls sie bei Gutfeld in Arbeit treten wollen, sich vorher an die Ortsverwaltung Berlin I, K. Voigt, Frankfurterstr. 124, zu wenden.

Zur Lohnbewegung der Hamburger Bäcker ist zu berichten, daß die Arbeit fast einmüthig niedergelegt ist; selbst die unorganisirten Gehilfen haben sich der Bewegung angeschlossen. Die Bäckermeister suchen überall in der Provinz Bäckergesellen gegen hohen Lohn. Eine Anzahl Droschken haben diese Herren bereits in ihre Dienste genommen. Die nach hier gelootsten Leute werden also per Achse nach ihrem neuen Wirkungskreise befördert werden. Die „Herren in der Backstube" lassen sich's jetzt, wie zur Zeit des Hafenarbeiter-Streiks die „Herren im Hafen", etwas kosten; die nöthigen Mittel dazu haben diese Klein-Protzen ja. Es ist vor allem nöthig, daß die Bäckergesellen im Reiche den Zuzug fern halten.

Die Lohnkommission der Magdeburger Zimmerer ist mit dem Arbeitgeber-Verband in schriftliche Unterhandlungen zwecks Beilegung des Streiks getreten. Die Arbeiter beschweren sich namentlich darüber, daß die Unternehmer den im April festgesetzten Lohntarif nicht innegehalten haben, während die Meister das Gegentheil behaupten. Den Schluß der Arbeit an Sonnabenden um 5 Uhr wollen die Unternehmer bewilligen.

Die Zimmerer Hanau's legten, 85 an der Zahl, die Arbeit nieder, weil ihre Forderungen: 40 Pf. Stundenlohn bei 10stündiger Arbeitszeit (bisher 11 Stunden) nicht bewilligt wurden.

Im Schuhmacherstreik bei Regensteiner in München haben Unterhandlungen zwischen den Arbeitern und dem Firmeninhaber stattgefunden. Der mit anwesende Fabrikinspektor war sichtlich bemüht, eine Einigung herbeizuführen, die Verhandlungen scheiterten jedoch an der Hartköpfigkeit des Unternehmers.

Wahlversammlungen.

Im ersten Wahlkreise wurden am Mittwoch Abend zwei Versammlungen abgehalten. Die eine tagte bei Brünsch, Jägerstraße 69, und erfreute sich eines guten Besuches. Der Kandidat des Kreises Genosse Pötzsch kennzeichnete nochmals die Gefahren, die dem deutschen Volke drohen, wenn eine reaktionäre Reichstagsmehrheit zusammen kommen sollte und forderte die Anwesenden auf, im Interesse des Friedens und der Volksfreiheit am 24. Juni sozialdemokratisch zu wählen. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall und wurden von mehreren Genossen in wirksamer Weise unterstützt. Mit einem warmen Appell an die Versammelten, am Stichwahltage ihre Pflicht zu thun, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Im Lokale „Spreehallen" sprach Genosse Täterow über das Thema: „Wen wählen wir?" Nachdem er die Hauptfragen, um die es sich bei dieser Wahl handelt, erörtert hatte, wandte er sich den einzelnen Parteien zu und kritisirte namentlich die freisinnige Volkspartei, die in politischer wie wirthschaftlicher Beziehung das Vertrauen des Volkes sich längst verscherzt habe. Das Vertrauen der großen Masse des Volkes verdiene nur die Sozialdemokratie. Pflicht eines jeden sei es daher, am Tage der Stichwahl für diese einzutreten. Da sich zu dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag Gegner nicht zum Wort meldeten, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Die Stichwahl im dritten Berliner Reichstags-Wahlkreise beschäftigte am Mittwoch Abend zwei Wähler-Versammlungen. In Brochnow's Saal, Sebastianstraße, referirte der Kandidat Genosse Wolfgang Heine, der eingangs bemerkte, daß nur etliche 400 Stimmen es seien, die im ersten Wahlgange für den Sieg der Sozialdemokratie fehlten. Er giebt der Hoffnung Ausdruck, daß bei entsprechender Agitation seitens der Genossen der dritte Kreis glänzend behauptet werde. Redner bespricht nun ein seitens der freisinnigen Volkspartei herausgegebenes, von Naivetät und Unwahrheiten strotzendes Flugblatt, in welchem für die Kandidaturen des Freisinns die Reklametrommel gerührt und die Sozialdemokratie, deren Endziel ein „National-Zuchthaus" bedeute, mit einem Schlage vernichtet werden soll. Den im Flugblatt niedergelegten Versprechungen der „Fortschrittsmänner" stellt er in kurzen Zügen unter wiederholtem Beifall der Anwesenden das bisherige Verhalten der Vertreter des Freisinns in den verschiedenen Parlamenten gegenüber, den Beweis erbringend, daß gerade die Freisinnigen es waren, die in letzter Legislaturperiode zur Entrechtung und Unterdrückung des Volkes das möglichste leisteten. In einem geharnischten Appell bittet er schließlich die Versammelten dringend, am 24. Juni den freisinnigen Wahl-Schnorrern und -Moglern die rechte Antwort für ihr Verhalten durch rastlose Agitation für den Sieg der Sozialdemokratie zu geben. Eine Diskussion fand nicht statt. Nachdem der Vorsitzende noch ersucht, alle Kräfte für die Stichwahl zusammenzuziehen, damit der Sieg ein glänzender zu nennen sei, schließt die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

In Krieger's Salon kennzeichnete Rob. Schmidt die unzuverlässige Freisinnspolitik, die vorgiebt, demokratisch zu sein, aber nur zu oft die Interessen des Volkes verrathen und im Stiche gelassen hat. Der Kandidat des Kreises, Wolfgang Heine, wurde bei seinem Erscheinen lebhaft begrüßt. Unter jubelnder Heiterkeit zerlegte er mit wenigen kernigen Worten die spießbürgerliche Kirchthurmspolitik der Freisinnigen, die in ihrem neuesten Flugblatt ihren Kandidaten besonders dadurch anpreisen möchten, daß er immer in der Luisenstadt gewohnt habe! Genosse Maaß erinnerte bezüglich der Reden vom braven Herrn Dr. Langerhans daran, daß dieser im Jahre 1871 Arm in Arm mit dem damaligen Polizeipräsidenten an der Wahlurne erschienen sei, um den damals noch demokratischen Fortschrittsmann sich nennenden Johann Jacoby aus seinem Wahlkreise zu verdrängen, was selbst bei freisinnigen Führern wie Franz Ziegler Widerwillen und Entrüstung erregte. Die Versammlung schloß mit stürmischen Hochrufen auf die Sozialdemokratie und den Kandidaten Heine.

Fünfter Wahlkreis. Mehr als 2000 Personen hatten sich am Mittwoch zu der Volksversammlung des fünften Wahlkreises eingefunden, welche im Grand-Hotel Alexanderplatz tagte. — Vor Eintreten in die Tagesordnung ehrten die Versammelten das Ableben des Dichters und Genossen Jakob Audorf durch Erheben von den Plätzen. — Dann nahm Genosse Stadthagen das Wort zu einem Referat, welches sich mit den Reaktionären aller Parteien beschäftigte. Eine ungeheure Begeisterung ließ den Redner zu wiederholten Malen minutenlang nicht zum Wort kommen. Dann schritt man zur Diskussion, in welcher sich verschiedene Genossen im Sinne des Referenten aussprachen, bis unter allgemeinem, lautem und anhaltendem Jubel der noch in vorgerückter Stunde eingetroffene Kandidat des Kreises, Genosse Robert Schmidt, einige Worte an die Anwesenden richtete. Nach einem donnernden Hoch auf die Sozialdemokratie und auf Robert Schmidt schloß die Versammlung.

Die Freisinnigen des dritten Wahlkreises hielten am Mittwoch eine Wählerversammlung bei Buggenhagen ab. Der Saal war vollständig gefüllt, jedoch wenigstens zu einem Drittel von Sozialdemokraten. Der Referent, Rektor Bandt, bekämpfte die Sozialdemokratie nach der bekannten freisinnigen Schablone zum theil mit sehr kleinlichen Mitteln. Im übrigen machten sowohl das Referat wie namentlich die Ausführungen der Herren Dr. Langerhans, Rosenow und anderer Redner den Eindruck, als ob im dritten Wahlkreise nicht zwei in ihren Grundanschauungen ganz entgegengesetzte Parteien, sondern zwei verschiedene Personen um das Mandat kämpfen. Von freisinniger Seite wurden immer wieder die persönlichen Eigenschaften des Herrn Dr. Langerhans, sein unbeugsamer politischer Charakter, seine Ehrenhaftigkeit gerühmt und demgegenüber der sozialdemokratische Kandidat als der unbekannte Mann hingestellt, von dem man nichts weiter wisse, als daß er im Herzen gar kein Sozialdemokrat sei, denn er befinde sich ja im Widerspruch mit seinen eigenen Genossen. Die Freisinnigen scheinen des naiven Glaubens zu sein, sie könnten mit derartigen Redensarten, und indem sie sich als Arbeiterfreunde hinzustellen bemüht sind, Stimmen aus dem sozialdemokratischen Lager an sich ziehen. Daß sie auf Unterstützung der Antisemiten nicht rechnen können, sagte ihnen ein antisemitischer Redner mit deutlichen Worten.

Der Verlauf der Versammlung war ein äußerst stürmischer und tumultuarischer. Schon vor Eröffnung derselben sollte jemand hinausgeworfen werden, der den Versuch machte, ein Flugblatt der sozialdemokratischen Handlungsgehilfen auszulegen. Es kam deshalb zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der Freisinnigen und Sozialdemokraten. Waren die Gemüther schon durch diesen Vorfall erhitzt, so steigerte sich die Erregung noch, als der Vorsitzende jedesmal, wenn von unseren Parteigenossen Zwischenrufe gemacht wurden, mit der Drohung antwortete, er werde von seinem Hausrecht Gebrauch machen. Der erste Redner unserer Partei, der, wenn auch nicht mit großer Redekunst, so doch durchaus sachlich gegen das Referat polemisirte, wurde von den Freisinnigen niedergebrüllt und mußte infolge dessen abtreten. Beim Lärmmachen thaten sich ganz besonders einige behäbig aussehende Herren mit goldenem Kneifer, schweren Uhrketten und Brillantringen an den Fingern hervor. Es war ihnen offenbar unbequem, eine andere Meinung zu hören und deshalb machten sie einen solchen Radau, das unserem Redner das Weitersprechen unmöglich wurde. In ähnlicher Weise wurden auch andere Redner unserer Partei unterbrochen. Dies Verhalten der Freisinnigen reizte begreiflicherweise unsere Parteigenossen, die nun auch durch laute Zwischenrufe dagegen protestirten. Nachdem mehrere freisinnige Redner gesprochen hatten, meldete sich unser Parteigenosse Simmel zum Wort. Man machte erst Schwierigkeiten, weil er nicht im dritten Wahlkreise wohnt, auch wurde bezweifelt, ob er das wahlfähige Alter habe, dann wurde ihm aber doch das Wort ertheilt. Simmel begann: „Meine Herren, es wird bezweifelt, ob ich wahlberechtigt bin. Ich höre vom Vorstandstische her allerlei faule Bemerkungen" . . . (Wie Simmel später unserem Berichterstatter mittheilte, bezog sich diese Aeußerung auf Redensarten wie: „grüner Bengel", dummer Junge", „Sie haben noch gar nicht mitzureden" und so weiter, die von Herren am Vorstandstische gemacht wurden.) Nun erhob sich ein wüster Tumult. Simmel wurde auf Verlangen der freisinnigen Mehrheit das Wort entzogen, und als er den Platz auf der Rednerbühne nicht sogleich verließ, faßte ihn ein Herr vom Vorstande an den Arm, schob ihn unsanft nach dem Hintergrunde der Bühne und stieß ihn zur Ausgangsthür hinaus. Hierdurch auf das höchste erregt, kam ein Theil unserer Genossen, meist junge Leute, aus dem Hintergrunde des Saales bis vor die Bühne, gab ihren Unwillen über die Behandlung Simmel's kund und verlangte, er solle das Wort erhalten. Vor der Bühne bildete sich ein dichter Knäuel wild durcheinander schreiender Menschen, aus dem sich Fäuste drohend gegen den Vorstandstisch emporstreckten. Heftige Worte wurden hinüber und herüber geschleudert. Der Tumult hatte eine solche Ausdehnung angenommen, daß es auch dem lungenkräftigsten Redner nicht mehr gelingen wollte, sich Gehör zu verschaffen. Die Parteileidenschaft auf beiden Seiten hatte die parlamentarische Ordnung unterdrückt und das Weitertagen der Versammlung vereitelt.

Einen tumultuarischen Verlauf nahm die Versammlung, die der Verein „Waldeck" am Mittwoch nach dem Alten Schützenhause, Linienstraße, einberufen hatte und in der Herr Dr. Zwick, der Kandidat der Freisinnigen und Herr Fischbeck referirten. Bei den Ausführungen des Herrn Zwick, der sich fast ausschließlich mit der Sozialdemokratie beschäftigte, machte sich bereits eine lebhafte Unruhe bemerkbar. Als nun nach Beendigung dieser „Rede" auf die Aufforderung des Vorsitzenden hin, Herrn Zwick ein Hoch ausgebracht wurde, beantworteten dies unsere Parteigenossen mit einem kräftigen Hoch auf unseren Kandidaten, den Genossen Robert Schmidt. Das veranlaßte den Vorsitzenden, Herrn Rechtsanwalt Sonnenfeld, der vordem schon mit dem Hinauswerfen gedroht hatte, den Sozialdemokraten den Saal zu verweisen, die auch, nachdem ein Genosse dazu aufgefordert hatte, in beträchtlicher Anzahl die Versammlung verließen. Ebenso wie Herrn Zwick, der sich wenigstens gegen die ostelbischen Junker und den Bund der Landwirthe mit einigen Worten wendete, interessirten auch Herrn Fischbeck das Wahlrecht, die Koalitionsfreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht u. s. w. nicht im geringsten. Der ganze Redeschwall der beiden Referenten ergoß sich auf die Sozialdemokratie und es hatte den Anschein, als hätten die Redner alle im letzten Wahlkampf von erzreaktionären Parteien gegen die Sozialdemokratie herausgegebenen Flugblätter gesammelt und zusammen mit Eugen Richter's Irrlehren als Unterlage und Material zu ihren Reden benutzt. Was hier in dieser kurzen Zeit an Verdrehungen, Verdächtigungen und Entstellungen über die Ziele der Sozialdemokratie geleistet wurde, spottet jeder Beschreibung. Es lohnt sich aber auch nicht, auf die längst abgedroschenen Phrasen, womit die Freisinnigen höchstens noch in Ostelbien Stimmenfang treiben können, und auf das öde Geschimpfe gegen die Sozialdemokratie und ihrer Führer einzugehen. Charakteristisch für den „Freisinn" ist es, daß die Ausführungen den Beifall eines Vertreters der Konservativen fanden, der den Freisinnigen die Stimmen der Konservativen, Christlich-Sozialen und Antisemiten für den Kandidaten Zwick versprach und als Gegenleistung „nur einige kleine Nachrichten in der freisinnigen Presse, daß die Freisinnigen im Lande eventuell auch für die Konservativen eintreten", verlangte. Der Dank, den der Vorsitzende Rechtsanwalt Sonnenfeld für diese Unterstützung erstattete und die Angabe, daß die Freisinnigen des fünften Kreises keinen Einfluß auf die Partei im Lande ausüben können, genügte dem Vertreter der Konservativen nicht und er forderte noch energischer eine bestimmte Zusage, die er mit der Drohung verquickte, daß sonst die Unterstützung für den Kandidaten Zwick ausbleiben würde. Herr Sonnenfeld nahm nunmehr Veranlassung, die Berührungspunkte der Konservativen mit den Freisinnigen hervorzuheben, die Liebe zum Vaterland, zum Königthum, zur gegenwärtigen Gesellschaftsordnung u. dgl. und schilderte in bombastischen Worten „den gemeinsamen Feind des Bürgerthums", die Sozialdemokratie, die die Monarchie bekämpft, die gegenwärtige Gesellschaftsordnung umstürzen will, die Existenz auch der konservativen Kreise gefährdet, das Privateigenthum beseitigen will u. s. w. Kennzeichnend für die freisinnigen Mannesseelen ist es, daß die wenigen, die gegen diese Zumuthung und gegen ein derartiges Bündniß protestirten, durch den Jubel ob der Versprechungen der Konservativen übertönt wurden. Obwohl man den Vertreter der Konservativen zweimal zum Wort kommen ließ, wurden selbst die eigenen Parteifreunde, die sich zur freisinnigen Partei bekannten, niedergebrüllt, wenn sie es wagten, die Kampfesweise gegen die Sozialdemokratie zu kritisiren oder gegen das Bündniß mit den Konservativen zu sprechen. „Der macht uns alles zu schanden! Der verdirbt uns wieder alles!" Das waren die Zwischenrufe, die man trotz des ohrenbetäubenden Lärms, der mit wenigen Unterbrechungen fast während der ganzen Versammlung herrschte, vernehmen konnte. Ebenso mußte ein Vertreter der deutschen Volkspartei, der seine Stellung zu den bevorstehenden Stichwahlen präzisiren wollte, abbrechen, da er sich bei den Versammelten, die gruppenweise wie bei einem Jahrmarktstrubel herumstanden, kein Gehör verschaffen konnte. Die Koryphäen des Freisinns hüllten sich zu den Forderungen des Konservativen in Schweigen und die Versammlung wurde, während dem Herr Fischbeck und andere Herren noch mit dem konservativen Vertreter privatim eifrigst unterhandelten und wahrscheinlich auch das Geschäft, das man nicht öffentlich abmachen wollte, zum Abschluß brachten, nach der obigen Erklärung des Vorsitzenden schleunigst geschlossen. Neue Anhänger hat die freisinnige Partei durch diese Versammlung gewiß nicht gewonnen.

Charlottenburg. Eine ganz außerordentlich gut besuchte Versammlung, bei welcher der Andrang so groß war, daß die Tische entfernt werden mußten, fand am Dienstag in „Bismarckshöhe" statt. Genosse Arthur Stadthagen behandelte in sachlichen und zündenden Worten den Kampf der vereinten bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie bei der in wenigen Tagen stattfindenden Stichwahl. In seinen Ausführungen nagelte der Referent alle die Angriffe der Junkersippe auf die Rechte und auf die Freiheit des Volkes fest. Mit allen Kräften müßte diesen konservativen Volksausplünderern entgegengearbeitet werden. Und gerade in diesem Wahlkreise, speziell in Charlottenburg, sei es die Aufgabe der Arbeiterschaft, nicht nur ihren Kandidaten Fritz Zubeil zum Siege zu verhelfen, sondern in überwältigender Stimmenmajorität den Gegnern zu zeigen, auf wen die eigentliche Wahl des Volkes falle. Brausender Beifall lohnte dem Redner für seinen vortrefflichen Vortrag. Man trat nunmehr in eine Diskussion ein. Genosse Ledebour nahm das Wort, um mit einigen Worten die Taktik der Gegner in ihren Versammlungen gegenüber anwesenden Sozialdemokraten zu beleuchten. Genosse Sigrist forderte die Anwesenden zur regsten Agitation auf und ersuchte, am Tage der Stichwahl sich doch den einzelnen Bureaus zahlreich zur Verfügung zu stellen. Hierauf schloß die begeisternd verlaufene Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Versammlungen.

In der Versammlung der Freien Vereinigung der Bauarbeiter sprach am 12. d. M. Fritz Erfurth. Sodann wurde der Vorstand gewählt: Erfurth und Berendt als Vorsitzende, Illmann und Furchner als Schriftführer, Kieleber und Thran als Kassirer, Barthels, Schuhmann und Aberham als Revisoren.

Die Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker hielt am 21. Juni ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen nur Vereinsangelegenheiten. Ausgeschlossen wurden drei Mitglieder, die sich gegen die Statuten vergangen hatten. Nachdem noch Hoch die Kollegen aufgefordert hatte, sich recht zahlreich an der Wahlarbeit zur Stichwahl zu betheiligen, erreichte die Versammlung ihr Ende.

Im Fachverein der Holz- und Bretterträger wurden nach einem Vortrage von Bruno Pörsch 10 neue Mitglieder aufgenommen. Nach Erledigung verschiedener Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen. Die nächste Versammlung findet am 17. Juli bei Ewald, Schönleinstr. 6, statt.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29, Hamburg.) Filiale Berlin 6. Sonntag, den 26. Juni, vormittags 10 Uhr: Mitgliederversammlung bei Dieke, Ackerstr. 123.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt. Am Freitag fällt diesmal wegen der Stichwahl die Sprechstunde aus.

G. H. 15. Mädchen bedürfen bis zum zurückgelegten 24., Männer bis zum 25. Jahre der väterlichen Einwilligung zur Heirath. Vom 1. Januar 1900 ab genügt die Zurücklegung des 21. Lebensjahres. — **Stöcker.** Ja.

Witterungsübersicht vom 23. Juni 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	755	WNW	3	wolkig	17	Haparanda	751	S	2	Regen	12
Hamburg	756	WNW	1	wolkig	14	Petersburg	759	SSO	1	wolkig	17
Berlin	755	W	2	bedeckt	18	Cork	762	WSW	3	wolkig	14
Wiesbaden	758	SW	2	bedeckt	17	Aberdeen	756	W	2	wolkig	13
München	761	SSO	1	Regen	14	Paris	762	WNW	2	hlb. bed.	15
Wien	758	O	1	hlb. bed.	17						

Wetter-Prognose für Freitag, 24. Juni 1898.

Nachts etwas kühler, am Tage wärmer, zeitweise heiter, vielfach wolkig mit etwas Regen und schwachen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Unsere Postabonnenten wollen umgehend das Abonnement erneuern, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt.

Was hat sich der Wähler für die Stichwahl am 24. Juni zu merken?

Einladungen zur Wahl werden nicht versandt. Jeder über 25 Jahre alte Wähler des Kreises, in dem die Stichwahl stattfindet, muß uneingeladen am 24. Juni nach seinem Wahllokal kommen. Gewählt wird nach den Listen, die bei der Hauptwahl benutzt wurden.

Jeder muß in dem Wahllokal wählen, welches für den Bezirk bestimmt ist, in dem seine Wohnung bei Aufstellung der Wählerlisten lag.

Bevor der Wähler das Wahllokal betritt, versieht er sich mit einem Stimmzettel.

Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen des Kandidaten, welchem der Wähler seine Stimme geben will, geschrieben oder gedruckt zu versehen.

In Berlin werden den Wählern genügend gedruckte Stimmzettel zur Verfügung stehen und ist vom Wahltisch eine Kontrolle, für welche Partei der Wähler stimmt, ausgeschlossen, da sich sämmtliche Parteien geeinigt haben, Stimmzettel von gleichem Papier und gleicher Größe auszugeben. Wird dem Wähler etwa von einem Vorgesetzten oder sonstwie ein Stimmzettel aufgenöthigt, so kann er sich dadurch helfen, daß er den darauf gedruckten Namen durchstreicht und einen anderen, also den von ihm gewünschten Namen darauf schreibt. Solche Zettel haben volle Giltigkeit.

Der Stimmzettel muß von weißem Papier sein und darf nur den Namen eines Kandidaten enthalten.

Ungiltig sind Stimmzettel, die I. nicht von weißem Papier oder mit einem äußeren Kennzeichen versehen; II. keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten; III. aus welchem die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist; IV. auf welchem mehr als ein Name oder der Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist; V. Stimmzettel, die einen Protest oder Vorbehalt enthalten; VI. **Stimmzettel, die den Namen eines nicht zur Stichwahl stehenden Kandidaten enthalten.**

Hat der Wähler den Stimmzettel, den er abgeben will, in der Tasche, so mag er ruhig die von gegnerischer Seite angebotenen Zettel nehmen und diese dann mit dem ihm passenden vertauschen.

Es ist gut, eine Legitimation (Miethskontrakt, Heirathsurkunde, Steuerquittung u. s. w.) mit in das Lokal zu bringen, wenn auch die Wahlvorsteher kein Recht haben, eine solche zu fordern.

Der Wähler muß sich möglichst zeitig am 24. Juni in das Wahllokal begeben. Denn die Wahlhandlung beginnt am 24. Juni um 10 Uhr vormittags und wird bereits um 6 Uhr nachmittags geschlossen.

Der Wähler, welcher seine Stimme abgeben will, tritt an den Tisch, an dem der Wahlvorstand sitzt, nennt seinen Namen und giebt seine Wohnung, Straße und Hausnummer an. Der Wähler übergiebt, sobald der Protokollführer seinen Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, seinen Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Vertreter, der den Zettel uneröffnet in das auf dem Tische stehende Gefäß zu legen hat.

Der Stimmzettel muß derart zusammengefaltet sein, daß der auf ihm verzeichnete Name verdeckt ist.

Das Sitzen im Wahllokal und das Notiren der Abstimmenden darf niemandem untersagt werden, soweit Platz im Lokal vorhanden ist. Eine durchaus ungesetzliche Verfügung ist zum Beispiel die, daß nur Wahlberechtigte oder nur Ortsangehörige im Lokal sich aufhalten dürfen. So ist vom Reichstage und vom Kammergericht bei Gelegenheit früherer Reichstagswahlen entschieden. Wahlvorstände, welche irgendwie ungesetzlich vorgehen, können unter Umständen mit sehr langen Freiheitsstrafen belegt werden.

Zur gefälligen Beachtung für gewisse Leute unter unseren Gegnern! § 109 des Strafgesetzbuchs lautet: „Wer in einer öffentlichen Angelegenheit eine Wahlstimme kauft, wird mit Gefängniß von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden."

Briefkasten der Redaktion.

H. K. v. Rügen. Büßende ließen sich früher den Kopf ganz kahl scheeren, diesem Beispiel folgten die Mönche, und von diesen ging es im sechsten Jahrhundert auf die katholische Christenheit über. Die römische Tonsur unterscheidet die höheren geistlichen Würden von den niederen.

Scherf. Ein überlautes Schreien kann verboten werden. Geschieht die Anpreisung in, wenn auch lebhafter, aber nicht überlauter Art, dann ist ein Einschreiten unbegründet.

Bob. Nein.

St., Görlitzerstr. 65. Sie können es in jedem Wollwaarengeschäft erfahren.

Wähler!

Heute, am Tage der Stichwahl zum Reichstag, den 24. Juni, abends 8½ Uhr:

Volks-Versammlungen.

1. Wahlkreis: Feenpalast, Burg- u. Wolfgangstr.-Ecke.
2. Wahlkreis: Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.
Bickel, Hasenhaide 52/53.
3. Wahlkreis: Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20.
Ressource, Kommandantenstr. 57.
Brochnow, Sebastianstr. 39.
Spielberg, Köpnickerstr. 62.
Möhring, Admiralstr. 18c.
Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.
5. Wahlkreis: Brauerei Friedrichshain (fr. Lips.)
Gründel, Brunnenstr. 188.
Altes Schützenhaus, Linienstr. 5.

Verkündigung der Wahlresultate.

Um zahlreiches Erscheinen ersuchen

214/1 **Die Einberufer.**

Achtung! **Parteigenossen Berlins.** Achtung!

Sonntag, den 26. Juni, im „Müggelschlösschen" (Friedrichshagen):

Grosses sozialdemokratisches

Volks-Fest

arrangirt von den **Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises.**

Grosses Instrumental-Konzert unter Leitung des Hrn. Grass.

Vokal-Konzert,

ausgeführt von Mitgliedern des Arbeiter-Sängerbundes unter Leitung des Herrn Blobel.

Großes Schau-Turnen des Turnvereins „Fichte", ausgeführt von 800 Mitgliedern. **Schwimmklub. Ruderverein. Volksfestzug. Volksbelustigungen jeder Art,** unter anderen besonders hervorzuheben:

„Chinesien."

Großes chinesisches Ordensfest der Ritter vom Orden der Quadderbacken, den lieben Landsleuten gegeben vom stummen Heiligen von Saarabien. 215/10

Großer chinesischer Stadtbau mit Theatern, Museen, Arena, vielen Bazaren, Theehäusern, echten arbeitenden Handwerkern u. s. w.

Gegen 10 Pf. Zollgebühr ist jedem anständigen Fremden unter dem Schutz der vorzüglichen Schandarmerie der Eintritt gestattet. Alle Aufführungen werden von Künstlern ersten Ranges ausgeführt.

Die Kaffeeküche ist den ganzen Tag zu ermäßigtem Preise geöffnet.

Für Transportmittel hin und zurück ist bestens gesorgt. **Billet inkl. Ueberfahrt 30 Pf. Kinder frei.**

Um zahlreiche Betheiligung bitten **Die Vertrauenspersonen.**

Achtung! Volks-Fest in Friedrichshagen! Achtung!

Dampferfahrt

von Café Alsen (nahe der Schlesischen Brücke) nach dem Festplatz Müggelschloß.

Die Genossen des Süd-Ostens fahren präzise 7 Uhr früh ab, die Genossen des Ostens präzise 8 Uhr früh. Die Fahrzeuge, welche von den einzelnen Fahrgästen zu benutzen sind, sind durch Plakate erkenntlich gemacht.

Theilnehmer wollen die Fahrkarten bis spätestens Sonnabend Abend an den unten bezeichneten Stellen in Empfang nehmen.

Für den **Süd-Osten** bei **Erbe**, Cuvrystr. 25; **Tolksdorf**, Görlitzerstr. 58; **Streit**, Naunynstr. 88; **Golz**, Grünauerstr. 3. — Für den **Osten** bei **Otto Franke**, Pallisadenstr. 9; **Franz Thielke**, Pallisadenstr. 52; **Fritz Wilke**, Andreasstr. 26. 215/13

Fahrpreis 80 Pf. **Das Comité.**

Parteigenossen von Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg! Sonntag, d. 26. Juni, im Strandschloss am Müggelsee:

Gr. Wald-Fest

bei freiem Entree. **Arrangirt von den Parteigenossen Cöpenicks. Konzert, Verloosung, Gesangsaufführungen, Volksbelustigungen aller Art. Im Saale Tanz.** Die Kaffeeküche ist den ganzen Tag geöffnet. — Dampferverbindung von Cöpenick (Station Schütze, Wilhelmstr.) um 8 u. 12 Uhr. Person 15 Pf.

Um zahlreiche Betheiligung bitten [205/10] J. A.: **Die Festordner.**

Achtung!

Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Die Vertrauensmänner resp. Vorsitzenden der Wahlkomitee's werden **dringend** ersucht, die **Wahlresultate** mit **Stimmenangabe der einzelnen Wahlbezirke** auf dem schnellsten Wege nach **Lindenstraße 106**, behufs Feststellung des Resultats, gelangen zu lassen

205/12 **Das Zentralkomitee.** J. A.: **Zubeil.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Montag, den 27. Juni 1898, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schöning, Köpnickerstraße 68:

Versammlung der Einsetzer.

Tagesordnung: Unserere Arbeitsverhältnisse. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. 81/18

Große öffentliche Versammlung

heute Freitag, abends 10 Uhr,

im Lokale des Herrn Zubeil, Lindenstraße 106.

Tages-Ordnung:

Verkündigung der Wahlresultate.

205/11 **Das Zentral-Wahlkomitee für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.**

Große Dampferpartie mit Musik

am Sonntag, den 26. Juni, nach Nedlitz bei Potsdam

veranstaltet vom 170/9

Verein deutscher Schuhmacher

(Filiale Charlottenburg).

Billets für Hin- und Rückfahrt à 1,25 M. (Kinder frei) sind noch am Dampfer zu haben. Abfahrt vom „Schlütersteg" (am Bahnhof Friedrichstraße) morgens 6 Uhr; in Charlottenburg, Wegener's Kohlenplatz, an der Schloßbrücke, morgens 7 Uhr; in Spandau, Charlottenbrücke, morgens 8½ Uhr. Um geneigten Zuspruch bittet **Das Komitee.**

Verband der in Buchbindereien,

der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin.)

Die nächste Mitglieder-Versammlung findet am **Montag, den 4. Juli,** Alte Jakobstr. 75, statt.

Heute, Freitag, bleibt unser Bureau geschlossen.

Formulare zur Eintragung in die Wählerlisten zur **Gewerbegerichtswahl** sind im Bureau, Annenstr. 50, zu haben. 24/13

Montag, den 18. Juli 1898:

Grosses Sommer-Fest

zur Feier des Guten Montags in der „Neuen Welt", Hasenhaide No. 14/15.

Konzert, Spezialitäten I. Ranges, Grosser Ball.

Billets à 20 Pf. sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen, in unseren Zahlstellen sowie beim Komitee zu haben.

Tischler-Verein.

Sonnabend, den 25. Juni, abends 8½ Uhr, Melchiorstraße 15:

Versammlung. 198/15

Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten. **Der Vorstand.**

Verein deutscher Schuhmacher.

Filiale V (Schäftebranche).

Sonnabend, den 25. Juni, bei Schiller, Rosenthalerstraße 57:

Versammlung. 170/8

Ortsverein Berliner Buchdrucker,

Schriftgiesser und verwandter Berufsgenossen.

Sonntag, den 26. Juni 1898: 75/7*

Sommer-Fest

in den „Arminhallen", Kommandantenstraße 20.

Vokal-Konzert: Arbeiter-Gesangverein „Nordwacht" (Mitgl. des A.-S.-B.)

Instrumental-Konzert: Musikdir. Haschel (Fr. B. der Z.-B.-M.)

Anfang 4 Uhr. Im Saal: Tanz. Entree 30 Pf.

Billets in den Arminhallen und beim Komitee. **Das Festkomitee.**

Ordentl. General-Versammlung

der

Bauhandwerker - Krankenkasse

für Berlin und Umgegend

(Eingeschriebene Hilfskasse No. 118)

Sonntag, den 24. Juli, vormittags 10 Uhr, bei Herrn Hoffmann, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Abrechnung des Kassirers vom II. Quartal, sowie Revisionsbericht. 2. Bericht des Ausschusses. 3. Wahl sämmtlicher Hilfskassirer. 4. Innere Kassenangelegenheiten.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimirt.

38/6 **Der Vorstand.** J. A.: **H. Metzke.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein über alles geliebter Mann, der Schankwirth

Heinrich Gottwald

im 63. Lebensjahre nach kurzem Krankenlager am 22. Juni sanft entschlafen ist. Um stilles Beileid bittet

Die trauernde Wittwe

Auguste Gottwald, geb. Groschke.

Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Koppenstr. 32, aus nach dem Georgen-Kirchhof, Landsberger Allee, statt.

Ein gangbares Milchgeschäft zu verkaufen Rixdorf, Schöneweiderstr. 13.

Arbeitsanzüge **W. Pahr** **Brunnenstr. 112.**

Zimmer, 2 gut möbl., sind bill. zu verm. Seydelstr. 1, r. 41105

Carl Becker

Cigarren, Cigarretten, Tabake

Gerichtstr. 28. Bahneingang part.

Arbeitsmarkt.

Für meine Schlosserei suche ich einen

Schlossermeister.

Ernst Schulz, Drahtzaun-Fabrik, Köpnickerstr. 56. 5457B*

Tüchtige Kolonnenführer u. Helfer für Kunstschmiede-arbeiten und Eisenkonstruktionen 5482B*

finden dauernde gutbezahlte Stellung.

Herrmann Fritsche, Leipzig.

Gothisches Bad, Berliner Bahnhof.

Farbigmacher und Versilberer verl.

4108b Andreasstr. 10.

Metalldrücker nur für Oval verl. Boelzkow, Ritterstr. 15.

Karton-Arbeiterinnen verlangt Neue Friedrichstraße 48.

Meister für Verzinkerei

gesucht, selbständige, umsichtige Persönlichkeit. Offerten mit Gehaltsansprüchen sub **J. R. 7011** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Silberarbeiter.

Tüchtige, selbständ. Hammerarbeiter und Monteure, sowie ein Metalldrücker für dauernde Stellung nach auswärts gesucht. Off. u. Z. B. 857 an **Haasenstein u. Vogler, Berlin, Leipzigerstr. 48.** 103/13

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 24. Juni.

Opernhaus. Das Rheingold. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Nathan der Weise. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Röß'l. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Momentaufnahmen. Anfang 8 Uhr.
Neues. Villa Gabriele. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Margarethe (Faust). Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Der Geizige. Anfang 8 Uhr.
Zentral. Das Signal. Heinrich Heine. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Die Näherin. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Auf Sumatra, oder: Die Holländer in Atschin. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Ein toller Einfall. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Kinder des Kapitän Grant. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Ehebrecherin. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 8–10 Uhr: Sternwarte, Opernteleph.
Passage-Panoptikum. Theater Variété. Alpenglühen.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Freitag, zum ersten Male:

Der Geizige.

Sonnabend:

Der Geizige.

Sonntag:

Thielemann's.

Ostend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Sommerpreise. Parquet 1 Mark.

Auf Sumatra

Gr. Ausstattungsstück mit Gesang und Balletts in 12 Bildern v. Ch. Cassmann. Musik von F. Krause. Anf. 8 Uhr. Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
Ostend-Carl Weiss-Theater-Konzert-Garten. Täglich: Große Spezialitäten-Vorstellung, Anfang 5½ Uhr.
The Carrotob, Gymnastiker-Truppe. Große Pantomime: „Die verunglückte Droschkenfahrt". **Mr. Isano,** Bauchredner mit seinen elektrisch. Automaten. Gr. Jubel! **Karline aus Paukow,** Posse. Rasender Beifall! — Garten-Passe-partouts haben Gültigkeit.
Sonnabend: Gr. Sommernachtsfest.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Letzte Saison vor dem Abbruch.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Dienstmädchen von heute.
Anfang: Sonntags 7, Wochent. 8 Uhr.

Victoria-Brauerei

Lützow-Strasse 111/112
(nahe Potsdamer Platz).
Garten resp. Saal.
Täglich:

Stettiner Sänger

(Meysel, Pieiro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader).

Anfang präzise 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Familien-Billets (für 3 Personen giltig) à 1 Mark in den Cigarren-Handlungen v. Thormeyer, Potsdamer Platz, Fiedler u. Hoffmann, Ecke Lützow- und Potsdamerstraße, Rezhausen, Ecke Potsdamer und Steglitzerstraße.
Stets wechselndes Programm.

Prater-Theater,

Kastanien-Allee 7/9.
Täglich: „Friede auf Erden". Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Abth. von Hugo Schulz. Musik v. A. Kersten. **Eugenie Formes,** Kostümsoubrette. **Gebr. Milardo,** Groteskue-Duett. **Osrani Troupe,** musik. Excentr. **The 3 Wartons,** Parterre-Akrobaten. **Mr. Barna** mit s. dress. Ratten. **Ballet. Pantomime. Konzert** und **Ball.** Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., reserv. Platz 50 Pf. **Kalbo.**

Urania

Taubenstr. 48/49.

Naturkundliche Ausstellung.

Täglich geöffnet von 10 Vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Abends 8 Uhr: **Vom Matterhorn zur Jungfrau.**

Invalidenstrasse 57-62.

Täglich: Sternwarte, Opern-Telephon.
Eintritt 20 Pf. (Gutsch. ungiltig.)

Castan's
Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Salambo
die schöne Schlangenbändigerin.

Passage-Panopticum.

Théâtre-Variété.
Sensationell:
Die schöne Tätowirte Sga.
Radolfi
als Athletin.

Apollo-Theater.

Zum **44.** Male:
Don Juan in der Hölle.
Phantastische Ausstattungs-Burleske mit Gesang u. Tanz in zwei Bildern von Benno Jacobson, Musik von Wilh. Rosenzweig, in Szene gesetzt v. Direktor Glück.
Ferner:
20 Spezialitäten
ersten Ranges.
Vor der Vorstellung:
Grosses Garten-Konzert.
Kassenöffnung 6½ Uhr, Konzert 7 Uhr, Anf. der Vorst. 8 Uhr.

Ostbahn-Park,

Am Küstriner Platz.
Grösstes Vergnügungs-Etablissement des Osten, mit neuerbauten prachtvollen **Festsälen.**
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts:
Wochent. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Entree: Wochent. à Person 10 Pf., Sonnt. 20 Pf. Kind. 10 Pf.

Reichshallen

Leipzigerstraße 77.
Größtes und schönstes Garten-Theater.
Täglich:
Berlin auf Stelzen!
von W. Agoston u. K. Wilhelm.
Außerdem:
20 Spezialitäten.
Clara Antoni, Hella Collier Astor-Belmont-Trio,
die 6 nordischen Perlen ꝛc. ꝛc.
Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Familien-Vorzugskarten giltig.
(Bei ungünstiger Witterung im oberen großen Theatersaal.)

Puhlmann's
Vaudeville-Theater

Inhaber F. Lehmann,
Schönh. Allee 148, Kastan.-Allee 97/99.
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung
mit stets neuem Programm.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Täglich im schönen Garten:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Handel und Wandel.
Charakterbild m. Gesang v. Ant. Anno.
Neu! Neu!
Junge oder Mädchen.
Ausstattungs-Burleske mit Gesang und Tanz von Carlos Duchow. Musik von Mal.
Im Saale: **Grosser Ball.**

Actien-
Brauerei Friedrichshain

früher Lips. Am Königsthor.

Jeden Freitag:
Militär-Frei-Konzert
der Kapelle des **5. Garde-Reg. zu Fuss in Uniform.**
Anfang 7 Uhr.
Jeden Freitag:
Gr. Pisch-Essen, à Port. 50 Pf.

Zum Waldfest!

Sonntag, den 26. Juni, von der Waisenbrücke,
gegenüber der Pochhammer'schen Badeanstalt:
Grosse Dampfer-Extrafahrt
nach **Friedrichshagen.**
Abfahrt morgens ½7 u. 11 Uhr; von Köpenick (Station Schütze) ½8 u. ½12 Uhr. Rückfahrt abends 5, 8 u. 11 Uhr vom **Strandschloss** (Friedrichshagen).
Einfache Fahrt 40 Pf. 5474L*

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn.
Schweizer Garten.
Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn.
Täglich: **Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen.** Im Saale **Ball.**
An Wochentagen freier Damentanz. Auch ist die Kaffeeküche von 3–6 Uhr geöffnet. Anfang des Konzerts 4½ Uhr, der Vorstellung 6 Uhr. **Entree 30 Pf.**
Billets zu ermäßigten Preisen in Handlungen.
Zur Beachtung! Größeren Vereinen empfehlen wir unser Etablissement (mit Vorstellung und Ball) zur Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonnabends).

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.
BAHNSTATION
Carl Hagenbeck's INDIEN
SAVIGNYPLATZ
Vorstellungen in der Arena: an Wochent. 6 u. 8 Uhr, an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr, im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig.
Ab 4 Uhr nachm.: **Gr. Militär-Doppel-Concert.**
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Max Kliem's Sommer-Theater,

Hasenhaide 14/15. — Artistischer Leiter: **Paul Milbitz.**
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Ulrico's Wunder-Tauben. — The Dissenato's. — Charl Gnoyn, Parodist. — **Paul Troy,** Charakterkomiker. — **Franziska Wünsch,** Soubrette. — **Max Kentler,** Liedersänger, **Martha Reinshagen,** Chansonette.
Neu! Berlin, wie's liebt und radelt. Neu!
Posse mit Gesang in 2 Bildern von **J. Elsner.**
Ehestands-Kandidaten, Lustspiel in 1 Akt von **Friedrich.**
Vor und nach der Vorstellung: **Grosses Doppel-Konzert.**
In den **beiden Sälen: Grosser Ball.**
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr.
" " " " " " Sonntags 5 "
Max Kliem.

Deutsche Schuh-Fabrik

vorm. **G. Markus & Co.,** Ges. m. beschr. H.
Erfurt–Ilversgehofen

Renommirtes **Fabrikat.** — Beste **Zuthaten.**

EINIGKEIT MACHT STARK · DEUTSCHE SCHUHFABRIK ERFURT · GESETZL. GESCH.

Wir empfehlen:
Herren-Zugstiefel, gewalkt, Spezialität, . . . **7** M.
" " " ohne Naht, Spiegel **8,50** M.
" " Besatz u. Knopfverzierung **3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50** bis **15** M.
" **Agraffenstiefel,** Besatz. **6,50, 7,50, 8,50** bis **18** M.
" **Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe** in den verschiedensten Defins und Preislagen.
Arbeitsschuhe, reell, solid, kräftig. **4,50** bis **6,50** M.
Schaftstiefel, Reitstiefel.
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis **14** M.
" **Knopf- u. Schnürstiefel,** elegant, mit Besatz u. Kappe, von **5,50** M. an.
" **Schnürschuhe** . . . . . von **3,50** M. an.
" **Hausschuhe** . . . . . von **3,00** M. an.
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, äußerst solid gearbeitet,
zu anerkannt sehr billigen Preisen.
Ballschuhe in den geschmackvollsten Mustern von **2,50** M. an.
Größte Auswahl in **Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen,** sowie **Pantoffeln** in allen Preislagen.
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervortheilung ausgeschlossen. [4056 Q*

Verkaufsstellen:

Berlin SW., Belle-Alliancestraße 102.
" W., Schillstraße 12.
Stettin, Reifschlägerstraße 14.
Hannover, Kagesmarkt 7a.
Hamburg, Steinstraße 16.
Bremen, Faulenstraße 75.
Düsseldorf, Schadowstraße 57.
Köln a. Rh., Eigelstein 66.
Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 26.
München, Sendlingerstraße 10.
" Dachauerstraße 83.
" Landsbergerstraße 7.

Institut für Zahnleidende.

Herm. Heród, Elsasserstr. 92 I. (Rosenthaler Thor).
Ehem. Assistent in Wien, Berlin, Stuttgart etc.
Künstliche Zähne unt. Garantie d. Brauchbarkeit.
Neu! **Schmerzloses** Zahnziehen und Plombiren!
Gebisse **ohne** Gaumenplatte, D. R.-Patent No. 93 522.
Außer mir darf Niemand in Berlin u. Umgeg. diese patentirten Gebisse anfertigen! Institutspreise! Beliebige Theilzahl.! Sprechst. 9–12, 3–5.
Telephon III. 3014.

Restaurant zum Fürsten Wolfgang,

3995b*] **an der Landsberger Chaussee,**
15 Minuten vom Bahnhof Landsberger Allee.
Allen Freunden und Bekannten sowie Vereinen und Gewerkschaften empfehle ich mein idyllisches Etablissement, **am See gelegen,** bei Ausflügen, Partien ꝛc. **Saal zu 300 Personen,** sowie **2 Kegelbahnen u. 6 Kähne** stehen zur gefälligen Benutzung. Bei größeren Partien bitte um vorherige Rücksprache. Hochachtungsvoll **Johann Emmerich.**

Die Mitglieder der 5415L*
Freien Volksbühne
und der
Freireligiösen Gemeinde
genießen laut Vertrag mit der **Victoria zu Berlin** besondere Vergünstigungen derart, daß bei **Volks- und Kinder-Versicherungen** und bei **lebenslänglichen Eisenbahn-Unglück-Versicherungen** (letztere mit nur einjähriger Wochenprämie) die Aufnahmegebühr fortfällt, und bei größeren **Lebens- und Unfall-Versicherungen** die Policengebühr nicht berechnet wird.
Versicherungs-Anträge nimmt schriftlich und mündlich entgegen
E. Vogtherr, General-Agentur, Stephanstr. 30.

Guckel's Zahnateliers

Lausitzer Platz 2, Elsasserstr. 12, Steglitzerstrasse 71.
Bestrenommirt und wohlbekannt.
Zähne v. 3 M., Plomben v. 2 M. an.
Ratenzahlung gestattet. (Woche 1 M.)
Ausschneiden!

Dieser Koupon wird mit 1 M. angerechnet.

Geschäfts-Verlegung.

Hiermit zur Nachricht, daß sich meine **Glaserei, Spiegel- und Bildereinrahmung** vom 2. Juli d. J. ab nicht mehr Wrangelstr. 27, sondern vis-à-vis 5455L*
Wrangelstr. 110
befindet. — Zur Anfertigung aller in mein Fach einschlagenden Artikel hält sich nach wie vor bestens empfohlen
Carl Scholz.

Eine Million

Wanzen sammt deren Brut tödtet sofort mein „Wanzen-Fluid" in Fl. 0,50, 1,00, 2,00. Gegen Schwaben und deren Brut wirkt sicher mein „Schwabentod" à Schachtel 0,50, 1,00. Nur beim alleinigen Erfinder **Pohl,** Drog., Brunnenstr. 157. *

Fahrräder

Stets großes Lager erstklass. Fabrikate auf 4999Q*
Theilzahlung
ohne Preiserhöhung zu den kulantesten Zahlungsbedingungen.
Reparatur-Anstalt.
Adomeit & Landau,
Lothringerstraße 48 I,
dicht am Rosenthaler Thor.

Goldabfälle. Gold, Silber, Kehrgold, Tressen, Platin kauft die Scheide-Anstalt Zimmerstraße 32. 5479Q*

Niemand sollte **versäumen,**
bei Bedarf **Brunnenstr. 110** (neben dem Pferdebahn-Depot) von **Ignatz Sello** zu beziehen: Frisch. **Maltrank,** ½ Fl. inkl. **50** Pf.; **alten Nordhäuser** p. Ltr. **50** Pf., hochf. **Stonsdorfer** inkl. Orig.-Fl. (¾ Ltr.) à **80** Pf., **Halb und Halb,** selbst. Litörmischg., pr. ½ Champagner-Flasche inkl. **90** Pf., **Himbeer- u. Kirschsaft,** rein und dick eingekocht, per Liter **1,10** M., **süssen Ungarwein,** Orig.-Fl. (½ Liter) von 90 Pf. an, sowie sämmtl. **Weine, Cognac, Rum** und **Liköre** im Stückverkauf, auch eingemessen nur zu **Engrospreisen.** Billigste Bezugsquelle. Bitte genau auf **No. 110, Brunnenstr. No. 110** zu achten. 5147Q*

Fabriken, Werkstätten etc. liefere ich:
40/2 Flasch. Export-Weißbier
ohne Wasserzusatz für 3 Mk.
40 Flasch. helles Bairisch-Bier
von welcher Brauerei gewünscht wird für **3 Mk.** 5071Q*
A. Seidler
Berliner Export-Weißbier-Brauerei,
Schöneberg-Berlin W., Sedanstraße 82.
Fernsprecher: Amt Schöneberg Nr. 92.

Speck, fetter à Pfd. 55 Pfg., bei 5 Pfd. 50 Pfg., mager à Pfd. 70 Pfg., bei 5 Pfund 65 Pfg. Zwiebelleberwurst à Pfd. 55 Pfg. Thür. Rothwurst à Pfd. 65 Pfg. ff. Leberwurst à Pfd. 75; Braunschw. Mettwurst à Pfd. 85 Pfg.; harte Schlackwurst und Salamiwurst à Pfd. **Mk. 1,10.** 5217Q*
E. Klähn, Berlin SO.
Köpnickerstr. 163. Teleph.: IV. 5151

Milchgeschäft [4090Q* zu verkaufen Griebenowstr. 22.

Gustav Fischer, Verlag in Jena.
Soeben erschien:
Schmöle, Josef, Dr. phil., Privatdozent an der Universität Greifswald.
Die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Deutschland
seit dem Erlasse des Sozialisten-Gesetzes.
Zweiter Theil: Einzelne Organisationen. Erste Abtheilung. **Der Zimmerer-Verband.** Preis 6 M.

Achtung! Achtung!
Feldschlößchen.
Die Sonntage der Wintersaison sind an Theatervereinen zu vergeben.
5247Q* **Fritz Nagel.**

Benge vor der Noth!

Allgemeine Volks-Krankenkasse
E. H. 126.
Staatlich genehmigt für ganz Deutschl.
Hauptkassenlokal:
Berlin N., Müllerstr. 174 I.
Telephon-Amt II. 2436.
Bureaustunden 8–4 Uhr.
Kleine Beiträge! —
Hohes Krankengeld!
Auch für Sonn- und Festtage wird Krankengeld gezahlt. **Aufnahme erfolgt ohne ärztliche Untersuchung für Männer u. Frauen.**
Agenten
für alle Orte Deutschlands jederzeit gesucht. 5372Q*

Herren-Anzug, eleg., chic, nach Maaß, reine Wolle, neueste Muster, drei Anproben, u. guten Futterstoffen, unter Garantie für tadellosen Sitz, für **25–30** M., offerirt
A. Priester,
Lieferant d. Sparvereins Nordost, sowie d. Mitglieder d. Verbandes Deutscher Beamten-Vereine,
Große Frankfurterstraße 40.

Schnitzel à Pfund **1 Mark**
C. Schubert, Prinzenstr. 25

Sophastoffe auch **Reste**
in **Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin** und **Plüsch spottbillig!** [4971Q*
Proben franko!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Bad Monbijou
Gr. Hamburgerstr. 20.
3 Wannenbäder 1 M., 3 Heißluftbäder 3 M. (D. R. P.), 3 Kneipp'sche Güsse 60 Pf. 3 Brausebäder 75 Pf., 3 Lohtannin-Bäder 3 M., 3 Soolbäder 2 M. Für Kräuter- u. Wasserkuren (ärztl. Leit.) Poliklinik 10–12. Dienstag, Donnerstag, Freitag 6–8. Privatsprechstunde 4–6.

Betten, Bettfedern, Inlette, Steppdecken, Gardinen spottbillig Bettenhaus Neanderstr. 8

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.